

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Wie nahe ist „1984“?

18

Mag. Peter BERMANN, Germanist

o. Univ.-Prof.
Dr. Karl Dietrich BRACHER
Institut für Politische Wissenschaft
und Zeitgeschichte an der Universität
Bonn

Petra GANGLBAUER
Herausgeber des Steirischen
Kulturjahrbuches

Dr. Günther GERNGROSS
Lehrer an der Pädagogischen
Akademie

Dipl.-Ing. Igo HUBER
Umweltreferent der Steirischen
Volkspartei

Dr. Markus JAROSCHKA
Erwachsenenbildner,
Literat

Mag. Peter KNOTZ
Germanist

Günther KOGLER
Redakteur der
„Kleinen Zeitung“ in Graz

Dr. Karl MAITZ
Geschäftsführer der „Süd-Ost-Tages-
post“, Landtagsabgeordneter

Univ.-Prof. Dr. Hermann MAURER
Institut für Informationsverarbeitung
an der Technischen Universität in
Graz

Univ.-Ass. Dr. Gerald MOZETIČ
Institut für Soziologie an der
Universität in Graz

Dr. Bernhard PELZL
Leiter der Wissenschaftsredaktion im
ORF Steiermark

Univ.-Ass.
Dr. Manfred PRISCHING
Institut für Soziologie an der
Universität in Graz

Dipl.-Ing. Franz QUINZ
Orts- und Regionalplaner,
Karikaturist

Dipl.-Ing. Hermann SCHALLER
Landtagsabgeordneter,
Abteilungsvorstand für das
landwirtschaftliche Schulwesen

Michael SUPPAN
Karikaturist

Dr. Peter A. ULRAM
Meinungsforscher

Editorial

Karl Dietrich Bracher
Die totalitäre Utopie:
Orwell's 1984

Hermann Maurer
Wie nah ist 1984?

Bernhard Pelzl
Schelsky, Orwell und die
gegenwärtige Mediendiskussion

Friedrich Müller-Hohenburg
Parteien und Politiker im
Jahre 1984

Paul Neant
Parteien und Politiker im
Jahre 1984

Gerald Mozetič/Manfred Prisching
Über die Anschaulichkeit
nichtexistierender Phänomene

Karl Maitz
1948 — 1984:
Beim politischen Stil nichts
neues?

Peter A. Ulram
Sozialforschung und soziale
Kontrolle

Günther Gerngroß
Zwiedenken im Klassenzimmer

Peter Knotz
Utopie und Antiutopie in
Romanen der Weltliteratur

Igo Huber
Die Menschenbauer

Peter Bermann
Gegen die Noitalupinam der
Echarps

Petra Ganglbauer
Ängste

Günther Kogler
4198

Hermann Schaller
Chancen für die Jugend —
Verwirklichung von Utopien

Markus Jaroschka
Zeitgedichte

Ex Libris



Februar 1984 / 5. Jahrgang

- 17 Noch erhältliche Nummern:
Heft 8 „Kunst und Politik“
Heft 9 „Familie und Politik“
Heft 10 „Sport und Politik“
Heft 12 „Hat die österreichische Wirtschaft
eine Zukunft?“
Heft 13 „Österreich: Die Zweite Republik im
Wandel“
Heft 14 „Landwirtschaft und Ökologie“
Heft 16 „Neue Arbeit“
Heft 17 „Umwelt“

- 23 In Arbeit sind:
„Genossenschaften: Abhängigkeit oder
Selbsthilfe“
„Architektur“
„Sprache und Politik“
„Die Steiermark und ihre Nachbarn“
26 Herausgeber: Josef-Krainer-Haus.
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark.
Medieninhaber: ÖVP Steiermark
Ständige Redaktion: Herwig Hösle, Ludwig
Kapfer, Dr. Manfred Prisching
29 Redaktion dieser Nummer:
Dr. Manfred Prisching
Gestaltung: Georg Schmid

- 33 Hersteller:
Fotosatz + Offsetdruck Klampfer OHG., Weiz
Für den Vertrieb verantwortlich:
Ing. Karl Robausch und Helmut Wolf
36 Bestellungen an Josef-Krainer-Haus,
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

- 37
38 **Mitglieder des Wissenschaft-
lichen Beirates**

- Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER,
Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK,
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER,
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY,
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL,
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER,
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN,
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER,
Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER,
Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER,
Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER.

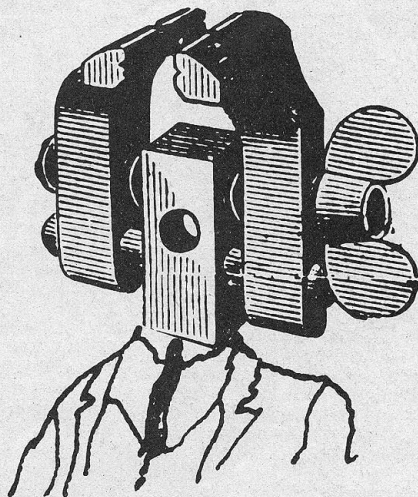
EDITORIAL

Das ominöse Jahr ist nun gekommen, und es können sich Intellektuelle, Gesellschaftstheoretiker, Lehrer, Journalisten und Bildungsinstitutionen aller Art nicht verkneifen, den Lauf der theoretischen Konjunkturen zu nützen und im Orwell'schen Jahr über diese Gesellschaft und ihre Kontrollmechanismen nachzudenken. Das Szenarium von Alpträumen, das der engagierte Journalist Orwell in seinem Roman „1984“ entwirft, bleibt freilich historisch und gesellschaftstheoretisch vage genug, um für alle Weltanschauungen als Mahnmal dienlich gemacht werden zu können. Der weltpolitisch Interessierte findet die existierenden Machtblöcke in den globalen Konstellationen Ozeaniens und Eurasiens wieder; der kritische Geist wird in seinen neuerdings kultivierten Aversionen gegen Technik, Computer und Kapitalherrschaft bestärkt; der Konservative identifiziert den großen Bruder allemal mit dem Apparat der Sozialbürokratien und überträgt das stalinistische Horrorgemälde flugs auf sozialistische Gestaltungsideologien verschiedenster Prägung; der Liberale schließlich hat es ja immer schon gewußt, daß die allenthalben spürbar werdende staatliche Intervention letztlich in die intimsten Lebensbereiche des Individuums ausgreifen müsse.

Und dennoch: Mag es sich um eine vage und historisch schwer situiere Utopie handeln; mag die Erzählung literaturkritisch als „schlechter Roman“ beurteilt werden; mögen die Versatzstücke des Orwell'schen Szenariums möglicherweise nicht zueinander passen; mag die derart beschriebene Gesellschaft auch zum prognostizierten Zeitpunkt nicht so recht auffindbar scheinen — warum sollte man dieses in seiner Wirkung bedeutende Buch nicht zum Anlaß nehmen, über weltanschauliche, technologische und politische Tendenzen unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu diskutieren: Standortbestimmungen sind allemal angebracht, wenn die gemeinsame Weltorientierung der Menschen derart in Frage gestellt wird, wie dies in den 70er Jahren offenbar geworden ist. Denn es läßt sich nicht leugnen, daß gerade die technischen Überwachungs- und Unterdrückungsapparaturen des Orwell'schen Romans äußerst harmlos anmuten: Die überall montierten Kameras sind rückständige Apparate, vergleicht man sie mit den durch Computernetze eröffneten Kontrollmöglichkeiten; wie altertümlich muten die zuweilen niedergehenden Raketen an, wo es heute um die Existenz der Menschheit in einem Atomkrieg geht; Orwells Menschen denken zudem recht „normal“, trotz aller Bewußtseinspaltung, und sind nicht gentechnologisch oder chemisch manipuliert. Die technischen Errungenschaften eilen den Orwell'schen Prognosen mittlerweile davon; indessen sollte man nicht den Fehler begehen, zu

übersehen, daß es sich immer auch um die politischen Bedingungen handelt, in deren Rahmen eine solche Technik eingesetzt wird. Und so wie das Thema totalitärer Utopien und demokratischer Kultur immer aktuell ist — weil die Existenz demokratischer Verhältnisse niemals nur ein Zustand, sondern immer zugleich eine Aufgabe ist —, so gilt es auch den Zusammenhang von Demokratie und Technik zu reflektieren. Möglicherweise belegen gerade die Skandale um den Datenschutz, die man zum Beispiel in der Bundesrepublik verfolgen kann, die besondere Sensibilität, die man dort den Ansätzen zu einem Überwachungsstaat entgegenbringt; und die österreichische „Ruhe“ mag eher ein Beleg für Lethargie sein als für demokratische Sorgsamkeit. Daß die Kontrolle der Bürger nicht allein durch „nackte Repression“, sondern auch durch die Betäubung der Individuen in einer Wohlstandsgesellschaft möglich ist, darf gleichfalls nicht vergessen werden.

So wie es häufig geraten erscheint, aktuelle Geschehnisse als Anlässe zu grundsätzlicheren Reflexionen zu benutzen, kann auch der erfolgreiche Roman mit dem publikumsträchtigen Countdown-Titel Anstoß dazu sein, einen Beitrag zur Standortbestimmung zu leisten. Dies sollte auch auf der „Winterakademie“ des Josef-Krainer-Hauses am 16. und 17. Dezember 1983 geschehen, deren Ergebnisse in diesem Heft dokumentiert sind. Sie sollen die Diskussionen des Jahres, das ja in vielerlei Hinsicht zu grundlegenden Überlegungen Anlaß gibt, nicht vorwegnehmen, sondern eröffnen.



DIE TOTALITÄRE UTOPIE: ORWELL'S 1984

1.

Am Ende der vierziger Jahre erschien ein Buch, das ursprünglich „Der letzte Mensch in Europa“ heißen sollte, dann aber als Titel die drohend herausgestellte Umkehrung des düsteren Abschlußjahres 1948 trug: „Nineteen Eighty Four“. Es ist seitdem weltweit zum meistzitierten Zukunftsroman aller Zeiten geworden, freilich in kommunistischen Staaten unterdrückt geblieben. Denn das Buch entwarf ein beklemmendes Zukunftsbild modernster, unentrinnbarer Diktatur. Sein Symbolwert übertrifft bis heute alle sonstige „Science-fiction“-Literatur des wissenschaftlich-technischen Revolutionszeitalters.

Nun stehen wir an der Schwelle jenes Jahres und fragen: wie fern oder nah ist die Vision von 1984 heute, nach 35 Jahren? Auf zwei Voraussetzungen ist sogleich hinzuweisen. Der Zukunftsroman „1984“ erschien in einem politischen Augenblick, da die zukunftsversprochenen, bis heute bestimmenden Entscheidungen der ersten Nachkriegsjahre von 1945 ihrem Höhepunkt zutrieben und da die zunehmende Auseinandersetzung zwischen Ost und West, der bald sogenannte Kalte Krieg, zu einer neuen, andauernden Konfrontation von Demokratie und Diktatur wurde. Zugleich markierte das Buch „1984“ eine geistige Situation des Umbruchs im Zeichen rasanter technischer Entwicklungen, die der Zweite Weltkrieg noch beschleunigt hatte; nicht zuletzt auch die Heraufkunft des Fernseh- und Computerwesens mit seinen unabsehbaren Folgen für die künftige Gesellschaft, nicht zuletzt die gesteigerte Möglichkeit einer Massen-Diktatur durch umfassend gelenkte Information und Desinformation. Das Dritte Reich und der Stalinismus hatten schon einen Vorgeschmack vermittelt, wie fast unentrinnbar wirkungsvoll Radio, Massenmedien und Nachrichtenmonopol herrschaftspolitisch zu mißbrauchen waren.

Allerdings wurde die Diskussion über „1984“ dadurch überschattet, daß der Autor, *Eric Arthur Blair*, alias *George Orwell*, wenige Monate nach Erscheinen des Buches im Januar 1950 erst 46-jährig an Lungentuberkulose starb; und es dauerte bezeichnenderweise noch fast zwei Jahrzehnte, bis auch seine gesammelten Essays veröffentlicht wurden (4 Bde 1968). Als Schriftsteller hatte er sich schon seit 1932 des

Pseudonyms *George Orwell* bedient.¹⁾ Orwell hieß ein Fluß, den er liebte, der Name erinnerte aber auch an den so einflußreichen englischen Geschichts- und Zukunftsphilosophen *Herbert George Wells* (1866–1946), dessen zahlreiche wissenschaftlich phantasievolle Utopiebücher den nachmaligen *George Orwell* in der Tat seit seiner Kindheit beschäftigten und faszinierten: Die Zeitsmaschine (1895), Der Unsichtbare (1897), Krieg der Welten (1898), Die ersten Menschen im Mond (1901); in „The World Set Free“ (1914) war schon die Atombombe präsent, im letzten Buch „Der Geist am Ende seiner Kraft“ (1945) der Umschlag zum tiefen Pessimismus im 2. Weltkrieg. Orwell berichtet drastisch über seine ersten Eindrücke in dem Artikel „Wells, Hitler and the World State“ (1941), wo ihm dann freilich der rationale Optimismus von Wells, der Hitler unterschätzt hatte, veraltet erschien.²⁾ Orwell schreibt: „Einst in den Jahren nach 1900 war es eine wundervolle Erfahrung für einen Jungen, H. G. Wells zu entdecken. Da lebte man in einer Welt von Pedanten, Kirchenleuten und Golfspielern, deine künftigen Arbeitgeber ermahnten dich, voranzumachen oder auszusehen, deine Eltern verkümmerten systematisch dein Sexuelleben, und deine stumpfsinnigen Schulmeister kicherten über ihren Latein-Heften; und hier nun war dieser wunderbare Mann, der dir über die Bewohner der Planeten und die Tiefen des Meeres erzählen konnte, und der wußte, daß die Zukunft nicht das sein würde, was respektable Leute sich vorstellten“.

Kaum zu überschätzen bleibt auch im weiteren dieses persönlich wie literarisch existenzielle Interesse für H. G. Wells, den so weithin faszinierenden Schriftsteller, der vor und nach dem Ersten Weltkrieg die Zeitgenossen und damit auch die atemberaubende wissenschaftlich-technische Fortschrittsentwicklung selbst phantasie reich beeinflusste. Ein Hauch von H. G. Wells begleitete und stimulierte auch das künftige politische Schreiben Orwells, und zwar in dreifacher Hinsicht. Orwells besondere Denkform wird uns nur begreiflich, wenn wir *erstens* stets dieses frühe utopistische Interesse, diese ursprünglich durchaus „positive“ Begründung seiner Zukunftsvision im Auge behalten. Auf der anderen Seite muß aber *zweitens* die kritische Vergegenwärtigung jener

politischen Konfrontation stehen, die in den dreißiger und vierziger Jahren Orwells zunehmend negativ werdendes Weltbild formte: vor allem in nächster Anschauung die totalitäre Bedrohung durch die Diktaturen Mussolinis und Francos, besonders aber Hitlers und Stalins. Aus der verzweifelten Frage, wie Freiheit und Demokratie zu retten seien, und aus der Enttäuschung über die Weltentwicklung nach 1945, da der Befreiung von Rechtsdiktaturen die Etablierung immer neuer Linksdiktaturen folgte, ergibt sich *drittens* schließlich Orwells „negative Utopie“ selbst: der Blick auf jenes perfekt totalitäre System des „Großen Bruders“, das in „1984“ die zeitgenössische Diktaturwelt mit den heraufdämmernden Gefahren der Televisions- und Computervelt verbindet.

Prägend für das Denken der Zeit war von vornherein die tiefe Spannung zwischen dem Krisendenken des neuen Jahrhunderts, von Nietzsche über den Existenzialismus bis zur Literatur der „lost generation“ einerseits und der explosiven Entwicklung technischen Fortschritts andererseits. Die Ideen vom „Untergang des Abendlandes“ (Spengler 1918) und von der „Schönen Neuen Welt“ („Brave New World“ von Aldous Huxley 1931) bezeichneten die extremen Pole der Zukunftsdeutung in den zwanziger und dreißiger Jahren: ein unaufhaltsames *Dekadenzgefühl* bei Spengler und das Erschrecken vor einem nicht minder problematisch erscheinenden *Perfektionswahn* bei Huxley, dazwischen die Selbstkritik aus der neuen Sowjetunion in Jewgenij Samjatsins Roman „Wir“ (der 1922 in Prag erschienen war).³⁾

Orwell nun, der als Sohn eines britischen Zollbeamten 1903 in Indien geboren, dann in England erzogen und zunächst im Kolonialdienst bei der indischen Polizei in Burma (1922–27) tätig war, zeigte sich in besonderem Maße sensibel, empfänglich für die revolutionären Veränderungen und die Zukunftsideale der Zeit, die er wie viele Zeitgenossen im Sozialismus fand; freilich bald auch die tiefen Enttäuschungen mit dem diktatorischen Mißbrauch der sozialistischen Idee. Denn nach seiner Wendung gegen die englische Kolonialpolitik und rebellischen Jahren als Tellerwäscher und Privatlehrer, Journalist der Weltwirtschaftskrise und Romanschriftsteller hatte Orwell dann sein zweites prägendes Erlebnis im *spanischen Bürgerkrieg* von 1936.⁴⁾ Er kämpfte zwar auf Seiten der Republikaner, aber schon 1937 verschärfte er seine fundamentale Kritik an den totalitären Tendenzen ebenso der Linken wie der Rechten, am Kommunismus wie am Nationalsozialismus. Es war die Zeit der wachsenden Judenverfolgung in Deutschland, der großen Säuberungen und Schauprozesse in der Sowjetunion. In seinem Buch

„Huldigung an Catalonien“ (1938) widerlegt er den Wunschglauben westlicher Intellektueller (bislang auch sein eigener), die spanischen wie die sowjetischen Kommunisten machten die wahre soziale Revolution, die ihre radikale Rhetorik verkündete: in Wahrheit seien sie kühle Profis, gelernte Machtergreifer und Machterhalter, die vor allem den manipulierten Gebrauch der Worte beherrschten.

In der Kriegs- und Nachkriegszeit schließlich erschienen jene Schriften Orwells, die sowohl den bestehenden Diktaturen wie vor allem ihrer drohenden Zukunftsform, ihrer technisch-psychologischen Perfektionierung galten. Dabei wollte Orwell bei aller Selbstkritik betont ein Linker bleiben; dies galt auch noch 1945, als er bei Erscheinen seiner antitotalitären Satire „Animal Farm“, worin die russische Revolution und ihre diktatorische Entartung verglichen wurde mit der Übernahme einer Farm durch ihre Tiere,⁹ entschieden bekannte: „I belong to the Left and must work inside it, much as I hate Russian totalitarianism and its poisonous influence in this country“. Das hieß für die Linke freilich eine umso unangenehmere Kritik des Insiders. Sein Leben lang betrachtete er es als seine Pflicht „to attack the Right but not flatter the Left“¹⁰. Aber zugleich erkannte er, daß das Links-Rechts-Schema längst eine ideologische Illusion geworden war, und zwar zur intellektuellen Rechtfertigung diktatorischer Bewegungen und Regime. Enthielten nicht Faschismus und Nationalsozialismus linke, quasosozialistische Züge, und auf der anderen Seite der zur Macht gekommene Kommunismus nicht geradezu konservativreaktionäre, imperialistische? Aktuell bis heute bleibt Orwells Kritik von 1944: es sei die Sünde beinahe aller Linken seit 1933, daß sie „antifaschistisch sein wollten, ohne antitotalitär zu sein“¹¹.

Diese Einsicht unterschied Orwell von den vielen Intellektuellen des Westens, die entweder gegen die Linke oder die Rechte kehrt machten, aber nur schwer sich dazu überwinden mochten, die Ähnlichkeit und Vergleichbarkeit linker und rechter Diktaturen anzuprangern oder – wie nun Orwell – den Totalitarismus literarisch und psychologisch in menschliches Schicksal zu übersetzen. Die große Wirkung von „1984“ resultierte dann auch ähnlich wie drei Jahrzehnte später im Rückblick der Holocaustfilm aus der Identifikationsmöglichkeit mit individuellen Zwangslagen – eine wenn auch schreckliche „Vermenschlichung“ des Grauenhaften, nicht ohne einen Funken Hoffnung, doch mit trostlosem Ausgang.

Orwells „1984“ steht am Ende eines kurzen, konzentrierten literarisch-politischen Lebens vom kaum mehr als

zwei Jahrzehnten, es ist überschattet von Diktatur, Krieg und schließlich Krankheit, die Schärfe der Kritik und tiefen Pessimismus nähren. Aber das Buch und sein Autor können nicht einfach (wie in der Sowjetunion und unter ihren Sympathisanten) als Produkt des Kalten Krieges abgetan werden, sondern wie übrigen der Totalitarismusbegriff. Die grundlegenden Ideen Orwells und seine Auffassung des Totalitären sind nach den neuesten Untersuchungen (von William Steinhoff, 1975 und Bernard Crick, 1980) lange vor dem Kalten Krieg, schon zwischen 1936 und 1940 entstanden, also über ein Jahrzehnt vor Hannah Arendt. Es genügt auch nicht, sie aus einer Verbindung von Kaltem Krieg und Todeswunsch abzuleiten, es geht vielmehr um die Sache selbst, die totalitäre Bedrohung unseres Jahrhunderts.

Auch die Pläne für „1984“ selbst sind übrigens schon seit 1943, also durchaus vor dem Ost-West-Konflikt, in detaillierten Entwürfen greifbar¹². Und Orwells Denken spiegelt gewiß die eigentümlichen Probleme und Widersprüche der dreißiger und der vierziger Jahre wider, aber seine wachsende Fortwirkung beweist zugleich die Bedeutung, die gerade diese Jahre vor und nach dem Zweiten Weltkrieg für die heutige Zukunftsdiskussion besitzen: die leichtfertigen Fehler und Illusionen der dreißiger Jahre ebenso wie die schmerzhaften Erfahrungen und Weichenstellungen der vierziger Jahre. Es sind diese beiden Erfahrungsstränge: das *Versagen Europas* angesichts der Diktaturwellen von 1917 (Lenin), 1922 (Mussolini), 1933 (Hitler), 1936 (Franco) und 1939 (Hitler-Stalin-Pakt) und die neue *kommunistische Diktaturdrohung* in Osteuropa nach 1945 – diese Erfahrungen nun verschmelzen mit Orwells Sinn für utopisch zugespitzte, doch gleichwohl wissenschaftlich nachvollziehbare Entwicklungstendenzen. Sie bringen seine genuine Leistung hervor: die analytisch wie erzählerisch gleichermaßen treffende, zugleich eigentümlich unheimliche, spannende Darstellung eines Regimes, das kommunistische und nazistische Herrschaftstechnik verschmilzt zur Diktatur einer machthungrigen Elite: eine scheinbar unwiderstehliche, nicht mehr rückrufbare, supermoderne totalitäre Regierungsform, gegen die es kein Mittel, weil keine Alternative mehr gibt, die endgültig herrscht, weil sie perfekt scheint und allen Errungenschaften des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts entspricht, und weil alle Staaten und Gesellschaften ihr verfallen können.

2.

Es sind letztlich zwei Elemente der modernen Entwicklung, deren Verflechtung ebenso suggestiv wie verhängnis-

voll für das Menschengeschlecht erscheint: die „totalitäre Verführung“ durch die Verbindung von modernem Effizienzenken mit Heils- oder Glückserwartungen und die tiefe Ambivalenz des modernen Fortschritts, der so unvermeidlich wie mißbrauchbar ist. Wir sollten aber bei der aktuellen Erörterung der übergreifenden, totalitären Tendenzen im Zuge der Modernisierung von Staat und Gesellschaft nicht übersehen, welche konkrete zeitgeschichtliche Erfahrung dahinter stand – und bis heute dahinter steht. Solange es uns im Westen, bei einem Teil der Menschheit wenigstens, gelingt, entgegen den euphemistischen Illusionen und Fiktionen des Konvergenzenkens die Unterscheidung von Demokratie und Diktatur, von Freiheit und (Selbst-)Gleichschaltung wachzuhalten, statt durch Leugnung der Gegensätze einen illusionären Dauerfrieden um jeden Preis erkaufen zu wollen (wie bei der Appeasementpolitik der dreißiger Jahre), solange ist die Annäherung an 1984 wohl technisch möglich, nicht aber politisch unabwendbar.

Orwell selbst wie die ihm nahestehenden antitotalitären Schriftsteller seiner Zeit von Arthur Koestler (Sonnenfinsternis, 1940) bis James Burnham (The Managerial Revolution, 1941) haben wesentlich dazu beigetragen, daß die Prophezeiung nicht zur self-fulfilling prophecy wurde, sondern als Warnung bis heute nachgewirkt hat. So sagt auch der Futurologe (und eher schwarzmalende Pazifist) *Robert Jungk*: „Zukunftsbücher sind in Wahrheit meist überhöhte oder verlängerte Gegenwartsbeschreibungen... Nicht selten wollen sie durch ihre Prognose die eigene Voraussage zu nichte machen. Sie malen Schreckliches an die Wand, damit es nicht eintrifft. Warnung soll Leser zum Widerstand gegen menschenfeindliche Zukünfte anregen“¹³. Das gilt vor allem für die fundamentale Unterscheidung der politischen und gesellschaftlichen Systeme – mit dem wesentlichen Kriterium: totalitär oder nicht?

Umso bedenkllicher freilich, daß man seit den sechziger Jahren in unseren eigenen Reihen geradezu selbstmörderisch gegen den Totalitarismusbegriff Sturm läuft, ja ihn aus Mitgefühl mit der Sowjetunion und dem Kommunismus tabuisiert, die Maßstäbe politischer Freiheit bei der Beurteilung zumal linker Diktaturen jedenfalls nur ungern anwendet, weil man diesen ihre großen, erklärt „humanen“ Ziele zugute hält, die inhumanen Mittel dagegen herabspielt. Neuerdings gelingt es wieder besser, diesen Illusionen der siebziger Jahre entgegenzutreten – sofern man nicht den lapidaren Vorwurf des Antikommunismus scheut.

Nur dann bleibt auch der Sinn für die geistigen und politischen Gefahren der

modernen *Technisierungsprozesse* erhalten, solange nämlich die freiheitliche Alternative vertreten und als Maßstab menschenrechtlich orientierter bzw. beschränkter Politik zur Kontrolle jener technisch möglichen Mittel dienen kann, die auch leicht für eine immer raffiniertere Gleichschaltung zu mißbrauchen sind. In dieser Hinsicht scheinen wir ein erfreuliches Stück von „1984“ entfernt, vor allem wenn selbst die zeitgenössischen Diktaturen mehr als vor 4 oder 5 Jahrzehnten gewisse Rücksichten auf solche moralisch-politischen Vorbehalte zu nehmen scheinen.

Bei einem Blick auf Einzelheiten der Negativ-Utopie Orwells bleibt die Nähe von „1984“ freilich nicht nur zeitlich, sondern auch sachlich durchaus real. Schon auf den ersten Seiten des Romans erscheint ein Stichwort nach dem anderen, das die totalitäre Atmosphäre kennzeichnet. Sogleich wird deutlich, daß es in Orwells Alptraum vor allem um die Manipulation des Denkens und Verhaltens geht, in deren Dienst auch erst die perfekte Technik steht. Diese Stichworte erinnern deutlich an das NS-System und an stalinistische Gegenwart, ohne diese zu nennen; die Hauptfigur des Romans, Winston Smith, ist 1944 oder 1945 geboren (soweit er dies noch feststellen kann, da ja die Geschichte von Partei und Staats wegen ständig umgeschrieben oder gar systematisch ausgelöscht wird). Auch hier also die Zeit der Weichenstellungen, die vierziger Jahre.

Der erste Eindruck des Romans nun ist das riesige Gesicht mit dem „dicken schwarzen Schnauzbart“ an allen Wänden samt der Schlagzeile darunter: „Der Große Bruder sieht dich an!“ und mit den Augen, die einen überallhin verfolgen; in den Wohnungen der ständig laufende „Televisor oder Hörschirm“, der Propaganda-Statistiken einhämmert, nicht abzustellen ist und zugleich alles beobachtet; das öffentliche Leben steht unter den agitatorischen Maßnahmen der „Haßwoche“ (als Freund-Feind-Indoktrination) und einer omnipräsenten „Gedankenpolizei“. Da ist Winston Smiths Arbeitsstätte, das Wahrheitsministerium „Mini-wahr“, eigentlich ein Ministerium der Lügen, in dessen Archiven die Geschichte verfälscht und Information auf den Kopf gestellt wird, gemäß den drei lapidaren Wahlsprüchen der Staats-Partei, die in „schönen Lettern“ in die weiße Front des Ministeriums gemeißelt sind: „Krieg bedeutet Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke“ — Beispiel für das charakteristische „Zwiedenken“ des Systems. Ebenso gigantisch mit jeweils 6000 Zimmern (zur Hälfte unterirdisch) das „Friedensministerium“, natürlich für Kriegsangelegenheiten (genannt Minipax), das schwerbefestigte und fenster-

lose Ministerium für Liebe, in Wirklichkeit für diktatorische Ordnung (Mini-lieb), und das Ministerium für Überfluß, in Wirklichkeit umgekehrt für Rationierung zuständig (Minifluß).

Die euphemistisch-bagatellisierenden Abkürzungen gehören zur „Neusprache“ (newspeak), die über verschiedene Stufen durchgesetzt wird, um das Denken zu standardisieren und abweichenden, gar oppositionellen Argumentationen jede sprachliche und sachliche Grundlage zu entziehen: Eine verstümmelte Kurzsprache, angereichert mit wissenschaftlichen und technischen Fachausdrücken, schließt jede andere Logik aus; sie scheint bequem und effizient und tötet zugleich eigene Denkmöglichkeiten, kehrt den Sinn der Worte und Werte um, macht geistig und seelisch gefügig. In einer angehängten „Kleinen Grammatik“ gibt Orwell drastische Beispiele für diese Schlüsselrolle einer parteiichen, alles selbständige politische Denken ausschließenden Funktionssprache, für die Euphemismen wie „Gutdenk“ oder „Lustlager“ (für Zwangsarbeitslager) charakteristisch sind — aber auch das uns so geläufige „Zwiedenken“ der Unterworfenen in totalitären Bewegungen und Systemen.

Orwells Grundbefürchtung ist in allem die schleichende, unausweichliche Gleichschaltung, die Denkverformung, gepaart mit jener Flucht oder Furcht vor der Freiheit, die auch in Massendemokratien auf dem Wege zur Diktatur zu beobachten ist. Der Sozialpsychologe Erich Fromm hat diese „fear of freedom“ damals als die eigentliche Gefahr der modernen Gesellschaft beschrieben, und für Orwell zeigte sie sich in jenem täglich forcierten und bestätigten Drang zum Konformismus, mit dem die Menschen von „1984“ nicht mehr selbst zwischen Recht und Unrecht, Gut und Böse zu unterscheiden brauchen — und so dazu gebracht werden können, sich den Denk- und Verhaltensregeln wie den Zwängen eines allgegenwärtigen Systems zu unterwerfen — so daß sie den Zwang als eigenen Willen empfinden. Eben dies ist das totalitäre Syndrom: die Unterwerfung unter eine eingehämmerte und eingebilddete Identität von Herrschaft und Freiheit. Die psychischen Möglichkeiten und technischen Vorkehrungen zu einem solchen Prozeß sind überall vorhanden, die schleichende Gleichschaltung kann in jedem Staat stattfinden, wenn einmal das Individuelle bedingungslos der Gemeinschaft untergeordnet wird und öffentliche Kontrolle die private Sphäre übermannt. Am Schluß ist auch Winston Smith, der den ganzen Roman hindurch nach einem Ausweg aus der Gleichschaltung sucht (geheim geführtes Tagebuch, geheime Liebe), endgültig gebrochen, vom Bedürfnis nach

Teilhabe und Aufgehen im Gemeinschaftserlebnis erfaßt und eingeordnet. So endet „1984“ mit seiner Selbstgleichschaltung durch Gehirnwäsche und Liebe zum Großen Bruder: „Er saß auf der öffentlichen Anklagebank, gestand alles, belastete jedermann. Er schritt den mit weißen Fliesen belegten Gang hinunter mit dem Gefühl, im Sonnenschein zu wandeln, und ein bewaffneter Wachposten ging hinter ihm drein. Das langerhoffte Geschoß drang ihm in sein Gehirn. — Er blickte hinauf zu dem riesigen Gesicht. Vierzig Jahre hatte er gebraucht, um zu erfassen, was für ein Lächeln sich unter dem dunklen Schnurrbart verbarg. O grausames, unnötiges Mißverstehen! O eigensinniges, selbst auferlegtes Verbanntsein von der liebenden Brust! ... Aber nun war es gut, war alles gut, der Kampf beendet. Er hatte den Sieg über sich selbst errungen. Er liebte den Großen Bruder“.

Hier in dieser noch über Kafka hinausgehenden Prozeß- und KZ-Atmosphäre hatte die politische Religion des Totalitarismus, der säkularer Heils- und Erlösungsglaube, unausweichlich eingehämmert, die vollständige ideologische Wirkung erreicht: die endgültige und bedingungslose Selbstunterwerfung als höchste Tugend. Nur eine Unstimmigkeit bleibt: die in ihren Elendsviertel durch einfache Vergnügungen niedergehaltene Unterschicht, das Helotenvolk der „Proles“ — eine geheime schwache Hoffnung des alten Linken Orwell auf einen (freilich unwahrscheinlichen) Aufstand gegen die Diktatur?

Für die Menschen von Orwells „1984“ war der entscheidende Umbruch zu ihrem System während der fünfziger und sechziger Jahre geschehen, begleitet von totalen Säuberungen der Menschen und Sachen, die noch an die andere Welt der individuellen Freiheit und einer nichtstaatlichen Wahrheit erinnerten. Nun, das Verschweigen oder Umschreiben der Geschichte ist auch uns geläufig, und wenn es auch anders als in der Welt von „1984“ (wo kein Buch von vor 1960 zugelassen ist) bei uns mehr als genug Bücher gibt, so wird doch Orwells „1984“ in einem Drittel der Welt unter Verschluss gehalten. Wohl ist es zum Ausbau einer totalitären „Neusprache“ noch nicht gekommen, obgleich die politische Depavierung von Sprache Fortschritte macht. Auch im einschlägigen Anhang von „1984“ ist die Einführung der Neusprache zugleich mit der völligen Umschreibung, Säuberung oder Vernichtung bisheriger Literatur wegen der erheblichen Schwierigkeiten endgültig erst für 2050 vorgesehen.

Die unsichere Zukunftsperspektive für die Menschen und das System von „1984“ wird aber vor allem auch im Bereich der Außen- und Weltpolitik, d.h. der Kriegspolitik sichtbar. Ihre

unheilvolle Entwicklung beruht auf der Ablösung begrenzter Staaten durch drei Weltreiche, die zueinander in dauernder Kriegsdrohung mit undurchschauabaren Kriegshandlungen stehen: Oceania, Eurasia und Ostasia. Orwell dachte dabei an die verhängnisvolle Festlegung der Einflusssphären schon auf der Konferenz von Teheran (wie er seinem Verleger schreibt)¹⁰. Die Gefahren einer Weltstaatsentwicklung, die zur Auflösung der Politik überhaupt führt, wird auch in der völligen Anonymität und Irrealität der Informationen über Vorgänge auf der Ebene internationaler Politik spürbar. Auch darin nimmt Orwells Negativutopie vorweg, was totalitäre Informationspolitik im Zeitalter von Supermächten mit den Problemen der Spannungs- und Abschreckungspolitik bedeuten kann.

Aber alle drei Imperien des Erdkreises sind eben schon totalitär: Dies wiederum ist die Warnung, die vor uns steht, solange der Westen und seine Demokratien den totalitären Tendenzen noch nicht erlegen sind. Wieder kommt es darauf an, diese Unterscheidung der Systeme zu beachten, sie nicht — aktuell gesprochen — um einer „Äquidistanz“ willen zu leugnen oder zu bagatellisieren — bis es zu spät ist, und keine wirkliche Alternative zwischen den Supermächten mehr besteht.

3.

Wie treffend Orwells Beschreibung war, verdeutlicht die Unterdrückung des Buches hinter dem Eisernen Vorhang und das Echo, das es gleichwohl bei kommunistischen Führern fand. Der polnische Dichter und spätere Nobelpreisträger, *Czeslaw Milosz*, berichtet nach seinem Abfall vom Kommunismus in seiner Schrift „Verführtes Denken“ schon 1953: „Viele von Ihnen haben Koestlers ‚Sonnenfinsternis‘ gelesen, einige wenige haben Orwells ‚1984‘ kennengelernt. Da es sehr schwer ist, dieses Buch zu bekommen, und gefährlich, es zu besitzen, ist es nur einigen Mitgliedern der Inneren Partei bekannt. Orwell hat sie fasziniert durch die scharf beobachteten Details, die sie sehr gut kennen, und durch die Form der an Swift gemahnenden Satire. Diese Form ist in den Ländern des Neuen Glaubens ausgeschlossen, denn die allegorische Aussage, die von Natur aus mehrdeutig ist, würde die Vorschriften des sozialistischen Realismus und die Anweisungen der Zensur übertreten. Auch diejenigen, die Orwell nur vom Hörensagen kennen, sind erstaunt, daß ein Schriftsteller, der nie in Rußland gelebt hat, eine so scharf durchdringende Vorstellung des dortigen Lebens hat. Allein schon der Umstand, daß es im Westen

Schriftsteller gibt, die über das Funktionieren der unheimlich komplizierten Maschine Bescheid wissen (von der sie selbst ein Teil sind) verblüfft diese Kommunisten, besonders wenn man die angebliche Dummheit des Westens in Betracht zieht“¹¹.

So blieb es bis heute ein im Osten verbotenes Buch. Orwell selbst läßt allerdings keinen Zweifel, daß es ihm nicht so sehr um eine Vorhersage als vielmehr um eine Warnung an den Westen geht. Einige Wochen nach Erscheinen des Buches erklärt er in der amerikanischen Zeitschrift „Life“ (25. 7. 1949): „Mein Roman ‚1984‘ ist nicht als Angriff auf den Sozialismus oder die Britische Labour Party gedacht, sondern als eine Entlarvung der Perversionen, für die eine zentralisierte Wirtschaft anfällig ist und die schon teilweise im Kommunismus und Faschismus Wirklichkeit wurden. Ich glaube nicht, daß die von mir beschriebene Art Gesellschaft kommen muß, aber ich glaube (auch wenn das Buch eine Satire ist), daß etwas ihr Ähnliches kommen könnte. Ich glaube auch, daß sich totalitäre Ideen überall in den Köpfen von Intellektuellen festgesetzt haben, und ich habe versucht, diese Ideen in ihren logischen Konsequenzen weiter auszuzeichnen. Die Szene des Buches ist England, um zu unterstreichen, daß die englischsprachigen Völker nicht von Geburt besser als die anderen sind, und daß Totalitarismus, wenn er nicht bekämpft wird, überall triumphieren könnte“¹².

Besonders mit der wachsenden Rolle (und Zahl) der Intellektuellen, die in ideologischen Diktaturen an die Macht gelangen können und wie im Fall des Marxismus oder Rassismus deren inhumanste Konsequenzen im Namen einer totalitären Idee begründen, zeigt sich eine neue Elite oder auch neue Klasse, um mit Milovan Djilas zu sprechen: Indoktrination und Zwang verbinden sich zu einer intensiveren Beherrschung als je in konventionellen Diktaturen möglich. Schon für seine Zeit registriert Orwell: „Bereits jetzt gibt es unzählige Leute, ... denen das Verdrehen einer historischen Tatsache jedoch kein Unrecht schiene“. Und: „Die Vergangenheit ist ausgelöscht, das Auslöschen vergessen, die Lüge wurde zur Wahrheit“¹³.

Eine Art Großinquisitor wie bei Dostojewski ist die Gestalt von O'Brien, der im Sinne der „Inneren Partei“ und des „Großen Bruders“ alle psychologischen und ideologischen Mittel zur endgültigen Bekehrung Winston Smiths einsetzt, eingängigste Verführung und grausamster Zwang zugleich; er erscheint als Inbegriff des totalitären Intellektuellen: der pseudowissenschaftlich alles wissende und erklärende Glaubensverwalter oder Ersatzgott, wie wir ihn auch aus der Geschichte der Bekehrung zum Kommunismus bei

Arthur Koestler und anderen Schriftstellern in der Zwischenkriegszeit kennen, aus dem Buch von 1950: „Ein Gott, der keiner war“ (The God that failed).

Orwell arbeitete während des Krieges bei BBC und sah Gefahren der Intellektualisierung und Technisierung im Zeichen der Massenmedien und neuen Industrien voraus, die er zu seiner scharfen intellektuellen Kritik verdichtete. Dazu trug auch die intellektuelle Unterschätzung Hitlers und Stalins bei; und muß man nicht gar Hitler selbst auch aus der manischen Fixierung auf radikale Ideen erklären? Dazu gehört schließlich auch die erdrückende Verführungsmacht eines eklektischen Gigantismus in der totalitären Baukunst — unter Hitler wie Stalin, und mit Hilfe von ehrgeizigen Spezialisten wie Speer. Die vier Großmisterien von „1984“ zeugen davon: jedes „ein riesiger, pyramidenartiger, weiß schimmernder Betonbau, der sich terrassenmäßig dreihundert Meter hoch in die Luft reckte“ (und ebenso viele Räume unter der Erde hatte).

Mit dieser Fundamentalkritik an der Gedankenleier wird aber auch das seit Platon traditionelle *Utopia-Ideal* ad absurdum geführt, sofern in den Intellektuellen, die es aus romantisch faszinierter Aktions- oder Abenteuerlust entwerfen, suggerieren und verwerten, „überall totalitäre Ideen Wurzel gefaßt haben“, wie Orwell sagt. Auch in diesem Sinne also negative Utopie, Anti-Utopie, ja Absage an alle Utopien: diese erscheinen als die unter heutigen Bedingungen der Manipulations- und Gleichschaltungsmöglichkeit gefährlichste Form des Zukunftsdenkens, auch wenn derzeit kein ähnlich attraktives Identifikationsobjekt sichtbar ist.

Einer der besten Kenner der Beziehung zwischen Literatur und Politik in England, George Watson, weist darauf hin¹⁴, daß anders als in historischen Diktaturen die totalitäre Utopie ständig im Fluß, in der Wandlung ist, und der einzelne auf keinerlei Sicherheit rechnen kann. Schon 1941, also wieder vor dem Kalten Krieg, sagt Orwell im BBC: „Die Besonderheit des totalitären Staates ist, daß er das Denken kontrolliert, es aber nicht fixiert. Er setzt unbezweifelbare Dogmen auf, doch er ändert sie von Tag zu Tag“ (II, 136). Man fühlt sich erinnert an die maoistische Kulturrevolution in China (1966/67). Wahrheit gibt es überhaupt jeweils nur für den Augenblick, von der Partei verfügt, und „es ist der Mythos des Totalitarismus, daß alle Überzeugung, ja innere Gewißheit manipulierbar ist, daß der Mensch nur denken kann wie er denkt, weil er dazu ‚konditioniert‘ wurde“¹⁵. Indoktrinierende Schulung ist das A und O, wie wir aus der geschichtlichen Erfahrung mit rechts- und linktotalitären Systemen

und auch mit ihren Mitläufern im Westen wissen.

Vor diesem Hintergrund sind intellektuelle Perfektionsträume Orwells Alpträume: Bücher, im Leseraum des British Museum (Marx) oder aber in einem bayerischen Gefängnis (Hitler) geschrieben, können nun zur schwarzen Schrift eines künftigen Zeitalters werden. Es ist die tragische Einzigartigkeit des 20. Jahrhunderts, daß alles einschließlich einer nie endenden Hölle jetzt möglich wird... Die totalitäre Utopie ist unausweichlich für den, der ohne geistige Alternative in ihr lebt. Demgegenüber gilt: Es gibt die reale Welt, jenseits des Worts, und die Verhinderung der Negativutopie von „1984“ hängt für Orwell nicht zuletzt von der Abwehr totalitärer Informationsmanipulation durch Sprachmanipulation ab. Wolfgang Bergsdorf hat dies in seinen neuesten Studien zu Herrschaft und Sprache verdeutlicht¹⁶. In diesem Sinne sah Orwell umgekehrt in den Intellektuellen, deren er selbst einer war, auch das mögliche Gegengewicht gegen die wachsende Macht von big government: „Das mag ein geringer Trost sein, aber kein zu verachtender. Es bedeutet, daß in Ländern mit starker liberaler Tradition bürokratische Tyrannis wohl nie vollständig sein kann. Die mit den gestreiften Hosen werden regieren, aber solange sie gezwungen sind, eine Intelligenz beizubehalten, wird diese ein gewisses Maß an Selbstständigkeit haben“¹⁷. Und obwohl ja „1984“ in einem London der Diktatur spielt, traute er den Engländern die Fähigkeit zu, „to centralize their economy without destroying freedom in doing so“¹⁸. Auch hier also die Ambivalenz — und die Hoffnung.

4.

Blicken wir abschließend auf die literarischen wie politischen Intentionen und auf die großen Wirkungen Orwells, so enthüllt sich aufs eindringlichste, daß beides zur Wirklichkeit des Menschen und seiner Existenz in der Gegenwart gehört: die Dimension der Vergangenheit wie die der Zukunft. Höchst einschneidende Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit sind uns in den zeitgeschichtlichen Umständen und Antrieben gegenwärtig, unter denen Orwells „1984“ entstand. Auch seine Zukunftsvision ist ja nichts anderes als die Frage nach den „futuribles“, ist eine Fortschreibung überkommener und gegenwärtiger Tendenzen.

Es ist gewiß kein Zufall, daß gerade heute wieder ein teilweise erbitterter Streit um jene historischen Lehren der dreißiger und vierziger Jahre im Gange ist, der natürlich auch darum geht, ob man aus der Geschichte überhaupt lernen könne oder nicht öfter die falschen

Schlüsse ziehe. Aus den dreißiger Jahren sind es nicht zuletzt die Illusionen des westlichen Pazifismus, aus den vierziger Jahren die Enttäuschung mit dem Kommunismus und die fortdauernde Drohung totalitärer Diktatur, die wir inzwischen gerne als bloße Systemfrage herunterspielen, statt ihrer grundlegende Bedeutung zu erkennen — und dies gerade auch in Zeiten der Entspannung, wenn wunschenkend-euphemistisch die Kluft zwischen Demokratien und Diktaturen übergangen, bagatellisiert oder vollends geleugnet werden mag und sich Diktaturen gar als bessere Form und höheres Stadium von Demokratien ausgeben. Es war neben allen technisch-wissenschaftlichen Bedrohungen unserer Zeit diese innere Aushöhlung und Selbstzerstörung unserer politischen Kultur, ihre Hilflosigkeit gegenüber dem Demokratieanspruch der Diktatoren, die Orwell zu seiner Negativutopie bewegte.

Nachdrücklich ist also die Bedeutung dieser zeitgeschichtlichen Erfahrung zu betonen, wenn uns nun im Rummel des Orwell-Jahres besonders die wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten einer manipulierbaren, ja manipulierten Welt schreckdrohend vor Augen gestellt werden. Demgegenüber bleibt die menschliche und somit ethische und politische Bewältigung des Fortschritts vorrangig, und hier scheint mir alles darauf anzukommen, daß aus der leider ja sehr reichen bisherigen Erfahrung mit Diktaturen und großen Brüdern die richtigen Einsichten, Vorkehrungen und Kontrollen abgeleitet werden. Verfallen wir nicht der weitverbreiteten Neigung zum Vergessen oder Verdrängen des Totalitären in den großen Ideologien unseres Jahrhunderts, wenn offenbar jetzt wieder Zeiten einer Re-Ideologisierung angebrochen sind, mit antiparlamentarischen Bewegungen und Sekten, mit alten und neuen politischen Religionen? Wie auch Hannah Arendt zwei Jahre später in ihren „Origins of Totalitarianism“ (1951)¹⁹ hat Orwell besonders die Bedeutung der Ideologie betont: ihre totale Geltung in einem mehr als pseudo-religiösen Sinn und als Schlüssel für alle Fragen, zugleich Rechtfertigung für die unmenschliche Logik totalitärer Politik, der das Ziel (einer perfekten Gesellschaft) alle Mittel heiligt — sogar die Selbstauslöschung gegenüber der Partei und ihrer Idee, wie es Winston Smith am Ende von „1984“ geschieht. Denn in der perfekten Gesellschaft darf es keine Opposition, ja in letzter Konsequenz überhaupt keinen „falschen“ Gedanken mehr geben.

Wir haben in unserem Jahrhundert der modernen Ideologien²⁰ erlebt, in welchem Umfang die Medien, aber auch Theater und Künste für die Stilisierung von Diktatoren und Diktaturen be-

nutzt werden können und also der Willfährigkeit für einseitiges Denken und Handeln dienen. Das reicht von Mussolini, dem Literaten, und Hitler, dem Wagnerianer, bis zu Evita Peron, der Schauspielerin, gilt aber auch für die unkritisch gefeierten heroisierenden Propaganda-Filmwerke des Sowjetkommunismus. Doch es gibt die großen Gegenbeispiele, nicht zuletzt die dissidenten Schriftsteller Rußlands und Osteuropas, die aus Diktaturen exilierten einst und jetzt, und hier zeigt sich das Positive, Zukunftssträchtige auch der neuen Technologien und Medien. Für Weltoffenheit und freiheitliche Pluralität eröffnen sich mehr denn je zuvor in der Geschichte neue Mittel und Wege. Wie Orwell selbst in einer seiner letzten Bemerkungen zum Sinn von „1984“ sagt: „Don't let it happen. It depends on you“²¹. Gegenüber dem düsteren, betont zugespitzten Warnungsbild Orwells können sie wirksamer denn je der Förderung der Freiheit dienen, nämlich der möglichst vielseitigen und dadurch möglichst objektiven Information, wie z.B. jüngst die technisch-elektronisch möglich gewordene Aufklärung des zunächst von der Sowjetunion geleugneten und mystifizierten Abschusses eines koreanischen Verkehrsflugzeuges mit 250 Menschen. Auch hier ist die Voraussetzung eine klare Unterscheidung der politischen Systeme, zumal das Bestehen auf Informationsfreiheit wie auf politischer Pluralität und Menschenrechten — gerade für Wissenschaft und Kultur im hochtechnisierten industriellen Massenzeitalter — fundamentalere denn je.

Wenn aber die politischen Kautelen beachtet und den Gefahren totalitärer Verführung die Verteidigung der offenen Gesellschaft entgegengestellt wird, dann kann die Warnung Orwells fruchten, wie sie ja bisher schon das Kommen von „1984“ doch verzögert hat. Dann werden Errungenschaften des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts auch nicht notwendig zu weiterer Abhängigkeit und Knechtschaft führen, sondern könnten wie einst im Zeichen der Aufklärung und Modernisierung zur liberalen Verbesserung des Loses der Menschen führen. Auf die politische Bewältigung kommt es an: Die Verhinderung totalitärer Konsequenzen erfordert wache Aufmerksamkeit, aber auch die volle positive Nutzung der modernen Möglichkeiten zur Verbesserung menschlicher Zivilisation²². Nicht lähmender Pessimismus und apokalyptische Dekadenzgefühle, sondern das politische Überstehen, die geistig-moralische Überwindung von „1984“: Das ist die Botschaft von Orwell. Sie hilft uns, weil sie rechtzeitig warnt und dadurch gerade unsere Erfindungs- und Widerstandskraft mobilisiert: gegen antizivi-

lisorische und totalitäre Ideologien, rechts- wie linksradikale.

Dazu gehört, daß wir uns wappnen gegen die Perversionen des Denkens und der Sprache, die Orwell wie kein anderer Kritiker seiner — und unserer — Zeit durchleuchtet hat. Mehr Medien denn je transportieren täglich die Slogans der Verführung, mit oder ohne Wahrheitsministerium: „War is Peace, Freedom is Slavery, Ignorance is Strength.“ Darum ist der Kampf um die Menschenrechte, Aufgabe unseres Jahrhunderts, nicht zuletzt ein Kampf gegen die Lüge von der perfekten, weil geschlossenen Gesellschaft, vor deren Verführungsmacht ein anderer großer Warner unserer Zeit ebenfalls seit den vierziger Jahren uns alarmiert: Karl Popper mit seinem Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (1944).

Orwells „1984“ ist in der Tat, wie Golo Mann sogleich bei Erscheinen des Buches 1949 schrieb, nicht eine Prophezeiung, sondern eine Warnung²¹⁾. Wir fügen hinzu: Es ist eine **politische** Warnung, doch der Primat des Politischen gilt nur, sofern dadurch gerade auch **nichtpolitische Werte** geschützt werden, deren Untergang in der totalitären Gesellschaft von „1984“ Orwell befürchtete: von den Menschenrechten, der Freiheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit bis zur freien Literatur und Sprache. Die geistigen und moralischen Mittel und Wege zu einer positiven Wendung der negativen Utopie stehen bereit: Manches wurde verhindert seit den vierziger Jahren, manches hat sich im atomaren Zeitalter noch zugespitzt. Orwell zwingt uns dazu, immer aufs neue darüber nachzudenken und die Alternativen zu „1984“ zu diskutieren und zu verteidigen, bevor es zu spät ist. Und noch eines, was auch für die derzeitige Friedensdiskussion gilt: Daß wir diese demokratische Diskussion führen können, anders als in Diktaturen, wo sie unterdrückt oder gezeugnet wird — das mag gelegentlich als Schwäche erscheinen, die aber eine Stärke sein kann, wenn wir sie als Bedingung der Freiheit und der reichen Produktivität unserer Zivilisation erkennen und festhalten. Freiheit, das heißt für Orwell, erstens nicht zum Falschdenken gezwungen zu werden, und zweitens auch das Recht „to tell people what they do not want to hear“²²⁾.

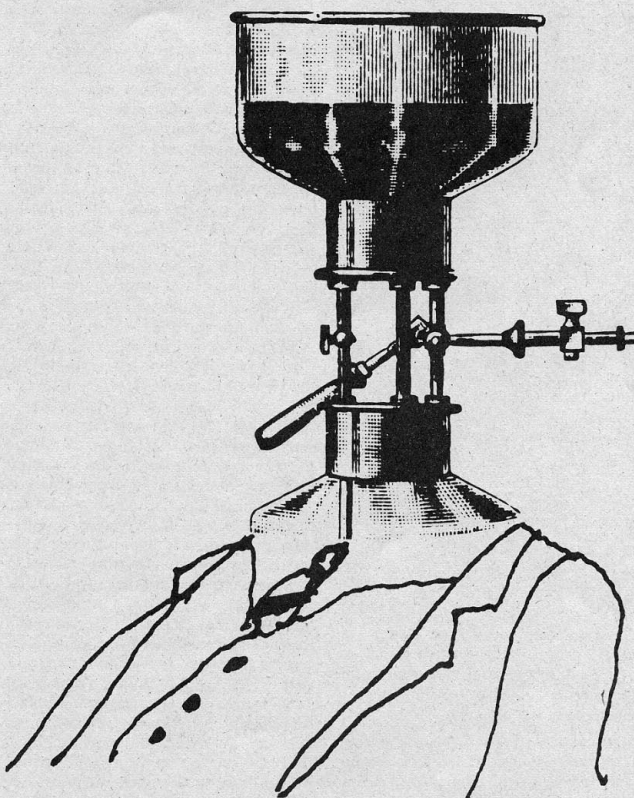
Nicht ein perfektionistischer Idealstaat, sondern die pluralistische, gewaltenteilige, parlamentarische Demokratie, von allen Regierungsformen die am wenigsten schlechte, stellt die Kontrollen gegen Machtmißbrauch und bleibt ein Bollwerk auch für das Recht auf Opposition. Diese Institution zu bewahren und weiterzuentwickeln — auch im Sinne einer Informations-Gewaltenteilung —, ist eine Chance zur Vermeidung von „1984“. Dabei hat Orwell mit seinem gebannten Blick

auf die totalitären Tendenzen des Fortschritts vor allem die fundamentale Bedeutung der als kapitalistisch verurteilten amerikanischen Demokratie unterschätzt. Daß gerade uns nach den romantisch-irrationalistischen Verirrungen und machtheftigen Verbrechen des „Dritten Reiches“ noch einmal diese Chance zugefallen ist, sollte die Sorge um Bewahrung einer rechtsstaatlichen, freiheitlich offenen Demokratie wach halten.

Anmerkungen

- 1) Grundlegend zu allen biographischen Details Bernard Crick, George Orwell. A Life, London 1980, S. 147 f. (erstmalig auf der Grundlage des persönlichen Nachlasses).
- 2) Bei einem sehr kontroversen Gespräch der beiden im August 1941 war Wells mehr an dem Was, Orwell an dem Wie der Utopie interessiert: Crick, S. 293.
- 3) Dazu Wolfgang Bergsdorf, „Utopie und Realität“, in: Die politische Meinung 28/210 (Okt. 1983), S. 78 ff; vgl. auch Helmut L. Müller, „Orwell war nicht allein“, ebenda S. 85 ff. Samjatin selbst emigrierte schließlich 1932 und starb 1937 in Paris.
- 4) Dazu neuestens auch Patrick v. zur Mühlen, Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im spanischen Bürgerkrieg 1936—1939, Bonn 1983, S. 62 ff.
- 5) „All animals are equal but some animals are more equal than others“ lautete die berühmte Moral der allegorischen Geschichte von der Überwältigung und Liquidierung einer sozialistischen Revolution.
- 6) Crick, S. 343; Watson, S. 39 (Anm. 7).
- 7) Essay über Koestler, bei Crick, S. 340. Vgl. auch die Bemerkung: „National Socialism is a form of Socialism, is emphatically revolutionary“ (Orwell, Collected Essays, London 1968, vol. II, S. 25).

- 8) Bei Crick, S. 362; 380; 407.
- 9) In: Buch aktuell, Weihnachten 1983, S. 3.
- 10) Collected Essays, IV, 460 (26. 12. 1948), zitiert nach William Steinhoff, George Orwell and the Origins of 1984, Ann Arbor 1975, S. 198 f.
- 11) The Captive Mind, New York 1953 (deutsch: Verführtes Denken, Köln 1955, S. 53).
- 12) Dasselbe schon am 16. 6. 1949 an einen Funktionär der amerikanischen United Automobile Workers: Crick, S. 397 f.
- 13) The Prevention of Literature (Essay von Anfang 1946).
- 14) Watson, S. 43 ff.
- 15) Ebenda, S. 45.
- 16) Neben dem zitierten Aufsatz (Anm. 3) vgl. W. Bergsdorf, Herrschaft und Sprache, Pfullingen 1983, mit den weiteren Nachweisen; ferner K. D. Bracher, Schlüsselwörter in der Geschichte, Düsseldorf 1978.
- 17) So am Ende der Tätigkeit für BBC 1943: Crick, S. 301.
- 18) Crick, S. 307.
- 19) Zur Einordnung vgl. den Sammelband: Hannah Arendt, Materialien zu ihrem Werk (hrsg. von Adelbert Reif, Wien 1979, S. 217 ff u. a.).
- 20) Zur zeitgeschichtlichen Bestimmung K. D. Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S. 21 ff; vgl. ders., „Demokratie und Ideologie im Zeitalter der Machtergreifungen“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), S. 2 ff.
- 21) Crick, S. 395.
- 22) Zur Fortschrittsproblematik K. D. Bracher, Geschichte und Gewalt, Berlin 1981, S. 211 ff.
- 23) Vgl. Jeffrey Meyers, George Orwell: The Critical Heritage, London 1975, S. 277 ff.
- 24) Crick, S. 306.



WIE NAH IST 1984?

1984: Politisch weit weg — technologisch schon vorbei

Die Orwell'sche Schreckensvision eines totalitären, völlig überwachten Staates ist weit von dem entfernt, was wir in westlichen Demokratien heute erleben. Der Grund dafür ist nicht technologisch: Die Überwachungswerkzeuge des Romans „1984“, der „Telescreen“ (eine Zweigweg-Kombination von Fernsehgerät und Fernsehkamera), sind längst verfügbar, wären jederzeit einsetzbar, ja sind technologisch fast als veraltet zu bezeichnen. Daß wir in einer freundlicheren Welt als der von Orwell beschriebenen leben, liegt ausschließlich daran, daß sich die demokratischen Systeme bewährt haben: Eine gewisse Meinungsfreiheit und ein gewisser Spielraum für verschiedene Verhaltensmuster blieben erhalten, Überwachungsmaschinen wurden im Zaum gehalten. In diesem Sinne, würde ich sagen, sind die düsteren Beschreibungen Orwells ein Grund zur Freude: Die Menschen und die Gesellschaft sind vernünftiger als befürchtet wurde. Andererseits heißt das nicht, daß Orwells Befürchtungen zu leicht genommen werden dürfen: Nicht nur bieten neue und zukünftige Technologien potentiell immer größere Chancen, ein perfektes Überwachungssystem einzuführen, falls dies je gewünscht wird; mehr noch: Technische Entwicklungen, die an sich zum Vorteil der Menschen gedacht und eingesetzt sind, können als vielleicht unbeabsichtigte Nebenwirkung den menschlichen Freiraum stark einengen. Ein Beispiel sind etwa Kreditkarten, die zwar bargeldloses Zahlen bequem ermöglichen, durch die aber der Standort des Benutzers bei jeder Transaktion festgehalten wird. Der Kunde hinterläßt damit eine „Spur“, die sich in manchen Fällen gegen ihn richten kann. Schon an dieser Stelle muß festgehalten werden, daß die Meinung „wer nichts Unrechtes macht, braucht vor solcher Überwachung keine Angst zu haben“, gefährlich und unhaltbar ist. Ist erst jeder Mensch in diesem Sinne voll erfaßt, dann hat die Menschheit erschreckend an Freiheit verloren, dann sind vom normalen Verhaltensmuster abweichende Tätigkeiten und Ideen gefährdet (und gerade solche werden wir immer brauchen).

Im folgenden werde ich einige Bereiche erwähnen, in denen unsere Gesellschaft schon heute beeinflusst und eingeschränkt ist, und wo weitere negative Auswirkungen nur dann verhindert

werden können, wenn entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden. In diesem Sinne ist eine Diskussion über den Großen Bruder und eine damit verbundene Klarstellung der Gefahren, aber auch der diese Gefahren vermeidenden Lösungen, von großer Bedeutung. Besonders wichtig erscheint mir aber schon hier die Feststellung, daß zwar zunehmende Technologie zu größerer Konformität, zu mehr Überwachung und zu weniger Freiheit führen kann, aber nicht muß. Im Gegenteil, es gibt technische Entwicklungen, die genau das Gegenteil bewirken können, und eine davon, Bildschirmtext, werde ich als Beispiel im letzten Teil dieser Ausführungen etwas genauer behandeln.

Gehirnwäsche durch das Fernsehen

Die weite Verbreitung des Fernsehens ist noch keine zwanzig Jahre alt (Einführung in Österreich 1957, Farbfernsehen erst 1969), und doch hat das Fernsehen in dieser Zeit unsere Gesellschaft tiefgreifend verändert. Sosehr Fernsehen anfangs als eine offensichtlich begrüßenswerte Einrichtung gesehen wurde — Schlagworte wie „bessere Information der Staatsbürger“, „Revolution für die Allgemeinbildung“, „erschwingliches Theater für jedermann“ usw. machten die Runde — haben wir inzwischen so viele negative Nebenwirkungen festgestellt, daß sich z.B. der deutsche Altbundeskanzler Schmidt vor einigen Jahren zu der Spekulation hinreißen ließ, man sollte pro Woche jeweils zwei bis drei Tage die Fernsehsender stilllegen. Die Tatsache, daß heute jeder oberflächlich weiß, wie Hawaii, die Arktis, der Dschungel, oder das Innere eines Insektenherzens aussehen, die Tatsache, daß man mehr und billiger Theaterstücke und Filme sehen kann, die Tatsache, daß wir über Nachrichtensendungen und Talk-Shows mit allen möglichen Informationen und Desinformationen konfrontiert werden, bezahlt unsere Gesellschaft teuer. Nicht nur hat die „passive Berieselung“ durch das Fernsehen andere Tätigkeiten, angefangen vom Stammtisch und vom Spielen im Familienkreis bis hin zur Ausübung der verschiedenen Hobbies in den Hintergrund gedrängt, sondern sie hat auch die inner-familiäre Kommunikation in vielen Fällen verringert und hat sich zu einer „Sucht“ entwickelt, sodaß beim Ausfall des Gerätes „Entziehungserscheinungen“

auftreten. All das wird mehr oder minder allgemein anerkannt. Aber noch viel mehr ist geschehen und wird zu wenig beachtet: Fernsehen hat das Realitätsbewußtsein der Menschen grundlegend verändert. Ich glaube, man kann sagen, daß Menschen heute in vielen Situationen anders reagieren, als sie das „normalerweise“ täten, weil sie im Fernsehen gesehene Verhaltensmuster nachleben. Weil z.B. Banküberfälle am Bildschirm hinreichend oft gezeigt werden, lehnt sich ein Mensch, der in einen realen Überfall verwickelt ist, an gezeigte Muster an; er tendiert dazu, spontane und eigenständige Reaktionen zu unterdrücken. Fernsehen führt noch in einer anderen Weise zur Verschiebung des Realitätsbewußtseins. Drehbuchautoren, Regisseure, Künstler und andere Fernsehmitarbeiter entscheiden in ihren Ansichten und Moralvorstellungen im Durchschnitt nicht dem Durchschnitt der Bevölkerung. Sie sind im allgemeinen künstlerischer und sensibler, weniger technisch interessiert, weltoffener, in Moralauffassungen liberaler usw. als der „Durchschnitt“. Es ist aber diese Gruppe von Personen, die uns in den Filmen und Episoden des Fernsehens das als normal zeigt, was sie für normal hält. Damit entsteht ein „Leitbild“ mit massiven Auswirkungen. Bei aller versuchten Objektivität wird so die erwähnte Gruppe zum unobjektiven Meinungsbild der Nation. Es besteht kein Zweifel, daß viele Strömungen (von der Liberalisierung der sexuellen Moral bis zur Einstellung zu gewissen technologischen Entwicklungen) durch das Fernsehen unbeabsichtigt verstärkt, verzerrt und beschleunigt wurden. Ohne daß ich konkrete Vorschläge habe, halte ich es für sinnvoll, darüber nachzudenken, wie man die beschriebenen Effekte verringern könnte.

Zusammenfassend muß man den Einfluß und die Macht des Fernsehens festhalten, und die Tatsache, daß auch in den objektivst geführten Fernsehanstalten ein unbeabsichtigter Gruppen-subjektivismus merkbar ist. Der Fernsehkonsum ist insgesamt zu groß: Es ist zu hoffen, daß neue Technologien (z.B. Bildschirmtext, siehe unten) vom passiven Fernsehkonsum wieder zu aktiveren Beschäftigungen führen werden.

Der überwachte Bürger

Stolzgeschwellt berichten steirische Zeitungen im Dezember 1983 von der modernsten Verkehrsüberwachungszentrale der Welt in Bruck a. d. Mur, mit der 40 km der Mur-Mürz-Furche voll überwachbar sind, „um in Notfällen schnell und zielführend eingreifen zu können“. Der Gleinalmtunnel wird nicht nur von Brandfühlern, sondern

auch von Fernsehkameras kontrolliert. Die Hongkonger Stadtverwaltung hat bei allen wichtigen Kreuzungen elektronische Vorrichtungen errichtet, die vorbeifahrende Autos identifizieren, um damit die „Verkehrsströme für eine Neuordnung des Stadtverkehrs erfassen zu können“. Die österreichische Gendarmerie bzw. Polizei, die bisher bei photographischen Radarfällen das Fahrzeug nur von hinten aufnimmt (wobei die Strafverfolgung Wochen später, d.h. mit erzieherischer Wirkung gleich Null, zugestellt wird) erwägt nun auch Aufnahmen von vorne, um den Fahrer eindeutig zu identifizieren. Mit jeder Verwendung einer Bankomatkarte oder einer Kreditkarte wird Zeitpunkt und Standort der Benutzung aufgezeichnet. Beim Betreten der Kassenhalle einer Bank wird man von der stets laufenden Videokamera genauso aufgenommen, wie bereits beim Parken auf den Parkplätzen einiger großer Firmen. In manchen Gebäuden und Firmen verwendet man statt Schlüsseln bequeme Plastikkarten zum Öffnen von Türen, wodurch die Zutrittskontrolle „endgültig in den Griff“ kommt, aber — vom System abhängig — sogar innerhalb des Gebäudes jede Bewegung verfolgbar wird. Und wenn man mit derselben Karte in der Werkkantine sein Mittagessen bezahlt (wie dies durchaus schon üblich ist) könnte es sein, daß man eines Tages Vorbehalte vom Werksarzt erhält, weil man z.B. mittags regelmäßig Bier trinkt.

Obige Liste ist beliebig fortsetzbar und soll klarstellen: Es gibt viele Teilbereiche, in denen Orwell'sche Überwachungsmaßnahmen bereits existieren — durchaus „gut gemeint“, wie ja auch der Große Bruder nur Gutes will. Es ist keine Beruhigung, daß die vorhandenen Möglichkeiten nicht konsequent und großflächig ausgenutzt werden. Darauf dürfen wir uns nicht verlassen: Es ist notwendig, alle Systeme so auszulagern oder zu ändern, daß sie möglichst wenig zur Überwachung mißbraucht werden können.

Ohne Lösungen für alle angeschnittenen Probleme hier diskutieren zu wollen, erscheinen mir zwei Grundsätze wichtig. Zunächst muß darauf geachtet werden, daß es bei jeder Maßnahme eine vernünftige **Balance zwischen positiven und negativen Auswirkungen** gibt. Auch im Extremfall, d.h. selbst wenn eine Maßnahme einzelne Menschenleben rettet, muß sie unterbleiben, wenn dadurch sehr viel mehr Menschen in ihrer Freiheit oder Lebensqualität leiden. Das Argument „diese Vorgehensweise rettet Menschenleben und ist daher notwendig“ ist nicht akzeptierbar: Wenn nämlich Menschenleben immer und absolut den Vorrang hätten, dann müßte man vieles verbieten, vom Autofahren zum Schifahren, von der Urlaubsreise bis

zum kalorischen Kraftwerk. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit darf nicht aus dem Auge verloren werden — und er wird ja auch tatsächlich (manchmal freilich erst nach längeren Auseinandersetzungen) anerkannt. So wurde der voll computerisierte Personalausweis in der Bundesrepublik (der es sicher erleichtert hätte, Verbrecher oder Terroristen aufzufinden, der aber auch der vollen Überwachung Tür und Tor geöffnet hätte) nicht eingeführt. Gewisse „Betriebsdaten“ und „Bewegungsdaten“ erfassende Systeme wurden in Österreich von der Gewerkschaft erfolgreich bekämpft usw. Ob große Verkehrsüberwachungssysteme wie die erwähnten gegen diesen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstoßen oder nicht, sei dahin gestellt (es sind dazu auch mehr Detailkenntnisse notwendig, als ich sie habe). Aber eines steht für mich fest: die Frage ist legitim und muß genauso gestellt werden wie bei der Einführung der Sicherheitsgurtpflicht.

Eine zweite wichtige Erkenntnis scheint mir (hier wie in anderen Lebensbereichen) zu sein, daß die Lösung auftretender Probleme häufig nicht durch Zurückgehen zu alter Technik gefunden werden kann, sondern durch **konsequenten Einsatz menschenadäquater neuer Verfahren**. Beispielsweise wäre es ein Fehler, von den überwachungsverdächtigen Zahlungsmitteln Kreditkarte, Scheck und Bankomatkarte wieder zurückzugehen zu Bargeld mit dessen Problemen; es ist vielmehr notwendig, die Einführung der sogenannten „anonymen smart card“ zu forcieren, die bargeldlose Geldtransaktionen bei Wahrung der vollen Anonymität gestattet. Ohne auf technische Details eingehen zu wollen, kann man sich diese smart card ähnlich vorstellen wie die von der Post heute schon angebotene „Telefonkarte“, die man sich um einen gewissen Betrag (anonym) kauft und mit der man dann bis zu dieser Summe bargeldlos von öffentlichen Fernsprechkablen aus telefonieren kann. Die österreichische Post macht mit der Telefonkarte also einen richtungsweisenden Schritt in die Zukunft. Die erwähnte demnächst einsetzbare smart card kann durch einen Trick übrigens sogar gegen Diebstahl gesichert werden. Zusammenfassend kann man einerseits feststellen, daß theoretisch die Gefahr einer zunehmenden Überwachung besteht und daher eine stete Wachsamkeit gegen weitere Überwachungsmaßnahmen sinnvoll ist, daß aber andererseits durch Anwendung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit und vor allem durch den Einsatz neuer Technologien das Ausmaß der Überwachbarkeit sogar reduziert werden kann und daher reduziert werden sollte.

Personenbezogene Datenbanken und der gläserne Mensch

Computersysteme aller Größenordnungen sind nicht nur aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken, weil sie von der Verteilung des elektronischen Stroms im Verbundnetz bis zur automatischen Flugzeugsteuerung, von internationalen Buchungssystemen bis zum Kreditwesen in alle Bereiche der Wirtschaft und der Verwaltung eingreifen. Solche Computersysteme helfen Menschen auch sehr direkt, wenn sie die Strahlendosis für einer medizinischen Behandlung überwachen, ein EKG auswerten, repetitive und stupide Fließbandarbeit unnötig machen usw.

Gleichzeitig entstehen dabei, vor allem im Bereich der Verwaltung, Anhäufungen von Informationen über die einzelnen Staatsbürger: Es entstehen große personenbezogene Datenbanken. Das beginnt mit der Datenfülle, die die Krankenkassen über jeden Versicherten zusammentragen (um z.B. zu verhindern, daß eine Blinddarmpoperation bei einem Patienten irrtümlich oder in betrügerischer Absicht ein zweites Mal abgerechnet wird). Das geht weiter mit den Daten, die das Meldewesen, die Sozialversicherung, das Bundesheer, die Polizei, Firmen über ihre Mitarbeiter, Schulen über ihre Schüler, der Staat über alle Beamten usw. in Datenbanken speichern, und geht hin bis zum gerade im Aufbau befindlichen computerisierten Grundbuch.

Die Summe aller Daten, die zur Zeit über jeden einzelnen Österreicher in computerisierter Form vorliegt, ist beeindruckend: sie beinhaltet seinen beruflichen und schulischen Werdegang, seine Krankheitsgeschichte, seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse, alles bis ins Detail, und vieles mehr. Ein Mensch, von dem alle diese Daten bekannt sind, wäre „offen“, „transparent“, „gläsern“, wäre erpressbar, überwachbar, manipulierbar, wäre in seiner Freiheit auf das Ärgste gefährdet. Darüber hinaus wäre zu befürchten, daß fallweise Daten falsch oder gefälscht sind, ohne daß dies dem Betroffenen überhaupt bewußt wäre, ohne daß er eine Chance hätte, die Fehler richtigzustellen. (Das klassische Beispiel ist jener Mann, dessen Daten den Satz „War zwei Jahre in Stein“ enthielten und der Betroffene deshalb jahrelang keine Anstellung fand; der Satz hätte richtig lauten sollen „War zwei Jahre in Stein als Pfleger erfolgreich tätig“).

Die Gefahren, die von personenbezogenen Daten ausgehen, wurden auch in Österreich früh erkannt. Im österreichischen Datenschutzgesetz wird die Verwendung von personenbezogenen computerisierten Daten starken Einschränkungen unterworfen: Die be-

troffenen Personen müssen informiert werden, daß über sie Daten geführt werden und haben das Recht, in diese einzusehen und Korrekturen zu verlangen; die Weitergabe von personenbezogenen Daten ist weitgehend verboten (wodurch „Superdatenbanken“ verhindert werden) usw. Ohne auf Details des österreichischen Datenschutzgesetzes eingehen zu wollen, gilt dieses international als eher weitgehend, obwohl ihm auch andererseits Lücken nachgesagt werden: Beispielsweise ist unter dem Begriff „Amtshilfe“ die Weitergabe von Daten zwischen Behörden möglich und die Polizei ist von den verschiedensten Bestimmungen ausgenommen. Eine weitere Verschärfung wird von einigen Fachleuten in diesen Bereichen verlangt. Insgesamt sind wohl Ergänzungen und Novellierungen des Gesetzes notwendig. Vor allem ist auch die Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen zu erzwingen (die Auskunftspflicht von Datenbankbetreibern wird von vielen bisher wenig ernst genommen, Auskünfte werden verweigert, verschleppt, vergessen), es ist aber doch ein weitreichender Schutz vor dem Mißbrauch personenbezogener Daten damit schon heute gegeben.

Mir scheint es allerdings überlegenswert, in das Datenschutzgesetz einen zusätzlichen Aspekt aufzunehmen: Das gegenwärtige Gesetz regelt nur die Vermeidung des Mißbrauchs computergespeicherter Daten. Es schiene mir sinnvoll, schon das Sammeln solcher Daten einzuzengen. Etwa dadurch, daß jeweils der Nachweis zu erbringen ist, daß die gesammelten Daten tatsächlich im Sinne des vorher erwähnten Verhältnismäßigkeitsprinzips notwendig sind.

Beispielsweise ist nicht einzusehen, warum bei einer Volkszählung (die bis zu einem gewissen Grad sicher notwendig ist) alle möglichen Detaildaten erfragt werden, die recht tief in die Privatsphäre eindringen. Proteste gegen solche Fragen, egal in welchem Zusammenhang, sind zu begrüßen und zeigen von einer zunehmenden positiven Sensibilisierung, die uns helfen wird, Auswüchse im Sinne von „1984“ zu verhindern.

Ähnlich liegt der Fall bei den Krankenversicherungen: Eine Anonymisierung der Patientendaten wäre hier mit einigem Umdenken möglich und sollte durch entsprechende Gesetzgebung forciert werden.

Auch Gedanken sind erfassbar

Im vorletzten Abschnitt habe ich erwähnt, daß die physischen Bewegungen jedes Staatsbürgers schon heute zum Teil erfassbar sind... und was geschieht bzw. geschehen muß, um diese Erfassbarkeit zu verringern.

Im letzten Abschnitt habe ich erläutert, daß Tausende von Informationsstücken über jeden Staatsbürger schon heute computergespeichert vorliegen... und was geschieht bzw. geschehen muß, um die Erfassung bzw. den Mißbrauch dieser Daten zu verhindern.

In diesem Abschnitt bespreche ich ein neues System, **Bildschirmtext**, das ab 1. März 1984 bundesweit eingeführt wird. Bildschirmtext, kurz Btx, hat das Potential, passives Fernsehen durch aktivere Tätigkeiten teilweise zu ersetzen, die Informationsvielfalt zu erhöhen, die Demokratie zu stärken, Behinderten und Lernbegierigen zu helfen und positive neue Sozialmuster zu fördern. Btx hat aber auch das Potential, einen weiteren Beitrag zur Überwachung — die Erfassung der Gedanken — zu liefern. Ich werde zunächst Btx erklären und dann erläutern, was gemacht werden muß und in Österreich gemacht werden wird, um diesen zuletzt erwähnten negativen Aspekt zu verhindern.

Btx ist ein neuer Dienst, der jedem Österreicher ab 1. März 1984 bundesweit für monatlich S 200,— zur Verfügung steht. Um diesen Preis nimmt man von der Post ein in Österreich (im Auftrag der Post und mit Unterstützung des Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung) entwickeltes Gerät MUPID, mit dem jedes (mit CENELEC-Stecker ausgerüstetes) Fernsehgerät ein kleiner Computer wird, ein sogenanntes Btx-Terminal. Dieses Btx-Terminal wird an das Telefon angeschlossen. Über das Telefon können nun (zum Ortstarif) die verschiedensten „Dienste“ aus dem Btx-Netzwerk „abgerufen“ werden: elektronische Zeitungen oder Lexika, Fahrpläne, Informationen über Ausstellungen, Museen, Impftermine usw., usw. Aber nicht nur Informationen sind abrufbar: auch Spielprogramme (wie die üblichen Fernsehspiele), Lernprogramme, Programmierkurse, etc. Schließlich kann man selbst Bilder, Programme und Texte erstellen und versenden („elektronische Post“) und sich mit anderen Teilnehmern (auch Gehör- und Sprechbehinderten) über den Bildschirm schriftlich unterhalten. Eine Beschreibung der Möglichkeiten von Btx würde diesen Rahmen hier bei weitem sprengen. Es sei deshalb auf die Literaturangaben (1), (2) verwiesen.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist jedoch noch klarzustellen: Die über Btx abrufbaren Informationen sind nicht von einer zentralen Stelle (also einem Großen Bruder) erstellt, sondern von sogenannten „Informationsanbietern“. Dabei kann jedermann und jede Organisation als Informationsanbieter auftreten, indem man Speicher von der Post mietet (für 100 Seiten, die beliebig häufig neu beschrieben werden können

und jeder Btx-Teilnehmer lesen kann, werden pro Jahr S 16.800,— verrechnet. Um diesen Betrag kann jeder also seine eigene Zeitung herausgeben!). Mit Jänner 1984 gab es bereits 320 Informationsanbieter in Österreich. Man rechnet mit 5000—10000 im Jahre 1987: Die Informationsvielfalt wird durch Btx also sehr gefördert. Btx wird meiner Ansicht nach in wenigen Jahren so interessant sein, daß aktive Beschäftigungen mit Btx das Fernsehen zum Teil ersetzen werden. Auch für andere positive Aspekte, wie für das „lebenslange Lernen“, für „verteiltes Arbeiten“, „kooperative Spiele“, „partizipatives Fernsehen“ u.v.m. wird Btx von großer Bedeutung werden, ohne daß hier für mehr Platz als für Schlagworte ist, siehe (3).

Die Gefahr von Btx im Zusammenhang mit der „Erfassung von Gedanken“ liegt darin, daß sich aus gebührentechnischen Gründen der Benutzer zu Beginn einer Btx-Sitzung identifiziert und er damit zumindest potentiell eine „Benutzerspur“ hinterläßt: es wäre z.B. nicht nur feststellbar, welche Zeitungen er liest, sondern sogar welche Seite davon und wie lange. Es ist klar, daß damit der Benutzer noch „transparenter“ wird, als wenn man seine Bewegungen und Personaldaten im Detail kennt.

Diese Gefahr wurde in Österreich nicht nur frühzeitig erkannt, sondern es wurden auch konkrete Maßnahmen vorgeschlagen (4), das sogenannte „anonyme Btx“, durch das alle Vorteile von Btx erhalten bleiben, aber volle Anonymität gewährleistet bleibt. Btx ist damit ein weiteres Beispiel dafür, daß potentiell „gefährliche“ Technik durch entsprechende Maßnahmen ihrer Nachteile beraubt wird, ohne ihre Vorteile einzubüßen.

Die Nachteile der Technologie durch Technologie verhindern

Häufig hört man die Annahme, daß zunehmende Technologie — vor allem im Bereich des Computereinsatzes — zwangsweise zu wachsendem Freiheitsverlust und zu größerer Überwachbarkeit führen muß, daß man mit größter Aufmerksamkeit bestenfalls die schlimmsten Auswüchse vermeiden kann. Auch ich halte größte Aufmerksamkeit für sinnvoll, daß neue Technologien nicht neue Unfreiheiten und Probleme mit sich bringen. Ich habe aber auch gezeigt, daß Technologie nach wie vor jene problemlösende Kraft hat, an der man heute manchmal zu sehr zweifelt. Insbesondere habe ich angedeutet, daß Entwicklungen, wie anonyme smart card und anonymes Btx unserer Gesellschaft helfen werden und gleichzeitig die Überwachbarkeit des einzelnen nicht erhöhen, sondern verringern. „1984“ wird damit wohl

hoffentlich nie Wirklichkeit werden.¹⁾

Literatur

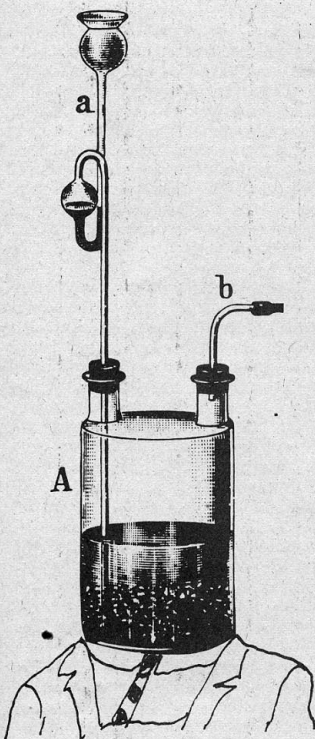
(1) Maurer, H.: Bildschirmtext — Netzwerk der Zukunft? Überblick Informationsverarbeitung 1983, BI Mannheim (1983), 135—177.

(2) Maurer, H.: Bildschirmtext — omnipräsente Computerterminals; Elektronische Rechenanlagen 25 (1983), 77—183.

(3) Maurer, H.: On some beneficial implications of videotex on society; Computer Compacts 1 (1983), 132—135.

(4) Maurer, H., Rozsenich, N., Sebestyén, I.: Videotex without Big Brother; Electronic Publishing Review 3 (1984), in Druck.

1) Einleitungsbeitrag anläßlich einer Podiumsdiskussion selben Titels im J.-Krainer-Haus am 16. Dez. 1983.



Bernhard Pelzl

SCHELSKY, ORWELL UND DIE GEGENWÄRTIGE MEDIENDISKUSSION

Zur Kritik des Vorurteils gegen das Rundfunkmonopol in Österreich

Vorbemerkung

Ich sollte unter Zugrundelegung von George Orwells düsterer Zukunftsvision 1984 eine Untersuchung über den Stand und die Zukunft der elektronischen Medien, die im Herrschaftssystem des „Großen Bruders“ eine Hauptrolle spielen, beitragen. Eine Diagnose und eine Prognose sozusagen. Eine Prognose basiert in der Regel darauf, daß man eine Entwicklung, die man erkannt zu haben glaubt, in die Zukunft konsequent weiterdenkt. Bei der Analyse dieser Entwicklung, also der Diagnose, die die Voraussetzung dieser Arbeit werden sollte, mußte ich jedoch feststellen, daß es zwar eine große Übereinstimmung in der Frage gibt, wohin uns die elektronischen Medien schon gebracht hätten, es gelang mir jedoch nicht, für die Aussagen der Experten in der mir bekannten Wirklichkeit ausreichend empirische Bestätigung zu finden, um sie zu akzeptieren. Zunächst glaubte ich, blind zu sein, bei der weiteren Beschäftigung kam ich jedoch zur Überzeugung, daß die Auseinandersetzung mit der Rolle der Medien in unserer Gesellschaft von einem Vorurteil geprägt sein muß, das von Orwell selbst geschaffen sein könnte, und habe mich daher — sozusagen als Beitrag zur Klärung der Situation, die der Mediendiskussion zugrunde liegt — ausschließlich damit beschäftigt und daraus meinen Schluß gezogen.

Der Ausgangspunkt: Orwells Utopie von der mediengesteuerten Gesellschaft

...Der Televisor oder Hörsehschirm war gleichzeitig Empfangs- und Sende-gerät... Der Apparat konnte gedämpft werden, doch es gab keine Möglichkeit, ihn völlig abzuschalten... Jedes verursachte Geräusch wurde von ihm registriert. Außerdem konnte man, solange man in seinem Sichtfeld blieb, nicht nur gehört, sondern auch gesehen werden... Wie oft und nach welchem System die Gedankenpolizei sich in einen Privatapparat einschaltete,

blieb der Mutmaßung überlassen. Man mußte in der Annahme leben — und man stellte sich tatsächlich instinktiv darauf ein —, daß jedes Geräusch, jede Bewegung beobachtet wurde...

So beschreibt George Orwell in seinem Roman 1984 aus der Sicht von 1948 die Zukunft der elektronischen Medien: Mit gezielten Fernsehprogrammen werden Menschen von einer unbarmherzigen Staatsmaschinerie manipuliert, mit dem Gerät selber werden sie ständig überwacht.

Orwells Zukunft ist heute. Und man braucht keine tiefeschürfenden Analysen, um feststellen zu können, daß diese Voraussage nicht eingetroffen ist, obwohl mit Hilfe der modernen Technik eine Überwachung der Bürger bereits vollkommener möglich wäre, als sie Orwell beschrieben hat.

Die Frage ist aber, ob sich nicht die andere Prophezeiung Orwells erfüllt hat, nämlich, daß sich die elektronischen Medien, die sich bei Orwell hinter dem Begriff *Telesvisor* verbergen, von den Betroffenen mehr oder weniger unbemerkt zu Manipulations- und Herrschaftsinstrumenten der politischen Machthaber entwickelt haben.

Zu diesem Schluß kommt jedenfalls der bedeutende Soziologe *Helmut Schelsky* in seiner jüngsten Publikation „Politik und Publizität“, die Ende des vorigen Jahres im Seewald-Verlag Stuttgart erschien, und in der Schelsky die Wechselwirkungen zwischen Herrschaft und Medien auf der Basis des „Freund-Feind-Verhältnisses“ von Carl Schmitt analysiert, um den Begriff des „Politischen“ für unsere Zeit neu zu bestimmen.

Eines der Ergebnisse seiner Analyse lautet: Die Realität der Politik verschwindet für die „Bürger“ immer mehr hinter dem Schleier der publizierten Politik. Die Politiker, erklärt Schelsky, zielen gar nicht mehr auf das Urteil des „mündigen“ Bürgers, sondern auf den publizistischen Werbungserfolg ihrer Partei. — Demnach könnte man sagen, sie seien — historisch gesehen — die Erben Goebbels.

Die Erben Goebbels?

Orwell, dem ja auch das System des Nationalsozialismus für seinen Roman als Vorbild diente, hätte somit zweifellos recht. Denn mit Hilfe der Presse und der neuen elektronischen Mittel gelang es Goebbels, aus einer *nationalen Gesinnungsgemeinschaft*, die Deutschland damals war, eine *ideologische Meinungsgemeinschaft* zu machen. Von jetzt ab, so Schelsky, war das Volk eine mediengesteuerte Meinungseinheit, in deren Namen die tatsächlichen Machthaber (nach dem Vorbild Goebbels) leicht ihre Ziele durchsetzen konnten — „im Namen des Volkes“, „im Namen der Republik“.

Die weitere Entwicklung nach diesem historischen Sprung in die Medienherrschaft (die Herrschaft mit Hilfe der Medien) habe, so Schelsky weiter, dazu geführt, daß „das Politische“ heute allenthalben als Machtgewinn durch Publizität begriffen werden muß, wobei der Unterschied, daß die durch unser Grundgesetz (Schelsky legt die Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland exemplarisch zugrunde) verbürgte Meinungsäußerungsfreiheit pluralistisch ist im Gegensatz zur Monopolisierung der Meinungsherrschaft in anderen Staaten, an der Grundaussage, daß die Publizität das entscheidende Herrschafts- und Machtgewinnmittel geworden ist, nichts ändert. Damit hat sich höchstens „Demokratie“ auf die verschiedene Verfügung über „Publizistik“ zurückgezogen, wie man den „Volkswillen“, den vermeintlichen „Souverän“, konkret politisch bestimmt.

Der Platz der Medien in der Herrschaftsausübung

Nach Schelsky drückt sich diese Funktion der Medien in einer — gegenüber früheren Zeiten — getauschten Reihenfolge der Herrschaftsausübung aus: Die ältere Form hat die Reihenfolge: „Absicht — Handlung — Wirkung — Medien“. Die neuere Form hat die Reihenfolge: „Absicht — Medien — Wirkung — Handlung“.

Schelsky beurteilt diese getauschte Reihenfolge negativ. Der Grund: *Parteiliche und soziale Interessensgegensätze* wurden (z.B. in den Gründungsjahren der BRD) weitgehend publizitätsfrei ausgetragen und gelangten dann erst in den Publizitätsraum... Dies hätte den Vorteil gehabt, daß die notwendigen Kompromisse (die Realität der Politik) ohne öffentlichen Druck auf Grund von Sachargumenten gefunden werden konnten. Heute sei dies ganz anders: Die Politiker prüften in den meisten Fällen ein Vorhaben, eine Absicht, über die Medien auf die Wirkung, d.h. wie eine Verwirklichung des

Vorhabens ankomme, oder anders ausgedrückt, sie schaffen sich durch *Meinungsbildung* für ihr Vorhaben eine Publizität, die es ihnen dann ermöglicht, ihr Vorhaben durchzuführen.

Die neuen Medienpolitiker

Dieses Wechselspiel zwischen Politik und Medien, der Umstand, daß Herrschafts- und Machtgewinne heute vor allem durch Publizität und die damit verbundene Herrschaft über die „Publikationsmittel“ durchgesetzt und gewonnen werden, hat nach Schelsky bewirkt, daß ein neuer Typ von Medienpolitikern entstanden sei, der zu einem nahezu schizophrenen Verhalten gezwungen ist. Der Politiker müßte gleichzeitig auf zwei Gleisen fahren: einerseits auf der Schiene der publizistischen Macht und Zustimmungsgewinnung, andererseits auf der realistischen Schiene der kompromißhaften Bewältigung der vorhandenen Konflikte, stellt Schelsky fest (S. 63) und kommt von daher zur für ihn entscheidenden Begriffsbestimmung „des Politischen“ heute:

Die „Politiker“ sind gezwungen, im Medium der „Publizität“ mit Sachargumenten... die Meinungsbildung auf allen Ebenen zu beeinflussen, aber sie können diese öffentliche Argumentation nur bis zu der Grenze führen, wie sie ihren Macht- und Einflußinteressen entspricht, und müssen das sachliche Argument in dem Punkt abbrechen und verschweigen, wo es sich gegen sie selbst zugunsten der politischen Gegner wenden würde. (S. 63 f)

„Das Politische“ wird damit grundsätzlich zur veröffentlichten Halbwahrheit erniedrigt, folgert Schelsky daraus (S. 66); ein Vorgang, für den Schelsky den Begriff *öffentliches Halbdenkertum* verwendet.

Schelsky schreibt, die Politiker seien gezwungen, sich so zu verhalten, um ihre Macht- und Einflußinteressen durchzusetzen. Das heißt ja wohl, daß sie das eigentlich gar nicht wollen, sondern, daß jemand da sein müßte, der sie zwingt. Die Frage, die sich stellt, lautet also: Wer zwingt die Politiker? Die Antwort darauf ist leicht zu erraten: Wer sonst als die Medien?

Der Zwang der Medien

Diesen Aspekt der Wechselwirkung zwischen Politik und Medien hat Franz Ronneberger im vergangenen Jahr in seiner Arbeit „Publizistische und politische Macht“ in der Zeitschrift „Rundfunk und Fernsehen“ (Nr. 3—4) untersucht. Seinen Ausführungen zufolge ist ein wesentliches Merkmal der demokratischen westlichen Systeme die Forderung, daß eine demokratisch gewählte Regierung... ihre

Entscheidungen unentwegt begründet. Die Erfüllung dieser Forderung wird vor allem von den Medien überwacht. In einem demokratischen System ist es aber auch ein durchaus legitimes Ziel der Parteien, die Regierungsgewalt zu erhalten oder zu gewinnen. Dafür müssen sie Leistungen erbringen, die in der Öffentlichkeit als Erfolge anerkannt werden, oder Programme vorlegen, die solche Erfolge versprechen. In beiden Fällen brauchen sie Publizität, die sie nur mit Hilfe der Medien erreichen. Nach Schelsky ist aber, wie gesagt, überall die Realität der Politik der Kompromiß (z.B. zwischen den Sozialpartnern, zwischen den Parteien einer Koalition, aber auch zwischen Regierung und Opposition): Die klassische Form der liberalen Demokratie, die annahm, daß Sachargumente im Widerstreit zu praktikablen Kompromissen führten, die dem Frieden und dem Gemeinwohl dienten, sind heute in die publizitätsfreien Restbestände der politischen Organisationen zurückgedrängt, d.h. Kompromisse und Einigungen mit gegenseitiger Verbindlichkeit sind zur „Publizität“ nicht geeignet, sondern müssen von allen Seiten als „Sieg“ verkauft werden...

Aus diesen Prämissen könnte man den logischen Schluß ziehen, daß viele Politiker dem Dilemma, die demokratische, von den Medien überwachte Forderung zu erfüllen, ihre politischen Entscheidungen zu begründen (wobei es nicht für alle Entscheidungen allgemein anzuerkennende Begründungen gibt), Kompromisse zuzugeben (was nach Schelsky dem Ziel, Machtinteressen durchzusetzen, schadet) und bei all dem noch die Macht zu erhalten oder zu erreichen, nur durch die „Veröffentlichung von Halbwahrheiten“ entgegen zu können glauben.

Die demokratisch gewählte Regierung soll aber auch, so Ronneberger, zu jedem Ereignis, das der Öffentlichkeit bekannt wird, Stellung nehmen. Auch das dürfte ein Merkmal einer Demokratie sein, und deshalb wird diese Forderung ebenfalls von den Medien erhoben. Je nach dem Ereignis wird aber diese Stellungnahme zum öffentlichen Verhör (wenn es sich um einen für die Regierung kompromittierenden Tatbestand handelt) (Schelsky, S. 95), oder sie soll die Aktualität der Berichterstattung, die Reaktionsfähigkeit der Medien (vielleicht auch die Präsenz ihrer Kontrolle) beweisen. In beiden Fällen bleibt Politikern gar nichts anderes übrig, als Halbwahrheiten mitzuteilen; im ersten Fall, um sich oder Regierungskollegen so wenig als möglich zu belasten — das ist ihr gutes Recht —, im zweiten Fall, weil sie mit einem Kommentar oft überfordert wird.

Dieser von den Medien ausübte Zwang zu Rechtfertigung und Stellungnahme scheint nach Ronneberger durchaus im Interesse des demo-

kratischen politischen Systems zu liegen: Aus der Sicht des politischen Systems erscheinen die Medien wechselweise in einer Objekt- und in einer Subjektkontrolle. In der Objektkontrolle sollen sie für die Verbreitung jener Informationen sorgen, die nach dem Willen der einzelnen Organisationen in die Öffentlichkeit gelangen müssen, und zwar sollen sie dies möglichst ohne Veränderung und mit positivem Vorzeichen tun. Auf der anderen Seite sollen sie selbst (autonom) Informationen sammeln und diese im Öffentlichkeitsprozeß für das politische System bereitstellen, wobei obendrein erwartet wird, daß sie insbesondere die Schwächen der Gegner aufdecken.

Immer unter der Voraussetzung, daß dies alles zutrifft, was Schelsky und Ronneberger sagen, könnte dadurch ein interessantes Phänomen erklärt werden: Indem in einem demokratischen System die Medien ständig politische Entscheidungsträger zwingen, zu begründen und Stellung zu nehmen, sind sie selbst ununterbrochen dem Zwang ausgesetzt, zu informieren, zu kommentieren, und die Aussagen der Politiker sozusagen an ihren Taten zu messen. Dies führt zu einer Überforderung der Publizisten und erzeugt neue Halbwahrheiten, die im Gesamtsystem gleichwertig und nicht unterscheidbar neben die der Politiker treten.

Zwischen der Publizität der Politik im Sinne Schelskys und der Publizität der Medien besteht allerdings ein wesentlicher Unterschied. Brauchen die einen die Publizität für die Durchsetzung ihrer Macht- und Einflußinteressen, sprechen die anderen im Namen der „Öffentlichkeit“, also im Namen jener Gruppe, die man meint, wenn man Publizität sagt; das Ziel der Aktivitäten von Politikern und Journalisten, das ist nach Schelsky der bewußt nur zum „Informationsobjekt“ erniedrigte Mensch, ... die stille, fleißige und arbeitsame, für seine Familie vorsorgende Person der breiten Bevölkerung, die in Wirklichkeit das ganze System erhält.

Die Öffentlichkeit: Der domestizierte und der Herrschaft fügsam gemachte Mensch?

Nach Schelsky sei vor allem durch die elektronischen Medien bewirkt worden, daß man die nicht intellektualisierten Menschen als Einzelperson oder als intime Gruppe ihres Eigenlebens beraubt und in die Passivität drängt und auf die Medien als ihre Vormünder verweist. Man erklärt das einfache Volk als „ausdrucksunfähig“ und setzt sich selbstherrlich als seine Sprecher ein. (S. 18)

Dabei, so fährt Schelsky fort, wirkten die Medien über die Fassungskraft der breiten Bevölkerung hinweg, ohne zu

bemerken, daß sie damit nur in einer intellektuellen „Subkultur“ lebten. Statt Eigentätigkeit zu fördern, verweisen alle ihre Äußerungen auf die Vermittlung durch die Medien und legen damit das private Wollen und Können lahm. So entstehe ein medienvereinheitlichter, passiver Mensch, der domestiziert und so fügsamer für alle Herrschaft von Menschen über Menschen geworden sei. (S. 19)

Die aus diesen Menschen bestehende Öffentlichkeit sei in Wirklichkeit eine durch einseitige Überinformation urteilsfähig (sollte es nicht eher „urteilsunfähig“ heißen?) gemachte und damit „verängstigte Masse“, die dann, das wäre ja letztlich die Konsequenz daraus, leicht mit Hilfe der Medien regiert werden könnte.

Kann Schelsky irren?

Auf Grund dieser Ausführungen müßte unsere Ausgangsfrage, ob sich nicht die elektronischen Medien zu Manipulations- und Herrschaftsinstrumenten der Machthaber entwickelt haben, eindeutig mit JA beantwortet werden. Orwells Prophezeiung müßte demnach also eingetreten sein. Und genau das ist es, wofür ich in der mir bekannten Wirklichkeit keine ausreichende empirische Bestätigung finden kann.

Im Gegenteil: Gerade auf den ORF treffen diese Aussagen Schelskys nicht zu. Er ist durch den Umstand, daß sich auf allen seinen Ebenen alle politischen Machtgruppen kontrollieren, unabhängig geblieben. Diese Unabhängigkeit ist seine Macht. Eine andere hat er nicht.

Die Grundlage dieser Macht ist die gesetzlich verankerte Pflicht zur Objektivität der Journalisten und Publizisten, die in seinen Programmen arbeiten. Dazu kommt, und darin unterscheidet sich der ORF von anderen monopolisierten Rundfunk- und Fernsehanstalten und auch von den Printmedien, die Auffassung von der journalistischen und publizistischen Arbeit als Dienstleistungsfunktion. Nach Ronneberger entspricht diese Auffassung weitgehend den Erwartungen des Publikums, das von den Medien mehr und mehr alle jene Informationen benötigt, die es nicht mehr durch Individualkommunikation und mittels eigener Beobachtung und Erfahrung erlangen kann.

Daß die Bevölkerung diese Erfahrungen nicht selber machen kann, ist nicht, wie Schelsky sagt, der unselige Einfluß der Medien, deren wahrscheinlich wichtigere Nebenwirkung darin bestehe, Erfahrung, Besinnung und Gespräch zu verringern (S. 13), sondern liegt daran, daß ohne die elektronischen Medien diese Erfahrungen überhaupt nicht gemacht werden könnten.

Dieses objektive „Informationsservice“ in seiner pluralistischen Gesamtheit ist gleichzeitig die gerechteste Form einer Kontrolle der Macht von politischen Entscheidungsträgern.

Was generell die Politiker betrifft, ist anzumerken, daß die Mechanismen der Machtausübung vielschichtiger sind als Schelsky andeutet. Sie sind durch zahlreiche auch innerparteiliche Kontrollen eingeschränkt. Abgesehen davon würde, sollte Schelsky trotzdem recht haben, die gleichzeitige Weitergabe politischer Halbwahrheiten verschiedener gegnerischer Politiker ihre Wirkung weitgehend relativieren.

Was die Öffentlichkeit betrifft, so ist es zwar zweifellos richtig, daß die publizistische Öffentlichkeit andere Öffentlichkeiten verdrängt, wie Schelsky und auch Ronneberger feststellen, aber man vergißt dabei, daß zwischen den Gruppen, die für die Konstitution dieser Öffentlichkeit notwendig sind, den Politikern, Journalisten und der Bevölkerung (den Rezipienten), keine Grenzen gezogen werden können. Sowohl Politiker als auch Journalisten und Publizisten geben nicht nur Informationen und Meinungen weiter, sondern lassen sich auch selbst von einer Vielzahl von Medien informieren. Die Bürger in einer entwickelten Demokratie können sich ... aus zahlreichen relativ unabhängigen Quellen informieren, so daß sie sich durch eine einseitige Information ... nicht sonderlich beeindrucken lassen. (Ronneberger, S. 42)

Emil Breitsach hat in seinem Buch „Die Angst vor den Medien“ darüber hinaus nachgewiesen, daß der generelle Vorwurf, die Rezipienten ließen sich durch die Massenmedien manipulieren, nicht zu halten ist. Die Empfänger verfügen über bewußte und unbewußte Abwehrmechanismen ... (S. 70)

Trotz alldem scheint aber Schelskys Auffassung der derzeitigen Mediendiskussion in Österreich zugrunde zu liegen, und dies ist meines Erachtens auch die Ursache für die medienpolitischen Aktionen diverser gesellschaftlicher Gruppen; denn wer glaubt, daß durch die elektronischen Medien Menschen domestiziert und so der Herrschaft von Menschen über Menschen fügsamer gemacht würden, wird entweder an dieser Möglichkeit der Machtausübung partizipieren, wenn er nicht kann, sie stören, oder sie im Interesse der Menschen vernichten wollen.

Sie vernichten diese sie abschaffen wollen; wenn schon nicht behindert, so doch relativiert werden sie durch die Printmedien. Radio und Fernsehen abschaffen will aber niemand, und das würde heißen, daß alle, die das Monopol des ORF brechen wollen, vorhaben, sich elektronischer Medien als Machtmittel in ihrem Interesse zu bedienen.

Betrachtet man vor diesem Hinter-

grund die Bemühungen, das ORF-Monopol zu brechen, so ergibt sich der Verdacht, daß es Gruppen geben könnte, die in Österreich eine der Theorie Schelskys entsprechende Medienlandschaft einrichten wollen, weil sie aufgrund der derzeitigen Situation der elektronischen Medien mit deren Hilfe ihre Macht- und Einflußinteressen nicht verwirklichen können.

macht werden müssen, wie es bei einem Großteil der Printmedien zu konstatieren ist.

Schluß

Ich komme daher, durchaus im Bewußtsein, daß es möglich ist, mich zu irren, zum Schluß, daß die Mediendis-

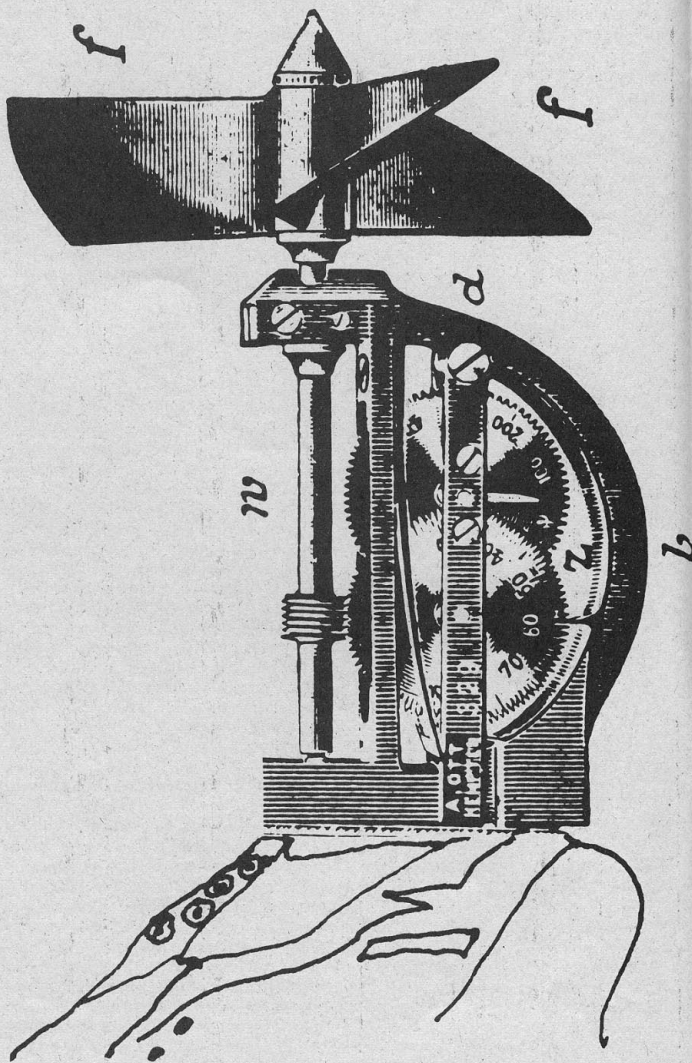
kussion, wie sie derzeit in Österreich geführt wird, auf falschen Voraussetzungen beruht. Auf falschen Voraussetzungen, die überhaupt erst die Gefahr einer Entwicklung der elektronischen Medien in Richtung auf Orwells Utopie schaffen. Davor sollte man sowohl die Politiker als auch die Journalisten, vor allem aber die Menschen bewahren.

Exkurs: Das bereits gebrochene Monopol und die Berücksichtigung kommunaler Bezüge

Diejenigen, die damit argumentieren, daß das ORF-Monopol ohnehin bereits durch die Empfangsmöglichkeiten ausländischer Programme gebrochen sei, möchte ich darauf hinweisen, daß die durch diese Programme nach Österreich importierte politische Publizität durchaus von den Rezipienten von der österreichischen unterschieden wird.

Was die regionalen Bezüge betrifft, gilt als Ausgangspunkt, was Will Teichert vom Hans-Bredow-Institut Hamburg in epd 78 (1978) schreibt: *Für das menschliche Zusammenleben in den westlichen Industriestaaten gewinnt die „Nahwelt“, der Bereich des Kommunalen, der nachbarschaftlichen Beziehung zunehmend an Bedeutung... Eine Vielzahl sozialer und emotionaler Bedürfnisse... ist auf organisierte, bürokratisierte Institutionen verlagert worden. Daraus entsteht bei den Betroffenen ein Gefühl des Angewiesenseins auf fremde Instanzen, verbunden mit dem Gefühl des Verlustes von Möglichkeiten eigenständiger Lebensgestaltung... Gegenläufig zu dieser Tendenz haben sich vornehmlich die elektronischen Medien zu hochstandardisierten, universalorientierten Informationsträgern entwickelt... Damit stehen die Funkmedien vor der Gefahr, sowohl an den Erwartungen der Bürger, wie auch der politischen Instanzen und regionalen Institutionen vorbeizuproduzieren und ihre Bedeutung für die regionalen und kommunalen Sozialstrukturen zu verlieren.*

Wer dieses Argument für eine Brechung des ORF-Monopols verwendet, hat sichtlich noch nicht bemerkt, daß durch die fortgeschrittene Regionalisierung durch eigenständige Landesstudios diese Erwartungen längst erfüllt werden. Dabei wird gleichzeitig eine hohe Programmqualität garantiert, weil durch die nicht vorhandene Konkurrenz anderer Sendestationen noch kein Kampf um Einschaltquoten und daher keine Konzessionen an einen möglicherweise auch vorhandenen Publikumsgeschmack ge-



PARTEIEN UND POLITIKER IM JAHRE 1984*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Einladung, hier in Graz über ein Thema zu sprechen, über das wir im Verlauf des nächsten Jahres vermutlich noch viel zu hören bekommen werden. Ich werde mich mit einigen politischen Folgenfragen befassen und mich dabei vorwiegend auf einige Projekte bei uns in der Bundesrepublik beziehen. Sie werden jedoch sehen, daß die Probleme und Möglichkeiten, die sich aus den neuen Informationstechnologien ergeben, allenthalben dieselben sind. Man könnte auch sagen: 1984 ist überall, in Österreich, in der Bundesrepublik, in anderen Ländern. Und wir müssen auf genaueste auch politische Sorgfalt walten lassen, damit das, was in dem berühmten Roman geschildert wird, nicht Wirklichkeit wird; damit wir Chancen nutzen, sie aber nicht ins Totalitäre umschlagen lassen. Man muß es geradewegs sagen, daß auch vielen Politikern das Gespür für solche drohenden Gefahren fehlt. Immerhin hat die Bundesrepublik durch die Installierung von Datenschutzbeauftragten versucht, solchen Tendenzen vorzubeugen: Sie sind (sozusagen) die amtlichen Aktivisten des Anti-1984. Aber auch den Bürgerbewegungen, die sich gegen staatliche Datenmanipulationen wehren, ist es zu danken, wenn die Informationsflut nicht totalitäre Züge annimmt.

Man kann somit nicht leugnen, daß es durchwegs ehrenwerte Gründe sind, die viele Bürger veranlassen, sorgsam jede Datensammlung zu beobachten, staatliche Fragebögen auf ihre Notwendigkeit zu prüfen, den Zugriff neugieriger Bürokraten auf ihre Privatsphäre abzuwehren. Aber andererseits sind wir natürlich alle über jene Informationschancen und Arbeitsvereinfachungen froh, die häufig mit technischen Fortschritten verbunden sind: Der Soziologe Helmut Schelsky hat ja die Vorzüge dieser Entwicklungen in seinem Buch über die Mikroelektronik unter dem Titel „Die Arbeit tun die anderen“ herausgestrichen — die Arbeit tun tatsächlich immer mehr die Maschinen.

Aber freilich sind Befürchtungen berechtigt: Wer wüßte nicht von einem Mißbrauch an Informationen zu be-

richten, wer fühlte sich nicht anonymen Mächten ausgeliefert, die das Individuum von allen Seiten richtiggehend „durchleuchten“? Jedoch über solchen Ängsten dürfen auch die Chancen zur Lösung mancher unserer schwierigsten Probleme nicht vergessen werden, die in der Kommunikationstechnologie enthalten sind. Die Mikroelektronik vernichtet nicht nur, sie schafft auch Arbeitsplätze: Die UNICO, die neue Organisation für Information und Kommunikation der Vereinten Nationen, hat im letzten Jahresbericht die wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten hervorgehoben, die sich aus der Computertechnologie ergeben; das jährliche Potential wird auf etwa 9.000 Milliarden Dollar geschätzt.

Die Orwell'sche Beschreibung einer stalinistischen Terrorherrschaft mag uns freilich immer wieder als Mahnung dienen; in den demokratischen Systemen des Westens jedoch bieten gerade die technologischen Sicherheitsvorkehrungen probate Mittel zur Abwendung von Risiken, Terroranschlägen, totalitären Herausforderungen, ohne daß die Bespitzelungsängste von Robert Jungk oder Erhard Eppler Wirklichkeit werden müssen. Nor allzu skrupulöse und alternativbewegte Bürgerinitiativen können solche Katastrophenszenarien ernst nehmen.

Denn in der Kommunikationstechnologie liegen auch Chancen zur Selbstentfaltung und zur Demokratisierung unserer Gesellschaft begründet. Werden nicht ohnehin die Beziehungen zwischen den Menschen immer oberflächlicher? Werden nicht ohnehin die Politiker immer „anonym“? Wer kennt schon alle Abgeordneten, alle „Volksvertreter“? — Ich habe diese Probleme, die für unsere Demokratie so wichtig sind, in meinem Buch „Verlorene Identität“ ausführlich diskutiert; und auch im parlamentarischen Zukunftsrat haben wir uns damit befaßt. Hier sind Kommunikationschancen sichtbar, die gerade in den modernen Großorganisationen unabdingbar werden.

Ich möchte mich aber nunmehr einigen konkreten Projekten zuwenden, die sich derzeit im Kommunikationsausschuß des Bundestages in Beratung finden, und die ich als sehr konstruktiv erachte. Aus ihnen wird auch ersicht-

lich, welche Chancen sich aus den umfassenden Informationsmöglichkeiten der neuen Technologien ergeben.

Das erste Projekt befaßt sich mit der Effizienzsteigerung und der Entbürokratisierung der öffentlichen Verwaltung; dies nicht nur aus dem Grunde, weil die Kassen des Staates ein plötzliches Sparen erzwingen, sondern vor allem im Bemühen um eine bürgernahe und bürgerfreundliche Verwaltung. Jeder von uns kennt das: Man pilgert mit unzähligen Urkunden zu einem Amt, um von dort zu einem anderen geschickt zu werden, wo man mitgeteilt bekommt, daß man eine Bestätigung von der dritten Behörde braucht; dort wiederum wird einem bedeutet, dazu müsse man ein Formular vom vierten Amt vorweisen, und bis man dorthin gekommen ist, sind die Dienststunden längst vorbei. Solche Irrläufe, die ja eher an Franz Kafka erinnern, sollen endlich ein Ende haben, wenn das Projekt „Computerverbund“ realisiert wird.

Denn viele Ämter benutzen zur Führung ihrer Karteien und Archive bereits die elektronischen Datenverarbeitung, und es ist nicht recht einzusehen, warum die Staatsbürger mit der Aufgabe belastet werden sollen, das, was ein Computer auf dem einen Amt ausgespuckt hat, „händisch“ auf das nächste Amt zu befördern, wo es in den dortigen Computer eingefüttert wird. Dieser bürokratische Datensalat wird beseitigt, wenn durch den Computerverbund alle öffentlichen und quasiöffentlichen Stellen, die EDV benutzen, zusammengeschlossen werden. Für den Staatsbürger hat diese Kommunikationsverbesserung zur Folge, daß er beispielsweise nur Name und Sozialversicherungsnummer bei seinem Paßamt deponieren muß — und sofort können alle sonstigen Informationen abgefragt und kann sein Dokument maschinell ausgefüllt werden: Die Ausstellung eines Reisepasses ist dann eine Sache von drei Minuten, ohne daß Berge von Urkunden beigebracht werden müssen. Es genügt ein neu gestalteter, mit einer Code-Nummer versehener Personalausweis, in den alle Daten, für die es heute ein Dutzend Dokumente gibt, eingetragen werden. Keine Hetze von Amt zu Amt, kein Krieg mit beizubringenden Dokumenten, kein Ausfüllen unverständlicher Formulare. Sie gehen zu einem beliebigen Amt, und alle erforderlichen Informationen sind schon dort: Die Informationsgesellschaft wird transparent und durchschaubar.

Solche bürokratischen Erleichterungen sind nicht nur bürgernahe, sondern ermöglichen Föderalismus und Dezentralisierung in einem Maße, wie es bisher nicht für denkbar gehalten wurde. Da jedem Amt der Zugang zu allen aktuellen Daten möglich ist, können viele Aufgaben auf dezentrale Unterbehör-

* Zur näheren Erläuterung dieses Beitrages siehe Mozeitic/Prisching in diesem Heft.

den übertragen werden, die bislang den Zentralstellen der Länder und des Bundes vorbehalten geblieben sind. Ämterkontakte sind schließlich auch über die modernen Kommunikationskanäle, etwa über Bildschirmtext, möglich; die Paßbestellung kann somit auch individuell vor dem Fernseher oder an der Arbeitsstätte erfolgen, und der Paß wird — nach telekommunikativen Rückkontakten zur Sicherung der Identität — per Post zugesandt. Dieses Kommunikationsnetz ermöglicht es zudem, daß dringende Behördenmitteilungen jederzeit ohne Verzögerung ihren Empfänger erreichen.

Ich glaube, daß wir durch diese Reform eine unbürokratische, individualistische Verwaltung schaffen: eine Verwaltung, die nicht — wie Ralf Dahrendorf jüngst gesagt hat, den Eindruck erweckt, daß die Bürokraten nur herumsitzen, alle Dinge nur schwieriger machen und im übrigen gar nichts tun, sondern eine solche, die sich wirklich als Servicestelle der Bürger versteht; eine Verwaltung, die nicht organisierte Verschwendung betreibt, sondern den Staat vom Kostendruck entlastet. Professor Tarantoga, der für die bundesdeutsche Regierung dieses Projekt untersucht hat, weist zudem darauf hin, daß sich viel von dem Unbehagen an der staatlichen Bürokratie — nämlich bis zu 57% — durch diese Nutzung der neuen Technologien vermeiden läßt — zumal die Personaldaten durch wissenschaftliche Meinungsforschungsergebnisse angereichert und zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit wie auch zur optimalen Erfüllung der Bedürfnisse der Bürger genutzt werden können. Diese Impulse zu Individualismus, Dezentralisierung und Transparenz sind aber ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung unserer freiheitlichen Demokratie.

Das zweite Vorhaben haben wir WINFO-Projekt, eine Abkürzung für „Wirtschaftsinformation“, genannt. Es bedarf keiner näheren Erläuterungen, daß die westlichen Industrieländer einen wirtschaftlichen Aufschwung nötig haben, wenn es ihnen gelingen soll, die freigesetzten Arbeitskräfte in absehbarer Zeit wieder zu beschäftigen. Die wirtschaftliche Produktivität muß erhöht werden und ein selbsttragendes neues Wachstum muß durch eine Funktionsverbesserung der Marktwirtschaft in Gang gesetzt werden. Was kann man nun — diese Frage drängt sich auf — aus der Sicht der neuen Informationsmöglichkeiten beitragen, um solche Impulse zu setzen? Verderblich sind meines Erachtens alle Vorschläge, die den Staat dazu veranlassen sollen, überall herumzuschneffeln oder gar befehlend einzugreifen: Dies kann nur zum Orwell'schen „Überfluß-Ministerium“ führen, das dann freilich nicht einen Überfluß, sondern nur den Mangel an Gütern zu

verwalten hat. Wollen wir eine langfristige Dynamik auslösen, können wir uns nicht auf den maßlosen staatlichen Leviathan verlassen, sondern müssen auf das Wirken von Unternehmern und Märkten vertrauen. Unsere freien Märkte nun weisen zuweilen Informationsmängel auf, die zu Fehlentscheidungen, Verlusten und Konkursen führen. Faßt man hingegen alle relevanten Markt-, Unternehmens- und Prognosedaten in einem Informationspool zusammen, können von vornherein offenkundige Fehlinvestitionen verhindert und Doppelgeleisigkeiten vermieden werden; dies setzt voraus, daß im Rahmen des WINFO-Projektes tatsächlich erfahrene Fachleute diese Steuerungsaufgabe durchführen, um gerade in den gefährdeten Branchen Arbeitsplätze zu sichern.

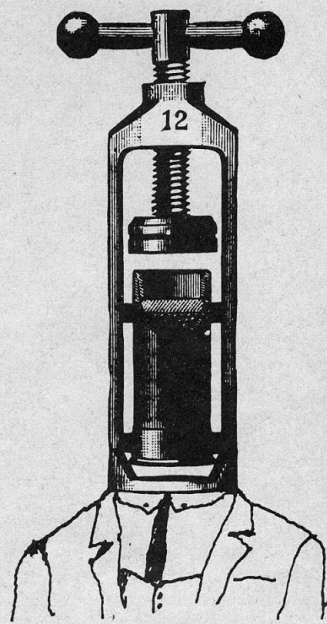
Die Einholung und Bereitstellung der Information muß also vollständig erfolgen und rechtlich abgesichert sein; erst damit wird jene Voraussetzung einer funktionierenden Marktwirtschaft in die Wirklichkeit umgesetzt, welche die Theoretiker seit Adam Smith immer betont haben: nämlich die vollständige Information auf einem effizienten Markt.

Aber hier geht es nicht um theoretische Modelle, sondern um den praktischen Vorteil für Unternehmer und Konsumenten: Die Vorgabe der konkreten Produktionsdaten für die nächsten Zeiträume reduziert das in den letzten Jahren gestiegene unternehmerische Risiko; hiemit werden optimale Lösungen angeboten, die im Einzelfall zur Sicherung von Arbeitsplätzen auch von den WINFO-Experten herbeigeführt werden können, und es wird ein neuer wirtschaftlicher Wachstumspfad eröffnet.

Dies ist das extreme Gegenkonzept gegen eine totalitäre Planung, gegen einen sozialistischen Dirigismus, der Informationen verfälscht und die Marktwirtschaft aufzuheben trachtet. Der österreichische Philosoph Sir Karl Popper hat von der „offenen Gesellschaft“ gesprochen; und in Anlehnung an diesen Begriff möchte ich von der „informationsoffenen Gesellschaft“ reden, die durch dieses Projekt — zumindest im ökonomischen Bereich — geschaffen wird. Die Verringerung des unternehmerischen Risikos in diesen krisenhaften Zeiten und die Sicherung der Arbeitsplätze müssen uns die Gelder für dieses umfassende Informationssystem wert sein: Kosten von 0,9% des Umsatzes stehen Wachstumsmöglichkeiten zwischen $4\frac{1}{2}$ und $5\frac{1}{2}$ % gegenüber.

Meine Damen und Herren, die Orwell'sche Gesellschaft ist keine Realität der Gegenwart. Wir dürfen keine Maschinenstürmer des Computerzeitalters sein, aber auch nicht in den Leichtsinn verfallen, jeder technischen Neuerung den Unbedenklichkeitsnachweis zu er-

teilen. Die komplexe moderne Gesellschaft bedarf einer effizienten Verwaltung und hat eine umfassende Information nötig; sie muß sich dieser Möglichkeiten bedienen, um sich zu schützen und für eine lebenswerte Zukunft zu sorgen: für eine bessere Zukunft, als sie die Orwell'sche Vision darbietet.



PARTEIEN UND POLITIKER IM JAHRE 1984*

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Einladung zu diesem Vortrag verspricht Ihnen, daß Sie nun einen Vortrag zum Thema „Parteien und Politiker im Jahre 1984“ zu hören bekommen werden. Ich werde mir aber die Freiheit nehmen — noch schreiben wir 1984 minus 1, noch ist das erlaubt —, meinen Vortrag, von diesem Titel etwas abweichend, folgenden drei Hauptthemen zu widmen:

Erstens: Wieviel von Orwells Vision wurde Wirklichkeit?
Zweitens: Gefahren und Chancen der mikroelektronischen Revolution
Drittens: Wer hat Angst vor dieser elektronischen Zukunft? Und: Ist diese Angst begründet?

ad 1: Das Ihnen hinlänglich bekannte Zentralthema von George Orwells „1984“ ist der von einem totalitären Regime benützte, ja perfekt gehandhabte technische Fortschritt, und zwar in der Weise, daß Zwei-Weg-Fernsehen, Richtmikrofone usw. eine historisch völlig einmalige Lückenlosigkeit der Überwachung menschlicher Tätigkeiten ermöglichen. Mit Nachdruck möchte ich darauf hinweisen, daß das Thema **nicht** lautet: Der Mensch wird von der Technik beherrscht, **sondern:** Eine Partei herrscht mittels Technik über das Volk. Eine Partei — weil es eben nur **eine** gibt. Was Orwell schildert, kann überhaupt nur unter den Bedingungen des Totalitarismus drohen. Meine erste These besagt daher: Überall dort, wo eine sozialmarktwirtschaftlich-demokratische Gesellschaftsordnung lebensfähig und verteidigungsbereit ist, stellt sich das Problem 1984 gar nicht. Wie Ihnen allen geläufig sein dürfte, war es das große Anliegen des enttäuschten Sozialisten Orwell, vor einem technisch perfektionierten Bolschewismus zu warnen. Es war der Stalinismus, der Orwell die Augen öffnete. Bezeichnenderweise erhält der Systemfeind Nr. 1 Ozeaniens von Orwell den Namen „Goldstein“. Rufen Sie sich nun ins Gedächtnis, daß Trotzki, der im Stalinismus zum Systemfeind Nr. 1 hochstilisiert wurde, eigentlich Bronstein hieß. Aus Bronstein machte Orwell Goldstein — er meinte den Stalinismus, als er „1984“ schrieb.

Noch eine kleine Zwischenbemerkung:

Die in letzter Zeit in so vielen Glossen und Kommentaren zu „1984“ als so deprimierend empfundene Hoffnungslosigkeit von Orwells Vision rührt daher, und das ist ein ganz zentraler Punkt, daß die ganze Welt in drei Herrschaftsbereiche aufgeteilt ist, welche strukturell identisch sind — sie werden nämlich totalitär beherrscht. Es ist bezeichnend, daß Winston Smith, der tragische Held des Buches, dieser „letzte Mensch“ Europas, niemals an Flucht denkt — es gibt in dieser Welt von „1984“ ja kein demokratisches Land mehr.

In Erläuterung meiner ersten These möchte ich daher sagen: Mit seiner Vision eines globalen Totalitarismus hat Orwell glücklicherweise unrecht behalten. Und zur Gefahr, zur freiheitsgefährdenden Gefahr kann der technologische Fortschritt nur werden, wenn er nichtkontrollierbaren, diktatorischen Mächten zur Verfügung steht. Wer als aufmerksam-kritischer Zeitgenosse die expansionistisch-imperialistischen Erfolge der Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten miterlebt hat, den mag freilich bisweilen die Vorstellung ängstigen, „1984“ sei Schritt für Schritt nähergerückt. Diese gleichsam weltgeschichtliche Betrachtung impliziert natürlich keineswegs, daß die in den letzten Jahrzehnten entwickelten neuen Technologien — seien es, um die vielleicht bekanntesten Beispiele zu nennen, die Nukleartechnologie, die Kommunikationselektronik oder die Gentechnologie — für uns, die wir unter freiheitlich-demokratischen Verfassungen leben, völlig problemlos wären. Davon kann keine Rede sein. Es erscheint mir aber unverzichtbar, auf den essentiellen Unterschied hinzuweisen, der zwischen demokratischen und totalitären Systemen besteht; wohin uns die Technik führt, ist nämlich im Gegensatz zu einem weitverbreiteten Irrtum nicht so sehr eine technische als eine gesellschaftliche Frage.

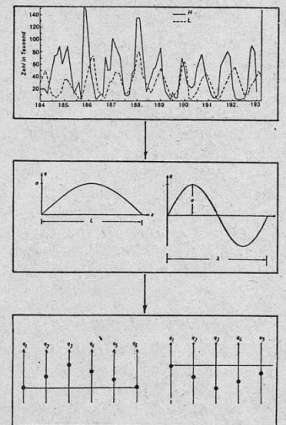
Ich komme nun zum **zweiten** Teil meines Vortrages, und ich möchte darin Gefahren und Chancen der mikroelektronischen Revolution erörtern. Vielleicht haben schon etliche von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen Vergleich anstellen können zwischen der altgedienten Schallplatte und einer Compact-Disc. Gestatten Sie mir ein Beispiel aus eigener, natürlich

ganz subjektiver Erfahrung. Wie vielleicht einige von Ihnen wissen, besteht mein Alltag als Wissenschaftler darin, eine digitalintegrierte, informations-synthetische Kommunikationsmatrix mit systemtheoretisch-paretooptimalen Eigenschaften zu entwickeln.

Ich sehe, Sie fühlen sich in die Sendung „Heiteres Beruferatzen“ versetzt. Aber Spaß beiseite: Ich bin selbstverständlich gerne bereit, falls Interesse besteht, in der Diskussion etwas konkreter über meine Tätigkeit zu berichten. Nun, ich kenne in meiner spärlichen Freizeit kaum etwas Spannenderes als Musik, und zu meinen Lieblingsstücken gehört Händels „Wassermusik“, in der Interpretation der „Academy of Ancient Music“ unter Hogwood. Als die entsprechende Compact-Disc auf den Markt kam, führte ich mir das sogleich zu Gehör, und was ich dabei hörte, kann ich nicht anders nennen als ein digitales Klangwunder: Dieser spitze, helle Streicher-ton, der schnarrende Bläser-Ansatz, diese aufregende Spaltklang-Verteilung der Instrumente!

Sie werden sich nun wahrscheinlich fragen, was das mit unserem Thema, „1984“, zu tun hat, denn wahrscheinlich sind Sie nicht zu dieser Veranstaltung gekommen, um über meine musikalischen Idiosynkrasien Bescheid zu erhalten. Aber wenn ich Ihnen, meine Damen und Herren, nun kurz das Grundprinzip erläutere, nach dem Digital Audio und Compact Disc funktionieren, werden Sie gleich sehen, daß wir uns medias in res befinden. 1948, im gleichen Jahr als Orwell durch Vertauschung der beiden letzten Ziffern „1984“ kreierte, zeigte der Mathematiker Shannon, wie ein Schallvorgang und dessen analoge Wellenbewegung durch **sampling** in eine Reihe von Punkten zerlegt werden kann. (Abb. 1)

Abb. 1: Zerlegung des Schalls in Punkte



* Zur näheren Erläuterung dieses Beitrages siehe Mozetic/Prisching in diesem Heft

Das Digital-Audio-System nun zerlegt 44 100mal pro Sekunde, registriert für alle Wellenpunkte die Höhenwerte und übersetzt diese Werte in ein binäres Zahlensystem, wobei dann etwa — wie sich relativ einfach zeigen läßt — eine Code-Kombination von 16 Ziffern in der Lage ist, 65.536 unterschiedliche Werte zu bezeichnen. Diese Werte werden in Töne rückübersetzt, und die Compact-Disc ist der, wie ich sagen möchte, hörbare Beweis, daß dies optimal gelungen ist.

Ich höre schon wieder Ihren Einwand: Dem Musikgourmet mag dies alles lieb und teuer sein, aber damit löst man kein einziges der vielen drängenden Probleme des heutigen Menschen oder der Menschheit. Doch diese Ansicht ist ein großer Irrtum. Im vergangenen Frühjahr besuchte ich auf einer Studienreise in den USA die Harvard University, der ein Forschungszentrum angeschlossen ist, das Shannon Center of Applied Digital Science. Dort wurde auf der Grundlage des Digital-Audio-Systems ein Gerät entwickelt, das folgendes kann: Das auf 61.219 Sekundenbits gesteigerte **sampling** wurde in einen sinusmodalen Amplifier integriert, der wiederum von einem organreaktiven Frequenzsensor gesteuert wird. Für jeden Laien verständlich ausgedrückt: Es wurde ein Hörgerät entwickelt, mit dem Taube und Schwerhörige vollkommen normal werden hören können.

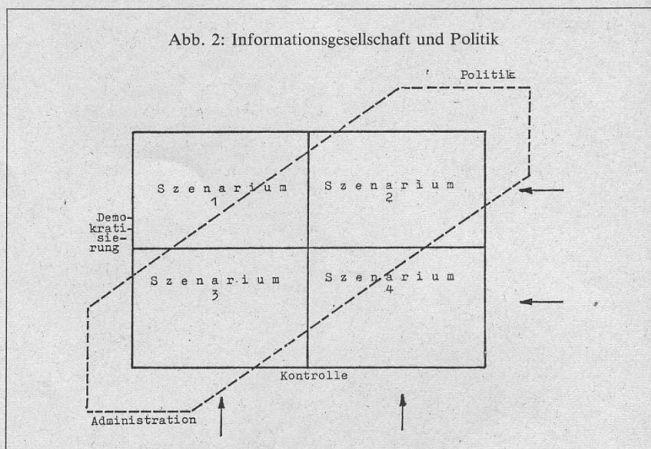
18 Auf solche Entwicklungen beziehe ich mich, wenn ich meine nächste These formuliere: **Die neuen elektronischen Technologien sind potentiell humanorientiert.** Ach ja, ich habe zu erwähnen vergessen, daß der Digital-Hörapparat eine so geringe Größe hat, daß er direkt ins Ohr verpflanzt werden kann.

Damit komme ich nun zu meiner **dritten** Hauptthese: **Den neuen elektronischen Technologien wohnt ein ungeheures Demokratisierungspotential inne.** Vielleicht sollte ich das etwas ausführlicher erläutern. „1984“ entwirft eine Welt, in der alle Menschen kontrolliert und beherrschbar sind. Und wir haben die neuen Technologien in Verdacht, daß sie uns diesem 1984 näher bringen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben sicher schon von der zunehmenden Computer-Kriminalität gehört, in Filmen wird dieses Thema bereits horramäßig aufbereitet, und sogar in unserer nicht ganz so phantastischen österreichischen Wirklichkeit gibt es die ersten Entwürfe für eine Verschärfung des Datenschutzgesetzes. Nun bin ich gewiß der letzte, der diese Gefahren bagatellisieren will. Aufgrund meines Berufes weiß ich nur zu gut über diese Gefahren der Manipulation und unkontrollierbaren Kontrolle des Individuums Bescheid. Aber die Systemtheorie lehrt uns auch, das ganze Feld der

Anwendungsmöglichkeiten zu sehen, zu sehen, daß wir mit Hilfe der neuen Technologien ein zentrales Problem unserer Demokratien lösen könnten. Wir alle wissen, daß viele Menschen das Gefühl haben, politisch bloß alle paar Jahre, drastisch formuliert: als Stimmvieh in Erscheinung treten zu können. Aber die Neutechnologien eröffnen erst die Aussicht auf eine Demokratiesteigerung in großem Ausmaß. Als Mitglied des vom Europarat eingesetzten wissenschaftlichen Ausschusses „Demokratie und Mikroelektronik“ hatte ich in den vergangenen Jahren Gelegenheit, mit Kollegen anderer wissenschaftlicher Disziplinen einige Szenarios neuer Formen der demokratischen Mitbestimmung und Kontrolle auf der Basis der neuen Technologien zu entwickeln. Ich will Ihnen kurz vier dieser Szenarios vorstellen. (Abb. 2)

Szenario 2: Wenn wir wollen, können wir die neuen Technologien auch dazu verwenden, unsere Politiker besser als bisher zu kontrollieren. Indem etwa die Politiker verpflichtet werden, die als relevant erachteten Informationen jeden Tages in einen Zentralcomputer einzugeben, hätte jeder Staatsbürger mittels seines Terminals die Möglichkeit, die entsprechenden Daten **jedes** Politikers, sei es auf Gemeinde-, Landes- oder Bundesebene, abzurufen und könnte sich ein viel besseres Bild über die Arbeit der Politiker machen, er wäre damit ein informierterer Wähler, und das kann für die Demokratie nur gut sein.

Szenario 3: Die Möglichkeit der Entbürokratisierung. Hierzu brauche ich nicht mehr viel zu sagen, mein Vorredner hat ja die Vorteile der Person-Code-Nummer bereits überzeugend dargestellt. Aus Zeitgründen will ich



Szenario 1: Bei Vollelektronisierung aller Haushalte könnte man verfassungsrechtlich prärogativ für sensible politische Materien Sperrminoritäten festsetzen und völlig unbürokratisch telekommunikativ zur Abstimmung bringen. Jeder Staatsbürger hätte seine eigene Code-Nummer, und mittels Zentralcomputer wäre sichergestellt, daß nur die wahlberechtigten Staatsbürger sich beteiligen könnten. Zum Beispiel hätte natürlich der Wiener, der einmischungslustig vor seinem Terminal sitzt, gar keine Chance, sich in steirische Belange einzumischen. Allgemein gesprochen: Die neue Technologie erlaubt es, mehr Entscheidungen als bisher in den unmittelbaren Entscheidungsbereich der Bürger zurückzuverlagern. Jeder, der am Ausbau der Demokratie in diesem Lande interessiert ist, sollte diese Möglichkeit bedenken, um nicht aus Unwissenheit vor einer technisch bereits möglichem Demokratisierung stehenzubleiben.

nur kurz hinzufügen, daß es natürlich darüber hinaus enorme Möglichkeiten der Verwaltungsvereinfachung gibt — so wurde an meinem Institut kürzlich berechnet, daß die Verwaltungskosten des Bundes bei optimalem Einsatz der schon verfügbaren Technologien sich um 47% reduzieren ließen. Jede Regierung, die es mit der Sparsamkeit ernst meint, wäre gut beraten, hier initiativ zu werden.

Szenario 4: Auch die Wissenschaft kann mit Hilfe der neuen elektronischen Technologien demokratischer werden. Ein Beispiel. Im dritten und letzten Teil meines Vortrages werden ich Ihnen, meine Damen und Herren, einige Umfrageergebnisse präsentieren, die uns Aufschluß geben können über die Angst der Menschen vor der Zukunft, vor „1984“. Sie werden verstehen, daß ich Ihnen aus der Fülle des vorliegenden Materials nur einige wenige Daten präsentieren kann. Bei Erfüllung des Szenarios 4 hätten Sie je-

doch die Möglichkeit, daheim in aller Ruhe auf Ihrem Terminal alle Hauptergebnisse dieser Untersuchungen anzufordern, weil jede Untersuchung EDV-mäßig aufbereitet zentral gespeichert wäre. Es würde zur Selbstverständlichkeit werden, daß jeder, der irgendeine wissenschaftliche Untersuchung erwähnt oder sich auf sie beruft, die entsprechende Code-Nummer der Untersuchung mitangibt, und alle Staatsbürger hätten die Möglichkeit nachzuprüfen, ob auch die ganze Wahrheit gesagt wurde, wir hätten Kontrollmöglichkeiten, die es bislang nicht gab, wir hätten vermutlich in unseren Medien eine ganz neue Informationsqualität. Wir würden uns so viel leichter tun, mit einem Hauptproblem des modernen Menschen in der Industrie-, Konsum- und Mediengesellschaft fertig zu werden, nämlich mit dem Problem, die ungeheure Informationsflut, die uns täglich überflutet, aktiv-kritisch zu verarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen hier aus Zeitgründen nur einige wenige, vielleicht nicht einmal die aufregendsten oder interessantesten Möglichkeiten andeuten können, die die mikroelektronische Zukunft für uns bereithält. Es besteht wenig Grund für einen vernünftigen abwägenden Menschen, sich vor der Technologie von „1984“ zu fürchten, sofern es uns nur gelingt, die Demokratie zu erhalten — dafür, so hoffe ich, habe ich doch einige bedenkenswerte Argumente vorgebracht.

Leider jedoch ist diese ausgewogene, nüchterne Sichtweise keineswegs so weit verbreitet, wie wir uns das alle wünschen würden. Dies zeigen mit aller Deutlichkeit — und das muß uns große Sorgen machen — die Ergebnisse einer international vergleichenden Synchronstudie zum Technologie-Bewußtsein der Europäer, die vom George Orwell Institute für die Study of the Future of Mankind durchgeführt wurde. Ich will Sie nicht mit Einzelheiten des Forschungsdesigns behelligen, sondern bloß einige sehr beunruhigende Ergebnisse erwähnen. Es zeigte sich — zwar national differierend, doch als Trend allgemein nachweisbar —, daß die **Angst** vor den neuen Technologien proportional wächst mit dem Grad der **Unkenntnis** über das Ausmaß der neuen technischen Möglichkeiten. Je informierter der Mensch ist, umso weniger irrationale Ängste zeigt er. Sie werden nun vielleicht an dieser Stelle einwenden, daß doch immer mehr Fachleute, Spezialisten, die wissen, wovon sie reden, sich öffentlich und warnend zu Worte melden, und das wäre doch die Widerlegung meiner Aussagen. Aber ich habe nur von der Zunahme **irrationaler** Ängste gesprochen, von solchen, denen kein Bewußtsein der tatsächlich drohenden Gefahren ent-

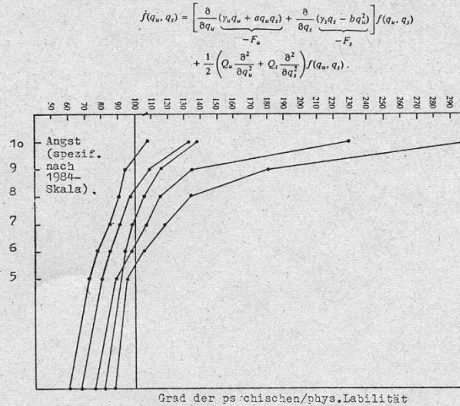
spricht. In allen europäischen Ländern wurde festgestellt; Je niedriger die Schulbildung, umso mehr Technikangst haben die Menschen. Man muß sich übrigens auch überlegen, welche Schlußfolgerungen für die Bildungs- und Schulpolitik daraus gezogen werden sollten, aber das kann ich hier nur am Rande anmerken.

Noch ein Ergebnis will ich herausgreifen: Eine sehr umstrittene Hypothese wurde durch diese Untersuchung voll bestätigt. Diese Hypothese lautet: Je labiler die Menschen psychisch und/oder physisch sind, umso mehr Angst haben sie vor 1984. (Abb. 3)

Schweden: 87,4
Frankreich: 44,5
Italien: 32,8
Schweiz: 36,6
Österreich: 69,0

Was sagen uns diese Zahlen? Einfach gesagt, je höher der Wert, umso ungünstiger sind die Gesundheitsverhältnisse. Und nun sehen Sie auch schon einen sehr interessanten Zusammenhang: Überall dort, wo über längere Zeit der Staat in die menschlichen Freiheitsräume eindringt und ihn zum „betroffenen Menschen“ degradiert, ist der f-Koeffizient hoch, und das heißt, diese Länder sind vom rein medizinischen

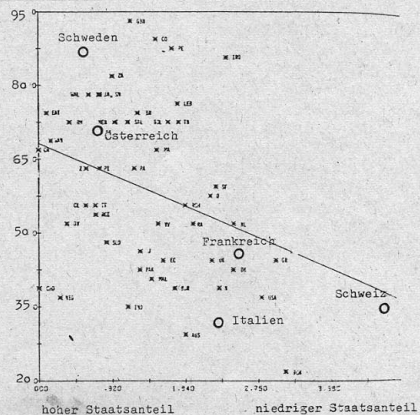
Abb. 3: Psychisch-physische Labilität und Angst Relation PL:A nach GOI



Aus diesen und noch einigen anderen Ergebnissen wurde dann vom George Orwell Institute ein nationaler Angstkoeffizient entwickelt, der sogenannte f-Koeffizient (f von engl. fear, Angst), der uns wertvolle Aufschlüsse liefert über nationale Gesundheitsverteilungen, korrelierend mit Selbstmordraten, Herzinfarkthäufigkeit usw. Vergleichen wir nun einige Länder hinsichtlich des f-Koeffizienten. (Abb. 4)

Standpunkt betrachtet „kränker“ als die von Konservativen oder Liberalen regierten Länder. Natürlich ist diese Aussage nur zulässig, wenn man einen entsprechend langen Zeitraum wählt, denn ein f-Koeffizient kann nur signifikant werden, wenn man mindestens 5 Jahre betrachtet. Daraus ist übrigens auch erklärlich, warum Frankreich einen so günstigen f-Koeffizienten hat, obwohl dort jetzt die Sozialisten und

Abb. 4: Angst-Koeffizient in einigen Ländern (f-Koeffizient) George Orwell Institute



Kommunisten an der Macht sind. Österreich gehört leider zu den Spitzenreitern, im negativen Sinne, obwohl 69 ein optisch günstiger Wert ist und besser aussieht als 70, aber Sie sehen, daß wir eher dem abschreckenden schwedischen Beispiel nacheifern als etwa den Schweizern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihre Zeit schon über Gebühr in Anspruch genommen, aber lassen Sie mich noch eines sagen. Wissenschaft ist nicht dazu da, unsere Vorurteile und Vormeinungen zu bestätigen, sondern um unsere Erkenntnisse zu erweitern — und nur der wird 1984 meistern können, der unvoreingenommen und klar zu sehen bereit ist, was auf ihn zukommt. Gewiß, es gibt Wichtigeres als die Wissenschaft — aber gerade weil uns der Mensch wichtiger ist, gerade darum können wir es uns nicht leisten, wissenschaftliche Erkenntnisse zu ignorieren. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.

Gerald Mozetič / Manfred Prisching

ÜBER DIE ANSCHAULICHKEIT NICHTEXISTIERENDER PHÄNOMENE

Zur Aufklärung über zwei Vorträge

Es ist uns eine besondere Freude gewesen, zu der Winterakademie im Josef-Krainer-Haus zwei Referenten zu gewinnen, von deren Auftreten wir uns erhofften, besondere Einsichten in Manipulationsmöglichkeiten und in die faktische Bedeutung von Wissenschaft und Politik vermittelt zu bekommen; die beiden Referenten wurden folgendermaßen beschrieben:

- *Dr. Friedrich Müller-Hohenburg*, Bonn, Bundestagsabgeordneter der CDU, Vorsitzender des Kommunikationsausschusses des Deutschen Bundestages, Mitglied des parlamentarischen Zukunftsrates, Verfasser des Buches: *Verlorene Identitäten*, Bonn 1983.

- *Univ.-Prof. DDr. Paul Neant*, Vorstand des Instituts für Systemanalyse und Politik an der Universität Wien, Mitglied des International Institute for the Study of the Future, Verfasser zahlreicher Bücher, darunter: *Macht und Herrschaft in der Demokratie*; Über die Anschaulichkeit nicht existierender Phänomene. Philosophisch-politische Entwürfe; u.v.a.

Die beiden Herren hatten ein sehr würdevolles Auftreten, hielten lebendige und wissenschaftlich anspruchsvolle Referate und lösten eine heftige Diskussion aus. Leider konnten sie auf die Diskussionsfragen nicht mehr antworten, da ihr Referatsmanuskript selbstverständlich nicht so weit reichte: Denn beide, der Politiker wie auch der Wissenschaftler, *existieren nicht*. Ihre Rollen wurden von zwei Mitgliedern des Grazer Schauspielhauses, von Armin Schallock und Erik Göller, gespielt; sie haben ihrer Darbietung Manuskripte, die von uns vorbereitet wurden und in denen allerlei Sinnvolles, aber auch sehr viel Unsinn präsentiert wurde, zugrunde gelegt.

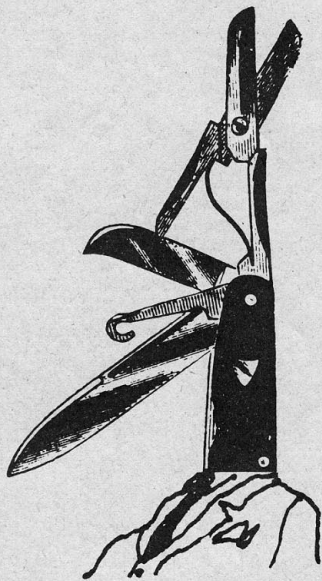
Die Idee

Es gibt in der Umfrageforschung einige Fachleute, die selbstkritisch vor einem allzu großen Vertrauen in „erfragte Meinungen“ warnen; sie verwei-

sen auf den Umstand, daß bei der Erkundung des Bekanntheitsgrades von Politikern durch Fragebogenuntersuchungen zuweilen nicht existierende Politiker hineingeschmuggelt werden: Neben Helmut Kohl, Willy Brandt und Erhard Eppler steht dann beispielsweise auch ein Müller-Hohenburg. Regelmäßig kommt man zum Ergebnis, daß 25 oder 30% der Befragten diesen Politiker kennen wollen; sie kreuzen seinen Namen offensichtlich deswegen an, weil sie nicht zugeben wollen, einen offensichtlich „bekannten Politiker“ (denn wie käme er sonst auf die Liste) nicht zu kennen. In diesem Sachverhalt wurzelt die Idee, solche Personen nicht nur in Fragebogen zu plazieren, sondern sie leibhaftig auftreten zu lassen. In einer Tagung, die sich im Rahmen des Themas „1984“ ganz wesentlich auch den Manipulationsproblemen der gegenwärtigen Gesellschaft widmen mußte, sollten ein Politiker und ein Wissenschaftler über ihre gesellschaftlichen Perspektiven und ihre Zukunftserwartungen reden.

Die Absicht

Dies sollte nicht nur ein sozialwissenschaftliches Experiment im Sinne einer Aktionsforschung sein, sondern die Demaskierung sollte auch Spaß machen: Eine solche Veranstaltung kann in zweierlei Richtung lehrreich sein. *Erstens* sollte über Manipulation nicht nur abstrakt geredet, sondern es sollte auch ein Stück Manipulation „hautnah“ erlebt werden; und in der Tat ertappten sich die Teilnehmer der Veranstaltung dabei, in welchem starkem Maße sie sich vom Situationsarrangement dazu bewegen ließen, von „typischen Verhaltensweisen und Thesen“ zu sprechen oder selbst bei akutem Unbehagen über manche Behauptungen angesichts der wissenschaftlichen Untermauerung zu schweigen. *Zweitens* sollten ja keine „normalen Referate“, die auch von „echten“ Politikern oder Wissenschaftlern stammen hätten können, gehalten werden, sondern es sollte



eine Mixtur von vernünftigen Hinweisen, schlechthin falschen Behauptungen und vollkommen absurden Feststellungen sein, um deutlich zu machen, wie schwer es selbst kritischen Zeitgenossen fällt, zwischen Sinn und Unsinn solcher Berichte zu unterscheiden. Der amüsierte Leser der beiden Referate, dem recht bald manches merkwürdig vorkommen wird, muß allerdings bedenken, daß der Text in der Lektüre weitaus leichter zu „durchschauen“ ist als beim bloßen Hören — und daß die Suggestion des Wirklichen weitaus stärker ist, wenn man die Thesen im Rahmen eines derartigen Veranstaltungsarrangements vorgetragen bekommt. Allein dies sagt uns bereits manches über Manipulation — und es mag auch, da es sich letztlich um den Alltagsbetrieb von Erziehungsinstitutionen (von der Schule bis zur Erwachsenenbildung) handelt, als selbstironische Nebenbemerkung verstanden werden. Was aber den erwähnten Inhalt der Referate betrifft, so mögen einige weitere Anmerkungen am Platze sein, um zu verhindern, daß sich bestimmte politische oder wissenschaftliche Thesen weiter verbreiten, die mit der Wirklichkeit absolut nichts zu tun haben.

Zur Technik der Manipulation

Die Bedingungen gelungener Manipulation ändern sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen — um ihr Ziel zu erreichen, muß die versuchte Manipulation gleichsam auf der Höhe der Zeit sein. Beispielsweise war es im vorliegenden Fall klar, daß die fiktiven Personen nicht ebenso fiktive Behauptungen vertreten durften, genauer gesagt: es mußte eine Mischung von realen Elementen, zutreffenden Aussagen einerseits und irrealen, konstruierten Thesen andererseits gefunden werden, die eine Balance zwischen den beiden Polen hält. Dies gelingt, wenn man abschätzen kann, wo die Fiktion abbrechen muß, um glaubwürdig zu bleiben, in welchem Mischungsverhältnis mit dem Realen eine Fiktion stehen muß, um suggestiv zu wirken.

Ein Plädoyer für „1984“ in offener, plumper Form kann nicht in Frage; wie aber sollte es dann verpackt werden, um nicht jeder Wirksamkeit beraubt zu werden? Dieses Problem stand am Anfang unserer Überlegungen zu den Inhalten der beiden Referate; im Folgenden kann nicht nachgewiesen werden, daß wir dieses Problem lösten, wohl aber sollen unsere Überlegungen dazu rekonstruiert werden.

Kritik und Affirmation

Sollte unterschwellig für „1984“ Propaganda betrieben werden, mußte *erstens* für den Zuhörer der Eindruck vermieden oder wenigstens abgeschwächt werden, einem unkritisch-enthusiastischen Technikfreak gegenüberzustehen. Daß die Referenten nur als untadelige Demokraten auftreten durften, versteht sich von selbst. Die Referate mußten also *abwägende, vorsichtige Formulierungen* enthalten, etwa als Berücksichtigung kritischer Einwände auftretende Leerformeln. (Beispiele: „die in den letzten Jahrzehnten entwickelten neuen Technologien“ seien keineswegs „völlig problemlos“, nein: „Davon kann keine Rede sein.“ „Nun bin ich gewiß der letzte, der diese Gefahren bagatellisieren will.“) Im Hinblick auf das erwartete Publikum mußte dem „Zeitgeist“ der Wissenschafts- und Fortschrittskepsis Rechnung getragen werden — so heißt es bei Neant am Schluß: „Gewiß, es gibt Wichtigeres als die Wissenschaft...“.

Auch Müller-Hohenburg beginnt deswegen sein Referat sehr kritisch: Totalitäre Tendenzen seien vorhanden, es gelte politische Sorgfalt walten zu lassen; den Bürgerbewegungen sei für ihre Aktivität zu danken. Bald aber kommt der Umschlag: Vor allem seien jedoch mit den neuen Technologien viele Vorzüge verbunden. Noch einmal wird den Befürchtungen Anerkennung gezollt: Sie seien angesichts der anonymen Mächte, die allenhalben greifbar werden, durchaus berechtigt. Aber man solle an die Arbeitsplätze denken, und in den demokratischen Systemen des Westens bestehe keinerlei Gefahr. Und jetzt wird auch über die Bürgerbewegungen ganz anders gesprochen: „Nur allzu skrupulöse und alternativbewegte Bürgerinitiativen können solche Katastrophenbilder ernst nehmen.“ Damit sind die Datenschützer abgestempelt, und in der Folge ist nur noch von den Chancen und Möglichkeiten der Kommunikationstechnologien die Rede. In wenigen Zügen wandelt sich die *Anerkennung der Besorgnis* über Datenprobleme zur *Verurteilung der Aktivisten*, ohne daß diese Veränderung so ganz merkbar wird.

Kompetenz und Menschlichkeit

Zweitens sollte der Gefahr, die Zuhörer könnten von den Referaten den Eindruck eines dominanten Technizismus gewinnen, dadurch begegnet werden, daß die Vortragenden „menschliche Züge“ aufweisen, indirekte Sympathiewerbung für ihre Personen (und damit natürlich für die vertretene Sache) betreiben. So folgt im Referat von Neant auf die pseudofachsprachliche Beschreibung seiner Tätigkeit (Ent-

wicklung einer „digitalintegrierten, informationsynthetischen Kommunikationsmatrix mit systemtheoretisch-paretooptimalen Eigenschaften“) — eine „Spontanreaktion“ auf Heiterkeit im Publikum war vorzusehen! — sofort der Wechsel auf die Sprachebene des Otto Normalverbraucher. Auch in dieser Hinsicht ist eine ausgewogene Mischung von zwei unterschiedlichen Welten anzustreben: die fachsprachlichen Elemente sollen *Kompetenz* demonstrieren, die alltagssprachlichen eine „Gemeinschaft“ mit den Zuhörern fingieren. Die „Menschlichkeit“ des Referenten kommt bei Neant vor allem dadurch zum Ausdruck, daß er relativ ausführlich über seine Musikleidenschaft spricht; um dieses Element stark zur Geltung zu bringen, wurde das Compact-Disc-Hörerlebnis als Beispiel gewählt. Diese Passagen wie auch die darauf folgende humanmedizinische Wendung sollen beitragen, 1984-Probleme zu verharmlosen.

Unsinn und Tatsachen

Die Ausführungen zur Compact-Disc-Technologie wurden übrigens einem Fachartikel entnommen, auf dessen Richtigkeit wir ebenso *vertrauen* wie der bereits genannte Otto Normalverbraucher. So ist der Mathematiker Shannon keine erfundene Figur — im Gegensatz zu Professor Tarantoga. Das Shannon Center jedoch ist ebenso eine freie Erfindung wie das George Orwell Institute — bei Instituten und Ausschüssen kann man gefahrlos fiktiv werden, weil niemand alle kennen kann und etwaige Zweifler leicht als uninformierte Ignoranten bloßgestellt werden könnten. Der von Müller-Hohenburg erwähnte Soziologe Helmut Schelsky existiert und hat auch ein Buch mit dem Titel „Die Arbeit mit die anderen“ verfaßt; es hat jedoch nichts mit der Mikroelektronik zu tun, sondern mit dem geistigen Herrschaftsanspruch der Intellektuellen. Die UNICO, die neue Organisation für Information und Kommunikation der Vereinten Nationen, gibt es dagegen nicht; absurd ist auch die Schätzung des jährlichen Wachstumspotentials der Mikroelektronik von 9.000 Mrd. Dollar, entspricht dies doch exakt dem gesamten gegenwärtigen Sozialprodukt der Welt. Unseres Wissens existiert auch kein Kommunikationsausschuß des Deutschen Bundestages, und dies gilt auch für den Parlamentarischen Zukunftsrat.

Computerverbund und Zweisprache

Nun jedoch zu den von den beiden Referenten vorgestellten Projekten. Das erste Vorhaben, das Müller-Hohen-

burg schildert, der Computerverbund in der öffentlichen Verwaltung, wird zum Teil bereits diskutiert, allerdings nicht in einer derart nonchalanten Weise, wie dies hier geschieht. Wenn alle Daten über die Bürger zentral gespeichert und jederzeit abrufbar sind, ist der „durchleuchtete Mensch“ tatsächlich Wirklichkeit geworden. Es kommt hinzu, daß sich mit diesem Konzept — wie es Müller-Hohenburg darstellt — ein „neu gestalteter, mit einer Code-Nummer versehener Personalausweis“ verbindet (was an die derzeitige bundesdeutsche Diskussion um den „fälschungssicheren Ausweis“ erinnert), und daß mit Hilfe der neuen Medien auch „telekommunikative Rückkontakte zur Sicherung der Identität“ möglich sein sollen — was immer dies auch heißen mag (jedenfalls erinnert es fatal an Orwells Telescreen). Im übrigen findet sich hier ein hübsches Beispiel für die „Zwiesprache“: Die totale datenmäßige Erfassung des Individuums wird unter dem Titel „bürgernahe und bürgerfreundliche Verwaltung“ dargeboten, die vollständige Zentralisierung im Computer unter Stichworten wie „Föderalismus“ und „Dezentralismus“, die Festigung der bürokratischen Macht wird als Schaffung einer „unbürokratischen, individualistischen Verwaltung“ beschrieben. Einsparungen mögen durch ein solches System durchaus möglich sein, auch wenn die Zahl von 57% frei erfunden ist; sie stammt aus einer angeblichen Untersuchung von Prof. Tarantoga, der eine Figur aus Romanen des Science-Fiction-Autors Stanislaw Lem ist.

Planwirtschaft als Marktwirtschaft

Das zweite Projekt, *WINFO* genannt, geht aus von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und soll eine umfassende Informationssammlung über Wirtschaftsdaten ermöglichen. Unter der vorgeblichen Realisierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung verbirgt sich ein schlechtes planwirtschaftliches Konzept. Freilich betont Müller-Hohenburg andauernd, der Staat solle zurückgedrängt werden, man müsse auf Unternehmer und Märkte vertrauen, es handle sich um das Gegenkonzept gegen Planung und Dirigismus; und hiezu beruft er sich sogar auf Adam Smith. Aber die „Informationsmängel“ der freien Märkte sollen durch einen „Informationspool“ beseitigt werden, in dem „alle relevanten Markt-, Unternehmens- und Prognosedaten“ zusammengefaßt werden. Es sollen „Fehlinvestitionen verhindert und Doppelgeleistigkeiten vermieden“ werden, was wohl nicht anders denkbar ist als durch Investitionsge- und -verbote und durch eine straffe Pla-

nung. In der Tat: „Dies setzt voraus“, so fährt Müller-Hohenburg fort, „daß im Rahmen des WINFO-Projekts tatsächlich erfahrene Fachleute diese Steuerungsaufgabe durchführen“. Diese Planer rücken in eine starke Position, ist doch die Einholung und Bereitstellung der Information „vollständig“ und „rechtlich abgesichert“. Und schließlich wird ganz klar gesagt: Es gehe um die „Vorgabe der konkreten Produktionsdaten für die nächsten Zeiträume“, ein Planungskonzept, das nur deswegen nicht ins Auge springt, weil der rhetorische Zuckerguß der endlich realisierten freien Marktwirtschaft die Intentionen nicht deutlich werden läßt. Denn es werden durch diese ökonomischen Vorgaben „optimale Lösungen“ angeboten, die — wie es dann wörtlich heißt — „im Einzelfall zur Sicherung von Arbeitsplätzen auch von den WINFO-Experten herbeigeführt (!) werden können.“ Daß im Anschluß daran Karl Popper zitiert wird, ist nur Verschleiерungsstrategie, und dies gilt auch für den Begriff der „informationsoffenen Gesellschaft“. Die abschließend genannten Kostenziffern sind natürlich völlig aus der Luft gegriffen.

Objektivität und Ideologie

Die Szenarios zum Demokratisierungspotential der neuen Technologien, die von Professor Neant vorgetragen werden, sollen durchaus ernsthafte Erwägungen zum Einsatz der neuen Technologien mit einer völligen Ignorierung möglicher Gefahren und Schwachstellen derselben verbinden. So wird in Szenario 1 nicht die Gefahr erwähnt, daß durch das vorgeschlagene Verfahren das Prinzip der geheimen Wahl bedroht sein könnte; in Szenario 2 herrscht Schweigen hinsichtlich des drohenden totalen Überwachungssystems; Szenario 3 erwähnt mit keinem Wort unerwünschte Konsequenzen eines Personen-Code-Systems (nebenbei: die 47%ige Einsparung ist ein reines Artefakt; in Szenario 4 ist keine Rede davon, daß das vorgeschlagene System keineswegs eine „aktiv-kritische“ Verarbeitung von Informationen sicherstellt (Selektions-, Relevanzproblem usw.)

Die Szenarios enthalten also immerhin Überlegenwertes, und ihr ideologischer Stellenwert resultiert aus der Vernachlässigung von Nebenfolgen; blanke Unsinn dagegen spricht aus dem f-Koeffizienten, der freilich ebenfalls eine ideologische Botschaft mit sich trägt. Die These, daß es um alle Länder, in der Staat oder gar sozialistische Regierungen stark in Wirtschaft und Gesellschaft eingreifen, schlechter bestellt ist als um jene Länder, in denen dies nicht der Fall ist, mußte — so die Annahme bezüglich der vermuteten

Teilnehmer am Seminar — zumindest latent vorhandenen Einstellungsmustern entsprechen und daher grundsätzlich auf Zustimmung stoßen, auch wenn diese „Moral von der Geschichte“ ein völlig aus der Luft gegriffenes Fundament erhielt.

Gesellschaftliche Bedingungen der Manipulation

Lenken wir nun unsere Aufmerksamkeit noch einmal auf den Anfang des Vortrages von Prof. Neant. In Beantwortung der ersten Frage — „Wieviel von Orwells Vision wurde Wirklichkeit?“ — schränkt Neant das Thema 1984 radikal ein: „Überall dort, wo eine sozialmarktwirtschaftlich-demokratische Gesellschaftsordnung lebensfähig und verteidigungsbereit ist, stellt sich das Problem 1984 gar nicht“. Die darauf folgenden, durchaus einleuchtenden Bemerkungen zum Stalinismus sollen diese Einschränkung plausibel machen. Abgesehen von der Aussparung des Nationalsozialismus, die natürlich auch keine zufällige ist, wird damit jedenfalls suggeriert, daß im „Westen“ kein Grund besteht, neuen Technologien 1984-sensibel entgegenzutreten. Dabei ist es durchaus richtig, Unterschiede zwischen totalitären und demokratischen Systemen nicht zu verwischen, und es ist völlig zutreffend, die Frage, wohin uns die Technik führen wird, vor allem als eine gesellschaftliche zu betrachten. Aber dies ist ein Punkt, wo wir über das von Neant Gesagte hinausgehen müssen, wenn wir eine klarere Vorstellung über den Zusammenhang von Technik und Gesellschaft gewinnen wollen.

Welche Bedrohung ein totalitäres Regime (für die Bürger des eigenen Landes und für andere Staaten) darstellt, das über die modernsten Technologien verfügt, ist schon häufig diskutiert worden und wird im Rahmen der vielen „1984“-Veranstaltungen noch des öfteren erörtert werden; darum soll hier in ein paar Schlußbemerkungen das Augenmerk auf Entwicklungen und Gefahren gelegt werden, die in der demokratisch-marktwirtschaftlichen Welt bevorstehen. Als erstes ist festzuhalten: Technologische Innovationen sind nicht aufzuhalten — noch viel weniger Chancen als die Abrüstung hat die „Abtechnisierung“. Die technische Entwicklung wird weitergehen (a) auf militärischem Gebiet und (b) unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Die Supermächte entwickeln militärisch das, was technologisch möglich und ökonomisch finanzierbar ist. Ein bewußt-gewolltes Stehenbleiben bei der heutigen Militärtechnologie ist, so weit unser Blick einigermaßen realistisch in die Zukunft schweift, nicht zu erwarten; die einzig vorstellbare Restriktion ist eine budgetäre, die For-

1948 - 1984: BEIM POLITISCHEN STIL NICHTS NEUES?

schungsmittel verringernde. Hinsichtlich „friedlicher“ Technologien (die Unterscheidung zwischen militärisch nutzbaren und friedlichen Technologien ist allerdings mehr eine aus naiver Hoffnung geborene als eine allgemein anwendbare: der allergrößte Teil der Technik ist einfach neutral oder ambivalent, d.h. zu verschiedenen Zwecken tauglich!) entscheidet im wesentlichen die Marktadäquatheit ihren Einsatz bzw. ihre Verbreitung. So dürften — um einen problematischen Fall herauszugreifen — neue Produkte günstige Aufnahme finden, die einem tief verwurzelten *Sicherheitsbedürfnis* der Bevölkerung Befriedigung in Aussicht stellen, und zwar auch dann, wenn damit ein *Überwachungs- und Kontrollsystem* entsteht, das bürgerliche Freiheitsräume besneidet. Vielleicht wird das unter das biedere Motto gestellt, die anständigen Menschen hätten ohnehin nichts zu verbergen... Für einen klassischen Liberalen wäre so etwas übrigens der typische Fall, wo er nach dem Staate rufen würde, der den Schutz der Privatsphäre garantieren sollte. Gewiß hörte man auch bei uns in Österreich in letzter Zeit einiges zur *Datenschutzproblematik* — aber vielleicht könnte man dem Bürger einmal mitteilen, wer welche personenbezogene Daten speichern darf und an wen diese weitergegeben werden dürfen (Amtshilfe!). Alles spricht dafür, daß das Datenschutzproblem in Zukunft an Brisanz gewinnen wird; sollte man da nicht schon in den Anfängen für den Bürger Klarheit schaffen?! — Mit diesem bescheidenen Vorschlag lassen wir das große Thema „1984“ ganz pragmatisch ausklungen.

Wenn man dem Wort Stil nachgeht, stößt man rasch auf seinen lateinischen Ursprung. Das Wort bedeutete ursprünglich Griffel oder Schreibgerät. Daher sprach man auch zuerst von einem Schreibstil, später von einem Baustil, von einem Architekturstil einer Epoche und erst viel später von einem Sprachstil und von einem Lebensstil. Das jüngste Kind dieser Wortfamilie ist der politische Stil. Alle haben eines gemeinsam: Guter Stil beruht auf einem reinen und tiefen Wahrheitsgefühl. Hinter allem schlechten Stil steckt immer eine gewisse Wahrheitsscheu.

Zum politischen Stil stelle ich drei Thesen an die Spitze meiner Überlegungen:

1. These: Der politische Stil ist ein Spiegelbild der ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Bevölkerung.
2. These: Die Österreicher geben in ihrer Einstellung zu Politik und den Politikern ein janusköpfiges Bild ab.
3. These: Das Fernsehen hat die Welt und damit auch den politischen Stil der Parteien total verändert.

An Hand dieser drei Thesen will ich nun einige Gedankenreihen aufbauen, an die viele andere und neue Gedanken anknüpfen könnten.

Zur ersten These: Der politische Stil ist ein Spiegelbild der ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Bevölkerung. — Diese These möchte ich anhand einiger Plakattexte und Motive, die die zwei größten politischen Parteien in Österreich für ihre Wahlwerbung von 1949 bis 1983 ausgesucht haben, erhärten.

Nationalratswahl 1949: Nach Ende des 2. Weltkrieges sitzt allen der Schrecken tief im Nacken. Die Sehnsucht nach sozialem Frieden und Freiheit bestimmt die Themen.

ÖVP: „Menschenwürde oder Sklaverei — Freiheit oder Stacheldraht! Österreichische Volkspartei!“

SPÖ: „Wählt die Wahrheit! Wählt die Freiheit! Wählt die Sozialistische Partei!“

Nationalratswahl 1956: Die Freiheit unseres Heimatlandes wurde durch den Staatsvertrag erreicht; in der österreichischen Politikwerbung beginnt eine aggressive Phase.

SPÖ: „Der Rentenklau geht um.“

ÖVP: „Die rote Katze liefert Österreich dem Osten aus.“

Eine Zwischenbemerkung zu den Fünfzigerjahren: In den Vereinigten Staaten von Amerika lösen sich in dieser Zeit die herkömmlichen Parteien faktisch auf und eine neue Art der Politik beginnt, die sich fast ausschließlich auf Personen ausrichtet.

Nationalratswahl 1962: Aus dem Überdruß an Schreckgespenstern kommen die Gleichgewichtsparolen.

SPÖ: „Gegen die schwarze Übermacht!“

ÖVP: „Es steht 79:78, nur ein Mandat mehr und die sozialistische Herrschaft beginnt!“

Nationalratswahl 1966: Die in den USA begonnene Personalisierung von Wahlauseinandersetzungen schlägt auch bei uns voll durch.

SPÖ: „Zu viele Schwarze sind ungesund.“ (Dazu wurden die Namen führender ÖVP-Politiker angeführt!)

ÖVP: „Klaus oder Pittermann — Entscheide!“

Nationalratswahl 1970: Nach einer Phase der Konsolidierung in Österreich — man denke nur an die Strukturverbesserungsgesetze, die Sanierung des Bundesbudgets und das Pensionsanpassungsgesetz — verlegen sich die Parteien auf Wohlstandswerbung.

SPÖ: „Damit das Einkommen wieder Freude macht.“ „Sechs Monate Bundesheer sind genug.“

ÖVP: „Wer rot wählt, wählt eine Zukunft voller Fragezeichen.“ „Josef Klaus — ein echter Österreicher.“

(Das letztere Plakat war zu Recht eine sehr umstrittene Entscheidung.)

Nationalratswahl 1971: In der Zeit der Hochblüte der Gruppendynamik wetten die Spitzenkandidaten beider Parteien, wer teamfähiger sei.

SPÖ: „Laßt Kreisky und sein Team arbeiten.“

ÖVP: „Schleinzern und verlässliche Leute.“

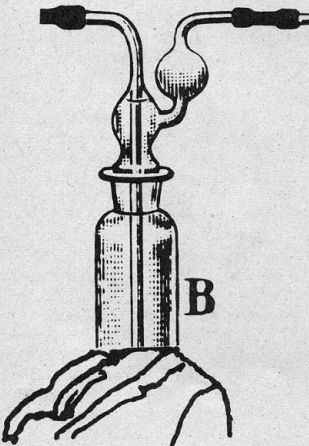
Nationalratswahl 1975: In wirtschaftlich guten Zeiten ist man schwer bereit, daran zu denken, daß es auch wieder anders werden könnte.

SPÖ: „Kreisky wer sonst?“

ÖVP: „Pläne zur Lebensqualität.“

(Diese Kampagne war die erste große Umweltkampagne in Österreich. Die Inhalte dieser Pläne zur Lebensqualität sind heute in weiten Teilen noch immer gültig.)

Nationalratswahl 1983: Nach 12 Jahren sozialistischer Alleinregierung ist



die Sorge um die Grundbedürfnisse der Menschen so stark wie kaum zuvor.

SPÖ: „Arbeit schaffen – Frieden sichern – Umwelt erhalten“.

ÖVP: „Mit uns – damit es wieder aufwärts geht“.

Zur zweiten These: Die Österreicher geben in ihrer Einstellung zur Politik und zu den Politikern ein janusköpfiges Bild ab.

Dazu führe ich einige Beispiele aus einer Fessel-Ifes-Studie aus dem Jahre 1981 an. Dort kann man lesen, daß 74% der befragten Jugendlichen der Meinung sind, daß Politiker oft die Unwahrheit sagen und dies vor allem in Wahlzeiten. Und daß 62% der Meinung sind, daß Politiker in erster Linie an die Macht denken. Freilich kann man ebenso in derselben Untersuchung lesen, daß die Jugendlichen zu 75% der Meinung sind, daß die Politiker ihre Sache im großen und ganzen recht gut machen und 64% meinen, die Politiker bemühen sich redlich um ihre Wähler. Das zeigt, daß die oft formulierte mangelnde Glaubwürdigkeit der Politiker nicht gleichzeitig zu einer Geringschätzung ihrer Leistung führt. — Wo liegen also die Wurzeln der so oft zitierten Verdrossenheit an der Demokratie wirklich; liegt es an den handelnden Personen, an den Inhalten der Politik oder am politischen Stil?

Zur 3. These: Das Fernsehen hat die Welt und damit auch den politischen Stil der Parteien total verändert.

Hatten 1965 30% der österreichischen Haushalte ein Fernsehgerät, so besaßen 1980 bereits 91% ein solches. Die wichtigste politische Informationssendung „Zeit im Bild“ wird mittlerweile im Durchschnitt täglich von rund 2,6 Millionen Österreichern gesehen. Und der Prozentsatz der Wahlberechtigten, die täglich die politische Berichterstattung im Fernsehen sehen, hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Zur gleichen Zeit werden in über 70% aller steirischen Haushalte Tageszeitungen gelesen. — Über das politische Geschehen informieren sich in Österreich 62% in erster Linie aus dem Fernsehen und nur 27% in erster Linie aus den Tageszeitungen. Daß freilich diese beiden Medien inzwischen ihr Rollenverständnis gefunden haben und sich beim Konsumenten ergänzen, ist eine positive Randerscheinung dieser Konkurrenz um die Erstinformation bzw. den Kommentar und die Hintergrundinformation.

Was bedeutet die Dominanz der Erstinformation über Politik durch das Fernsehen für die Parteien? Politik muß fernsehgerecht gemacht werden. Zeitpunkt, Ort, Termin, aber auch Argumente und Inhalt müssen „über den Schirm“ gebracht werden. Das Fernsehen als dominantes Medium bei der Erstinformation muß von den Parteien ununterbrochen „gefüttert“ werden. Ein besonders krasses Beispiel ist das

sogenannte „Fernsehduell“ von Spitzenpolitikern. Oft habe ich nach solchen Duellabenden Damen und Herren aller Altersschichten und Berufsgruppen gefragt: Na, wie war's denn? Die Antwort auf diese Frage war in den seltensten Fällen, daß diese oder jene Argumente überzeugt hätten und daß man sich neue Aufschlüsse über Sachverhalte gemerkt hätte, sondern in den meisten Fällen kam sofort die Antwort, wie der eine oder andere *gewirkt* habe und wie es unser Mann „gemacht hat“.

Wo liegen die Chancen für eine Erneuerung des politischen Stils? Meiner Überzeugung nach in drei Punkten.

1. *Der Abbau des Freund-Feind-Schemas.*

Glaubwürdig wird der Politiker sein, der mit aller Kraftanstrengung und aller Konsequenz, aber ohne Aggression seine formulierten Ziele erreicht.

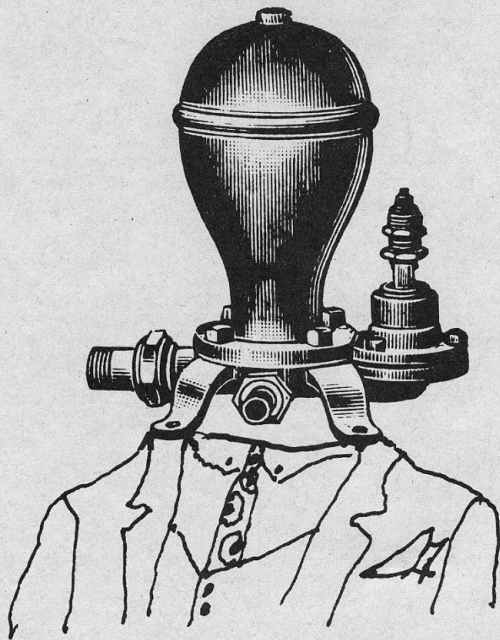
Denn: Nicht jeder, der sich um die Umwelt sorgt, ist gleich ein Arbeitsplatzvernichter. Und nicht jeder Betrieb, der industrielle Arbeitsplätze schafft, ist gleich ein Umweltvernichter. Oder: Die Friedensbewegung ist genauso wenig „ganz einfach“ moskagesteuert wie die Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses darauf aus sind, einen begrenzten Atomkrieg herbeizuführen oder zumindest in Kauf zu nehmen.

2. *Die Pflicht, sich mit dem Musischen im Menschen ernsthaft auseinanderzusetzen.*

Die Kunst und überhaupt das Musische bringt den Menschen zur Denkmkehr und zur Besinnung auf Werte. Jeder, der Verantwortung für andere trägt, jeder, der als Vorbild ernst genommen werden will, und jedenfalls Politiker tun gut daran, sich mit der Literatur, dem Theater, der Malerei und der Musik zu befassen. Natürlich ist es nicht jedem gegeben, kreative Tätigkeiten selbst auszuführen, aber jeder Verantwortungsträger sollte sich die Künstler anhören und sich ehrlich mit ihrer Sicht der Dinge auseinandersetzen. Denn sie haben „längere Antennen“ für das, was wir Zeitgeist nennen.

3. *Die Besinnung auf ethische Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Tapferkeit im Sinne von Zivilcourage.*

Eine Politik der geistigen Freiheit braucht in der Programmarbeit die ganze Breite von der Tagesrealität bis zur Utopie. Eine Politik der Zivilcourage braucht neben der Wahrhaftigkeit auch Fleiß, Konsequenz und Ausdauer. Eine Politik der Gerechtigkeit fordert menschliche Wärme und Entscheidungskraft, das Zuhörenkönnen und den Mut zur sozialen und kulturellen Tat. — Und weil Inhalt und Form erst gemeinsam ein gutes Ganzes sind, ist ein guter politischer Stil für unser demokratisches Zusammenleben einfach unverzichtbar.



SOZIALFORSCHUNG UND SOZIALE KONTROLLE

Die Methoden der empirischen Sozialwissenschaften — zu denen auch die Meinungsforschung zählt — zielen zumeist darauf ab, Informationen über die Meinungen größerer Gruppen bzw. auch über das Verhalten von Individuen in bestimmten Situationen und die Gründe dafür zu erhalten. Im Mittelpunkt des Interesses steht somit nicht, was Herr X oder Frau Y als Person denken oder tun, sondern beispielsweise

- wieviel Prozent der Österreicher (der Angestellten, der Studenten, der Frauen...) welche Ansichten zu einem bestimmten Problem haben und warum dies so ist;
- unter welchen Bedingungen sich Menschen in der einen oder anderen Weise verhalten und warum sie dies tun.

Gerade die Meinungsforschung dient dabei nicht nur der Prüfung sozialwissenschaftlicher Theorien — etwa über die Bestimmungsfaktoren des Wählerverhaltens oder den Nachweis eines vermuteten Wertwandels in der Gesellschaft — sondern auch praktischen Zielen. So kann man

- Meinungsprofile (und deren Veränderung) in der Gesamtbevölkerung wie in spezifischen Gruppen erheben;
- die Wirksamkeit politischer Kampagnen überprüfen;
- Schwachstellen in der politischen Argumentation einer Partei orten;
- Zielgruppen für bestimmte Themen und Maßnahmen definieren;
- Informationen über die Charakteristika „interessanter“ Gruppen gewinnen („Grüne“ sind vor allem jüngere Menschen mit höherem Bildungsgrad...).

Dementsprechend ergeben sich Manipulations- und Kontrollmöglichkeiten nicht so sehr in bezug auf einzelne Personen — obwohl dies in Verbindung mit anderen Daten theoretisch zwar möglich, praktisch aber sehr aufwendig und ineffizient wäre —, sondern eher im Hinblick auf die Beeinflussung von Menschen in ihrer Eigenschaft als Mitglied einer Gruppe (im Extremfall: der gesamten Bevölkerung) oder in speziellen Situationen. Dazu zwei Beispiele: Durch die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen wird versucht, die öffentliche Meinung bzw. das Verhalten bestimmter Gruppen zu beeinflussen: Durch den Hinweis, daß achtzig Prozent der Österreicher die Frage A für „wichtig“ halten, aber nur elf Prozent die Frage B, soll A

als „politisches Thema“ auf die Tagesordnung gesetzt werden, während B als „Anliegen einer verschwindenden Minderheit“ aus der öffentlichen Debatte ausgeschlossen wird. Noch problematischer wird diese Vorgangsweise, wenn der Verweis auf Mehrheiten in Umfrageergebnissen dazu dient, die Verantwortung für Entscheidungen abzuschieben. Etwa: Da wir aus Umfrageergebnissen wissen, daß die Mehrheit für ein Donaukraftwerk in Hainburg ist, bzw. lieber mehr Steuern zahlt als ihren Arbeitsplatz verliert, können wir ruhig das Kraftwerk in Betrieb nehmen, bzw. die Steuern erhöhen. Die politischen Entscheidungsträger versuchen so, die Verantwortung auf „die Befragten“ in deren Eigenschaft als Repräsentanten „des Volkes“ zu überwälzen, ohne dabei das politische Risiko einer verlorenen Volksabstimmung oder Wahl eingehen zu wollen.

In einem amerikanischen Experiment wurden Menschen dazu veranlaßt, Handlungen zu setzen, die sie unter anderen Umständen als *unmoralisch* oder *inhuman* abgelehnt hätten:

Hinter einer Glaswand befindet sich ein Mensch, der auf einem Stuhl festgebunden und scheinbar an einem Stromkreis angeschlossen ist. Den Versuchspersonen wird von einem Wissenschaftler mitgeteilt, daß sie Teilnehmer eines wissenschaftlichen Experiments seien. Zielsetzung des Experimentes sei es, das Ausmaß erträglicher Stromstöße festzustellen oder durch das Erteilen von Stromstößen die gefesselte Person zu bestimmten Verhaltensweisen zu veranlassen. Die Versuchspersonen werden aufgefordert, dem „Opfer“ Stromschläge verschiedener Stärke zu versetzen, dabei können die scheinbaren Reaktionen (Aufbäumen, simulierte Schreie) beobachtet werden.¹⁾ Der eigentliche Zweck des Experiments war dabei, festzustellen, „wie weit“ die Versuchspersonen bei diesem Pseudexperiment „gehen würden“, bzw. unter welchen Umständen sie den Anweisungen des Versuchsleiters bereitwilliger, nur in Grenzen, oder gar nicht folgen würden. — Im konkreten Fall sind die Ergebnisse — das Experiment hat in der Folge eine intensive Diskussion um die moralischen Fragen derartiger Versuche ausgelöst — „nur wissenschaftlich verwertet“ worden. Es ist jedoch einleuchtend, daß durch ähnliche Tests auch Aufschlüsse über das Verhalten und die Manipulierbar-

keit von Menschen in kleinen Gruppen und unter bestimmten Umständen gewonnen werden können.

Diese beiden Fälle sollen illustrieren, daß und wie Sozialwissenschaften für soziale Kontrolle eingesetzt werden können. Einschränkung ist allerdings festzuhalten, daß

- ein direkter und sicherer Schluß von geäußerten Meinungen auf (etwa: politische) Verhaltensweisen nicht möglich ist. So kann die Veröffentlichung einer Umfrage, derzufolge die Partei D „im Abwind“ ist, die Absetzbewegung verstärken, aber auch ihre Anhänger zu besonderer Aktivität „aufstacheln“ oder gar nichts bewirken;

- die Resultate von Kleingruppenexperimenten nicht auf größere Personengruppen ohne weiteres übertragbar sind. Zudem lassen sich „politische Rahmenbedingungen“ nicht einfach „herstellen“ wie eine experimentelle Versuchsanordnung.

Unzweifelbar ist aber auch, daß in der politischen Realität Versuche unternommen werden, durch Veröffentlichung von Umfrageergebnissen „Meinung zu machen“, und daß Experimente sehr wohl praktisch verwertet werden: von eher harmlosen Maßnahmen zur „Verbesserung des Betriebsklimas“ bis zur gezielten „Verbesserung von Verhörtechniken“.

Welche Möglichkeiten gibt es nun in einer Demokratie, dem Mißbrauch der Sozialwissenschaften bzw. ihrer Entwicklung in eine inhumane und undemokratische Richtung entgegenzuwirken?

1. *Öffentliche und offene Diskussion* sowohl in den Medien als auch in der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Die Präsentation von Umfrageergebnissen ist heute bereits zu einer „eigenständigen journalistischen Stilform“ geworden, ohne daß die Folgewirkungen entsprechend diskutiert würden. Kommt es zu kritischen Stellungnahmen, so beschränken sich diese eher auf Aspekte wie „manipulative Fragestellungen“, „fehlende Repräsentativität“ etc., ohne daß dabei bedacht wird, daß auch durchaus korrekte Ergebnisse inkorrekt verwendet werden können (Zeitpunkt der Veröffentlichung, Unterschlagen „unbequemer“ Daten). Kaum oder quasi „am Thema vorbei“ (Stichwort: „Soll man Politik aufgrund von Meinungsforschungsergebnissen machen?“)²⁾ werden Wirkung und Intention derartiger Informationen behandelt; dies umso mehr als sich inzwischen manche Zeitungen selbst der Meinungsforschung bedienen, um ihren Stellungnahmen ein vermeintlich demokratisches Mäntelchen umhängen zu können.

2. *Aufstellung von Verhaltensregeln* bezüglich der „Fairness“ der Datenveröffentlichung: etwa indem entweder die gesamten Ergebnisse, die

genaue Art der Fragestellung und die wissenschaftliche Aussagekraft der Daten präsentiert werden müssen, oder ansonsten die Veröffentlichung unterbleibt. Innerhalb der sozialwissenschaftlichen Gemeinschaft sollte die Diskussion über Regeln und moralische Standards für Experimente wieder aufgenommen werden.

3. Ausbildung und Vertiefung einer „sozialwissenschaftlichen Ethik“ unter den Wissenschaftlern selbst. Regelverstöße sollten zumindest durch „moralische Sanktionen“, unter Umständen auch durch andere Mittel (Verweigerung von Veröffentlichungen, Nichtanerkennung von „unrechtmäßig erlangten“ Ergebnissen) geahndet wer-

den. Dabei ist freilich darauf zu achten, daß unter dem Deckmantel moralischer Wertungen nicht rein politische Verdikte gefällt werden.

4. Gesetzliche Schutzbestimmungen (Datenschutz)

5. Mitsprache- und Informationsrechte

6. Entwicklung und Verbreitung billiger und einfacher sozialwissenschaftlicher Techniken, so daß auch kleine und relativ mittellose Gruppen Zugriff auf dieses Instrumentarium erhalten.

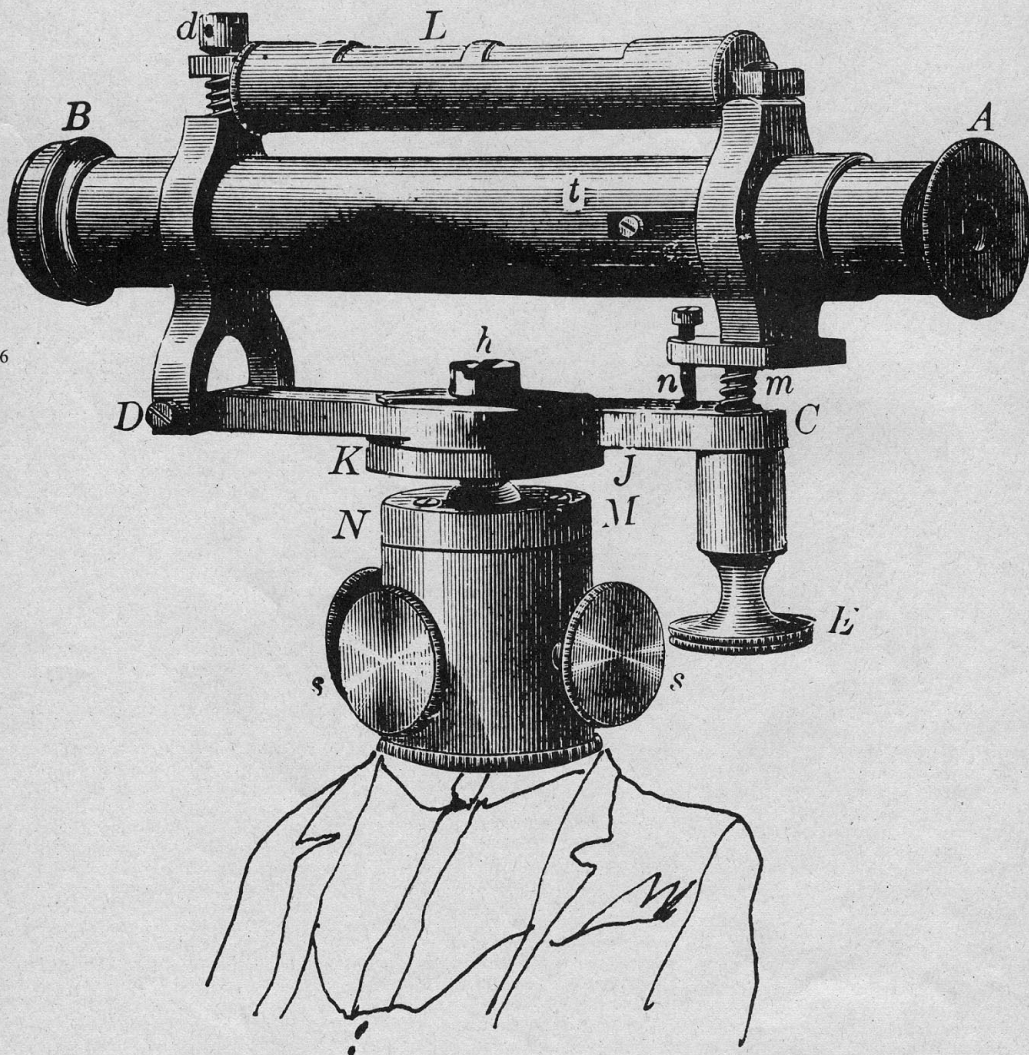
7. Last not least die allgemeine Stärkung von Zivilcourage und individueller Verantwortung wie (notfalls) Widerstandsbereitschaft. Dieser Punkt geht natürlich weit über den sozialwissenschaftlichen, medialen und politi-

schen Bereich hinaus, ohne daß damit einem bequemen Ausreden auf „die Gesellschaft als solche“ das Wort geredet werden soll.

Anmerkungen

1) In Wirklichkeit wurden natürlich keine Stromstöße ausgeteilt, die scheinbaren „Opfer“ simulierten nur die Schmerzen.

2) Man soll nicht, Meinungsforschung ist ein Hilfsmittel und kein Entscheidungsträger. Tatsächlich wird diese Gefahr aber eher überschätzt, politischer Opportunismus kann durch Umfrageergebnisse bestenfalls unterstützt, sicherlich nicht begründet werden. In der Praxis wird die Meinungsforschung auch kaum zur Entscheidungsfindung ge- und mißbraucht. Siehe dazu auch Peter A. Ulram, Politikwissenschaft und Meinungsforschung in Österreich, in: A. Kohl/A. Stirnemann (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik '78, Wien-München 1979 (Verlag für Geschichte und Politik)



ZWEDENKEN IM KLASSENZIMMER

Orwell gibt in seinem Roman nur wenig Hinweise auf die Schule: Kinder spionieren ihre Eltern aus und berichten dann den Lehrern über die Verfehlungen. Die Schreckensvision einer von totalitären Tendenzen durchdrungenen Institution verblaßt angesichts des herrschenden biedererzählenden Pragmatismus unserer Schulen und Schulverwaltung. Zweifelloso gibt es Friktionen und unzumutbare und unsinnige Verordnungen seitens der Schulverwaltung. Ein Beispiel: ein Lehrer muß, da er zwei Stunden „zuviel“ hat, eine Klasse in der Dritten abgeben, obwohl er weiß, daß er sie in der Vierten wieder bekommt, da er ein Jahr später wieder Stunden braucht, um seine Verpflichtung zu erfüllen. Alle Betroffenen: Schüler, Lehrer, Eltern, Direktion sehen den Unsinn. Die Unterwerfung unter das Diktat der Zahl wird jedoch vollzogen. Der Vorrang des Meß- und Zählbaren vor dem Unwägbaren, dem Pädagogischen, hat eine lange Tradition an österreichischen Schulen. Trotz alledem: Für mich ist das Totalitäre an der „Außen-seite“ der Schule, an der Oberfläche nicht in Sicht. Das Schulunterrichtsgesetz 1974 hat ganz im Gegenteil dazu beigetragen, die Schule freundlicher zu machen und auch den Schülern und Eltern mehr Mitbestimmung und Rechte einzuräumen.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, ob die Schule in ihrer „Innenwelt“, also unter der Oberfläche totalitäre Tendenzen begünstigt oder — was wir uns alle wünschen — den jungen Menschen dagegen sogar immun macht?

Die Suche nach dem mündigen Menschen, der sich totalitären Tendenzen beherzt entgegenstellt, ist so neu nicht. In den 60er Jahren hat sich vor allem der Philosoph Th. W. Adorno die Frage gestellt, welchen Beitrag Erziehung leisten könnte, eine Wiederkehr des Grauens des nationalsozialistischen Regimes zu verhindern. In seinen Essays „Erziehung nach Auschwitz“ und „Erziehung zur Mündigkeit“ spricht Adorno davon, daß jene Menschen, die Verbrechen verüben, besonders „kalt“ gewesen seien. In seinen Studien, die ein Bild der autoritären Persönlichkeit zeichnen, werden vor allem die Emotionslosigkeit dieser Personen und ihr verdinglichtes Bewußtsein erwähnt, das sich darin äußert, daß sie sich selbst und andere den Dingen gleichmachen wollen. Damit verbunden ist die Vorliebe für Effizienz und eine Fetischisierung der Technik.

Auch im Salzburger Programm der Volkspartei von 1972 ist die Rede vom mündigen Menschen, der durch Bildung zur Selbstbestimmung gelangt.

„Ziel der Bildung ist der mündige Mensch, der Entscheidungen verantwortungsvoll zu treffen vermag. Permanente Bildung hilft dem Menschen, sein Leben in Beruf und Freizeit zu bewältigen und an den Prozessen einer demokratischen Gesellschaft mitzuwirken. Bildung muß schöpferische Phantasie und kritisches Urteils anregen, zu selbständigem Denken und Handeln befähigen und den Willen zur Gemeinschaft fördern. Bildung soll dem Menschen helfen, nach einem begründeten Weltbild und Wertesystem zu leben.“ (S. 16)

Zu den Begriffen der Mündigkeit und Selbstbestimmung

haben sich in den 80er Jahren weitere hinzugesellt, die in den Lehrplänen und Grundsatzzpapieren auftauchen. Da ist die Rede vom „sozialen Lernen“, vom „affektiven Lernen“, vom Umweltschutzgedanken und von der Erziehung zum Frieden.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Was passiert im Schulalltag mit diesen Begriffen, nachdem sich die Tür zum Klassenzimmer geschlossen hat? Ändern sich Haltungen, Wertvorstellungen und Bewußtseinsinhalte der Schüler?

Drei Beispiele:

1. Sehen wir uns die Frage nach der Selbstbestimmung näher an. Was kann der Schulpflichtige in Hinblick auf Schule selbst bestimmen? Weder die Schule, noch den Lehrer, die Schulfächer, das Lehrmaterial, die Methoden und Überprüfungsformen. Ich kann nun argumentieren, daß dem Zehnjährigen die Reife fehlt, daß ihn Hinführen zur Selbstbestimmung allmählich zu erfolgen habe. Wo sind aber dann die offenen Stellen in der Schullaufbahn, wo sich dieses Ziel wenigstens ansatzweise realisieren ließe? Vom 14- bzw. 15-jährigen wird nicht Selbstbestimmung verlangt, sondern seine Eignung für den Beruf, die weiterführende Schule oder die Oberstufe.

2. Affektives Lernen. Ziel wäre, daß Kinder und Jugendliche lernen, die emotionale Seite ihrer Persönlichkeit besser zu verstehen, Ichstärke zu erwerben und ihre soziale Kompetenz im Umgang mit anderen zu stärken. Der Ansatz ist ein gruppendynamischer, der letztlich fordert, daß die Beziehungsebene — das, was sich an Interaktionen zwischen den Kindern und zwischen den Kindern und dem Lehrer abspielt — genauso wichtig genommen wird wie der inhaltliche Aspekt: die Vermittlung der Fertigkeiten und des Wissens. Obwohl den „Eingeweihten“, den Gruppendynamikern unter den Lehrern, Techniken und Materialien vorliegen, berichten auch engagierte Lehrer von nur sehr bescheidenen Erfolgen. Das Scheitern ist systembedingt. Ich kann innerhalb von 50 Minuten nur sehr schwer zwischenmenschliche Probleme tiefgründig behandeln. Ich kann auch die fünf Schüler aus einer Gruppe von 35 nicht weg-schicken, die keinerlei Interesse zeigen und stören. In dem Augenblick, wo ich auf das engagierte Interesse der Schüler, ihre Selbstdisziplin, das Offensein und Aufeinander-Eingehen angewiesen bin, entfällt jeglicher Leistungsdruck, und mit diesem für sie spürbaren Vakuum kommen einige Schüler nicht zu Rande. Die Probleme, die hät-

ten gelöst werden sollen, verblasen vor dem Hier und Jetzt der Ruhelosigkeit weniger.

3. Ich bin überzeugt, daß die Vokabel Umweltschutz Einzug halten wird in unsere neuen Lehrpläne. Wenn es uns mit dem Umweltschutz ernst ist, dann muß dem Wissen auch ein Tun folgen. Ich vermute jedoch, daß es zu einem Tun, einem Projekt, das Veränderung der nächsten Umgebung bringt, nicht kommen wird. Von Projekten wird zwar viel gesprochen, sie finden in aller Regel jedoch erst in der Woche vor dem Zeugnis statt. Projekte, die verändern, bringen Konflikte mit sich, die weder die Schulverwaltung noch die Direktionen noch die meisten Lehrer wollen. Ist es nicht bezeichnend, daß sich der Trend zum gesünderen Essen ausschließlich im Bereich des Privaten vollzogen hat? Die Schulkantinen verkaufen nach wie vor Nahrungsmittel, die das Prädikat „gesund“ nicht verdienen.

Ich fasse zusammen: Die von der Gesellschaft anerkannten Ziele wie Selbstbestimmung, Toleranz, Mündigkeit etc. finden und finden zwar Eingang in Zielbestimmungen, die für die Schule verbindlich sind, hinsichtlich ihrer Verwirklichung jedoch sind gravierende Zweifel angebracht.

In dieser Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit sehe ich Anzeichen in Richtung auf das, was Orwell als „doublethink“ bezeichnet hat. Die Diskrepanz zwischen Wörtern und Taten macht unser Erziehungssystem brüchig, da die Betroffenen lernen, daß die Inhalte der Wertbegriffe nirgends eingelöst werden.

Es geht hier nicht um die wohlbekannte Lehrerschelte. Ich glaube, daß Lehrer nicht kompetent sind, die Aufgaben von Eltern, Sozialarbeitern und Therapeuten zu übernehmen. Daß sie es gerne tun würden, ist verständlich, da es ihr Prestige beträchtlich erhöhen würde. Daß viele von ihnen spüren, daß es notwendig wäre, Zusatzfunktionen zu übernehmen, hängt damit zusammen, daß viele Familien Kindern den nötigen Halt nicht mehr geben.

Ich möchte meine Hypothese vom Auseinanderklaffen von Bildungswerten und ihrer Verwirklichung durch eine empirische Untersuchung ergänzen. Gehmacher schreibt (1979) über die Diskrepanz in der Auffassung von Erziehungszielen: „Übereinstimmung zwischen Schülern und Lehrern besteht nur in der Erfahrung, wie wichtig Ordnung, gutes Benehmen und Fleiß als schulische Erziehungsziele genommen werden. ... Die Lehrer sehen aber darin nur eine und durchaus nicht die wichtigsten ihrer Verpflichtungen. Sie haben vielmehr die hohen Ideale einer Erziehung zum selbständigen und kritischen Denken vor Augen, und erst nachrangig auch noch die Vermittlung einer umfassenden Bildung... Die Schüler

hingegen glauben, daß der Schule nur Disziplin und bestenfalls noch Bildung wichtig seien — daß man sich um ihre Erziehung zum kritischen Denken bemüht, ringt ihnen nur ein Lächeln ab. Die Eltern haben wiederum ein völlig anderes Bild von den Erziehungszielen der Schule. Die Bildung der Persönlichkeit, also Selbständigkeit und kritisches Denken, stehen für sie weitgehend im Hintergrund. Sie sehen die Schule noch immer vorwiegend als Zuweisungsstelle von Berufsrollen und Lebenschancen." (S 15ff.)

Die Frage, die wir uns nun zu stellen haben, ist: In welche Richtung bewegt sich unser Bildungssystem dort, wo es zählt, im Klassenzimmer? Und dann: Macht das Lernen, das wirklich stattfindet, unsere Kinder zu selbstbestimmten, mündigen Menschen oder begünstigt es totalitäre Tendenzen? Ich möchte die Antwort auf die zweite Frage vorwegnehmen. Ich halte es mit der Meinung der Schüler, daß es primär um Disziplin und Vermittlung von Fertigkeiten und Kenntnissen geht. Ob das Lernen, das ich heute in der Schule diagnostiziere, totalitäre Tendenzen begünstigt, weiß ich nicht. Mich macht sie frösteln, diese Kälte, verursacht durch die fortschreitende Verrechtlichung der Schule, immer komplexer werdende Beurteilungssysteme, Leistungsgruppen, Unüberschaubarkeit großer Schulen, Instabilität von Gruppenbeziehungen.

Meine These ist, daß wir uns in Richtung auf ein System bewegen, das dem japanischen ähnlich ist. Wir sind zwar noch weit entfernt vom enormen Druck der nationalen Prüfungen, von den „Jukus“, den weit verbreiteten Nachhilfschulen, der speziellen Betonung des Memorierens im Gegensatz zum analytischen Denken, aber die Tendenz weist eindeutig darauf hin, daß immer mehr akademisches Wissen in mehr oder weniger unveränderter Form in Schüler hineingedrückt wird. Beispielsweise wird in Geographiebüchern für Zehnjährige dichteste Information vermittelt. Der Schüler findet nicht nur Fakten über die Landschaftstypen, sondern auch über den Fremdenverkehr, die Wirtschaft, den Aufbau der Alpen etc.

Und in einem Mathematikbuch für Zehnjährige finden sich folgende Sätze, die als Erklärung gedacht sind: „Ist eine Grundmenge in n Teilmengen eingeteilt, daß jedes Element der Grundmenge zu einer und nur zu einer der Teilmengen gehört, so sagt man: Die Grundmenge ist in Klassen eingeteilt. Dabei darf keine Teilmenge die leere Menge sein". (S. 21)

Oder: „Sätze mit Platzhaltern heißen Aussageformen, wenn beim Einsetzen für die Platzhalter Aussagen entstehen". (S. 45)

Westermann 5 (1976)

Die zu vermittelnde Stofffülle hat beträchtlich zugenommen. Ohne daß an der Stundenzahl wesentliche Veränderungen vorgenommen worden wären, werden heute die Schüler in Geographie und Wirtschaftskunde, Biologie und Umweltkunde unterrichtet. In Musik und den Realienfächern werden schriftliche Tests verlangt, die vor zwanzig Jahren nicht existierten. Ein Schüler, der vor zwanzig Jahren in Englisch maturierte, mußte meist nur einen Text übersetzen. Heute muß er Texte nicht nur lesend verstehen, sondern auch hörend und er soll sich mündlich und schriftlich angemessen ausdrücken können. Alles deutet dar-

auf hin, daß heute viel mehr Stoff mit effizienteren didaktischen Methoden vermittelt wird. Damit möchte ich weder sagen, daß vor zwanzig Jahren die Schulwelt noch in Ordnung war, noch daß es unwichtig ist, Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln. Kein Lehrer will zur Übersetzung im Fremdsprachenunterricht zurück. Die Frage ist nur, was geschieht, wenn das Stoffliche übermächtig wird, wenn die Didaktik zur Kunst der Lernbeschleunigung (Rumpf) degeneriert. Wenn — so Rumpf — Unterricht „die Inhalte so modelliert, daß die Menschen in ihnen vorwiegend als Träger formaler kognitiver Operationen angefordert werden." (Rumpf, S. 141)

Die Trends sind absehbar:

1. Riesige Stoffmengen leisten der Tendenz Vorschub, Unterricht nach Möglichkeit in kleine Einheiten (Lernziele) zu zerlegen, die vermittelt und an denen Schüler gemessen werden. Verloren geht das Ganzheitliche, der Überblick, die Synthese. Solch ein Unterricht wird als ein dem Ich fremdes System erfahren.

2. Das Lernen von Unverständlichem wird stärker. Dabei lernt der Schüler im Sinne des „heimlichen" Lernplanes, daß es zum Lernen gehört, Unverstandenes wiederzukaufen.

3. Die Stofffülle begünstigt die Tendenz der genormten, undifferenzierten Information, die für das Fernsehen kennzeichnend ist. Für abweichende Meinungen bleibt keine Zeit, Denken wird zum Vordenken ohne Alternativen.

4. Rumpf spricht davon, daß die Lernbeschleunigung, die Betonung des Operierens in formalen kognitiven Bereichen zu einer „Entwirklichung, Entkörperung, Enteignung des Lernens" führt. Welcher Lehrer hat nicht die Erfahrung gemacht, daß er auch nach einer methodischen durchaus gelungenen Stunde gespürt hat, daß das, was er da unterrichtet hat, mit den Kindern nichts mehr zu tun hat. Es ist ihnen fremd, obwohl sie es richtig aufsagen oder Beispiele lösen können.

„Man kann etwas beherrschen, ohne je in ihm präsent geworden zu sein. Man kann etwas lernen, studieren, abgeprüft bekommen — ohne es im Ernst zu kennen, ohne wirklich von ihm berührt worden zu sein. Man kann souverän über Erkenntnisse verfügen, sie anwenden, vielleicht auch weiterführen — und Unversehens merken, daß sie einem gleichgültig sind; daß man persönlich keinerlei Haftung für ihre Triftigkeit oder Bedeutung einzugehen bereit oder imstande wäre. Sie sind einem egal. Andere, ferne Instanzen und Autoritäten sind verantwortlich." (Rumpf, S. 173)

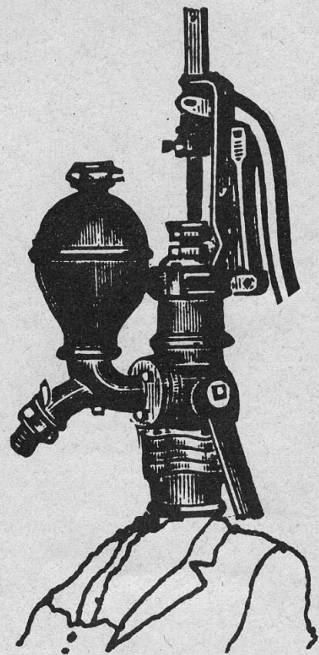
Ich kann mir vorstellen, den Ersten Weltkrieg in der Oberstufe in drei Stunden zu „erarbeiten" und freudig darauf zu reagieren, wenn die Schüler auf die Frage nach den Gründen mit dem Stichwort „das Nationale" reagieren. Das ist effizient und ich kann guten Gewissens den Stoff abhaken. Lese ich anstelle dessen den „Untertan" von Heinrich Mann, dann kann sich das ereignen, was Rumpf mit „berührt" meint. Dafür benötige ich je-

doch viel Zeit und was bleibt zu überprüfen?

Zurück zum Beginn: Glauben wir an das Individuum, den mündigen Menschen und sind wir davon überzeugt, daß der Schule auch der Auftrag zukommt, diese Mündigkeit zu entwickeln, dann müssen Bildungsziele zu Wirklichkeiten im Klassenzimmer werden. Dazu ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens notwendig. Dieser Weg ist weit. Und derzeit fährt der Zug in eine andere Richtung.

Literatur:

Adorno, Th. W. 1970: Erziehung zur Mündigkeit, Suhrkamp, Frankfurt/M.
Gehmacher E. 1979: Die Schule im Spannungsfeld von Schülern, Eltern und Lehrern, Ihes-Studie im Auftrag des BMFK, Wien
Rumpf, H. 1981: Die übergangene Sinnlichkeit, Juventa, München,
Salzburger Programm der ÖVP, 1972



UTOPIE UND ANTI-UTOPIE IN ROMANEN DER WELTLITERATUR

Wandel und Auffassungen von der Antike bis zur Gegenwart

Ein Beitrag in geraffter Form über den „Utopischen Roman“ schreiben zu müssen, grenzt an ein beinahe undurchführbares Unterfangen. Die Definition von Utopie, Weltliteratur, Typologisierung, Struktur, Erzählform und Romantheorie auf engstem Raum abzuhandeln erscheint in einem Bestreben nach Vollständigkeit unmöglich. Bereits der Utopiebegriff selbst stellt ein weites Feld dar — und nicht minder der des „Romans“. Der Verfasser beschränkt sich im folgenden auf eine Definition von „Utopie“ unter spezieller Berücksichtigung der Sekundärliteratur, auf eine (notwendige) Auswahl der bedeutendsten Werke, berücksichtigt vor allem die utopischen Romane des deutschen Sprachraums bis hin zum Gegenwartsschaffen und versucht formale Kriterien aufzustellen.

Der Utopiebegriff

Unsere Vorstellungen von Utopie sind vielerlei Natur, individuell, der Phantasie des einzelnen vorbehalten; Allgemeingültiges zu prägen erscheint schwer. Dennoch ist dem Sachwörterbuch der Literatur zu entnehmen: „Utopie (griech. *u* = nicht, *topos* = Ort: „Nirgendheim“), nach dem Titel von Th. Morus' Staatsroman *Utopia* (1516) gebildete Bz. für e. nur in gedanklicher Konstruktion erreichbaren, praktisch nicht zu verwirklichenden Idealzustand von Staat und Gesellschaft usw. Ihre Grundform bleibt... der „Staatsroman.“¹⁾ Arthur O. Lewis definiert diese Literatur als erzählende Prosawerke, die das Bild einer idealen Gesellschaft enthielten.²⁾ Vergleicht man diese Aussage mit dem zur Zeit wohl populärsten Werk, mit Orwells *1984*, ist der Begriff „Staatsroman“ nicht zu streichen, die Idealisierung einer Gesellschaft jedoch von der Perspektive abhängig. Der Leser sieht allzubald die heile Welt davon schwimmen, der von Orwell beschriebene Parteiapparat sieht sich beständig mit Kollaborateuren und Saboteuren konfrontiert, der zu idealisierender Mensch ist nur scheinbar mit seinem Los zufrieden. Utopien sind jeweils aus der Sicht der Epoche ihrer Niederschrift zu betrachten; dement-

sprechend können Schriften der Antike ebenfalls als utopisch angesehen werden. Rita Falke zeigt anhand von Beispielen den Bedeutungswandel des Wortes „Utopie“ vom ursprünglichen „Nichtort“ über „bester Staat“ bis hin zum „Hirngespinnst“ (nach der 13. Aufl. des Duden, 1947).³⁾ Der Duden 1975 beschreibt hier nüchterner: „ein als unausführbar geltender Plan ohne reale Grundlage“. Bei Martin Buber entpuppt sich der Begriff als „Schau des Rechten in der Idee“, die „sich in dem Bild eines vollkommenen Raums“ vollende. Der Gedanke der Utopie sei durch die Entwicklung der Naturwissenschaft gestärkt worden, beschränke sich jedoch immer mehr auf den technischen Bereich.⁴⁾

Utopie und ihre Ausprägung im Schrifttum

Utopie ist, wie schon angedeutet, nicht isoliert zu betrachten, sie will weltanschaulich begründet, den geistesgeschichtlichen Strömungen ihrer Epoche verhaftet sein und neigt häufig zur bitter ironischen Satire durch Übertreibung. „Gerade die Utopie aber steht — ebenso wie die Satire — in einem ganz intensiven Spannungsverhältnis zur Realität des jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Lebens, ja sie erwächst überhaupt nur aus dem kritischen Verhältnis zur Gegenwart, aus einer intensiven, sehr oft schmerzlichen Beziehung zu ihr.“⁶⁾

Utopien lassen sich bis in die Antike zurückverfolgen; als Beispiel sei Platons *Politeia* genannt. Das Entstehen utopischer Literatur erklärt Lewis Mumford als Reaktion auf die Krise innerhalb der griechischen Polis und gelangt zu einer scharfen Kritik an den Gedankengängen des Philosophen.⁷⁾ Dieser habe seine Utopie an überholten primitiven Vorbildern orientiert. Bernhard Kytzler wiederum zeigt Parallelen zwischen antiken Theorien von Utopie mit utopischen Werken späterer Jahrhunderte auf: Die Ungleichheit der Individuen sei der Generalnenner für das utopische Denken in der Antike, die abendländische Nachfolge beginne erst in der Renaissance, etwa bei Machiavellis *Il Principe* und Thomas Morus'

Utopia, dem oft zitierten Ausgangspunkt aller utopischen Romane der Neuzeit.⁸⁾ Letzterer charakterisiert Robert C. Elliott als „varierte Prosafassung der Versatire“, wie sie uns aus der Antike bekannt sei.⁹⁾

Mit Utopien beschäftigen sich weiters Brian Vickers, der Morus' Werk mit Swifts „Gullivers Reisen“ vergleicht und auffällige Parallelen festgestellt haben will, sowie Robert P. Adams, der Vergleiche mit Francis Bacons *Nova Atlantis* zieht und mit ihrer Hilfe die Frage der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft erörtert.¹⁰⁾ Wie können Moral und Politik in einem Staatsroman zusammenwirken, oder sollten sie es? — Mores *Utopia* versuche eine Antwort zu finden.

Im absolutistischen 18. Jahrhundert finden sich Staats- und Fürstenspiegel in Form des Schlüsselromans, wobei besonders Albrecht Haller versucht, die idealen Staatsformen an historischen Beispielen zu erläutern.¹¹⁾ Wielands *Goldener Spiegel* steht dann ganz im Dienste des aufgeklärten Absolutismus.

Neue Utopien entstehen unter dem Einfluß Rousseaus, etwa in den Werken Heines, Cabets oder Fouriers. Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts wird durch eine utopienfeindliche Haltung geprägt — nicht zu verwechseln mit dem „Anti-Utopie“-Begriff des 20. Jahrhunderts —, die nach den Ansichten von Raymond Ruyer ihren Ursprung in der herrschenden Geistesströmung findet, die gemeinsam mit der Welle von Geschichtsphilosophien dem utopischen Denken abträglich gewirkt habe.¹²⁾ Als Urheber der neuen sozialistischen Ideen, die nun als Träger utopischen Denkens auftreten, nennt Ruyer Saint-Simon, Robert Owen und Charles Fourier.

Als Vorbild für die großen utopischen Romane eines Samjatin, Orwell oder Huxley dient im 20. Jahrhundert H. G. Wells *A modern Utopia* (1905), ein Roman, in dem vehement die Freiheit vom Zwang vertreten wird. In der Zeit nach dem 1. Weltkrieg entsteht eine Fülle von Staatsromanen, geprägt von tiefer Skepsis und von Zweifel an der Realisierbarkeit einer annehmbaren menschlichen Gesellschaftsordnung. Die Frage nach der künftigen Entwicklung bleibt zumeist unbeantwortet, Zerrbilder in der sogenannten „Anti-Utopie“ hervorruhend. So verneint J. C. Garrett eine deutliche Abneigung des Lesers gegen Utopien zu erkennen, für die sich der Mensch des 20. Jahrhunderts in ihrer „entarteten“ Form nur schwer begeistern könne.¹³⁾ Auf Brods satirische kommunistische Utopie *Das Große Wagnis* (1919) folgen Sternheims *Europa* (1920), Hauptmanns *Insel der großen Mutter* (1924), Wredes *Politeia*, Huxleys *Brave New World* (1932), Orwells *1984* (1949).

Den Romanen des deutschsprachigen Raumes bleibt ein eigenes Kapitel vorbehalten.

Die großen Anti-Utopien: „Wir“, „Schöne neue Welt“, „1984“.

Irving Howe definiert diese als Romane, die nahezu alle Vorteile erzählender Dichtung entbehren: sie könnten kaum den Anspruch erheben, übermäßig viel Spannung zu erzeugen, müßten sich auf eine rudimentäre Charakterzeichnung beschränken, vermöchten im Psychologischen nur wenig zu nuancieren, erzielten jedoch ihre Wirkung mit formalen Mitteln.¹⁴⁾ Voraussetzung sei eine Ernüchterung der Geschichte gegenüber und die Vision einer Welt, in der „nur das Notwendige notwendig ist.“¹⁵⁾ Durch die Erhebung des Rationalen zu einer irrationalen Macht entstehe eine Welt, in der die Technik sich mit ungeheurer Fruchtbarkeit fortpflanze, während die Werte verkümmerten.

Jewgenij J. Samjatsins *Wir* ist nach eingehender Beschäftigung mit den Utopien Wells entstanden und schildert die Erde gegen Ende des 3. Jahrtausends; eine Vision eines totalitären Einheitsstaates, in dem Individualismus durch eine kollektive Vernunft und durch eine maximale Normierung des menschlichen Tagesablaufes ersetzt wird. „Ist die Freiheit des Menschen gleich Null, so begehrt er keine Verbrechen. Das einzige Mittel, den Menschen vor dem Verbrechen zu bewahren, ist, ihn vor der Freiheit zu bewahren.“¹⁶⁾ Christopher Collins stellt eine enge Verwandtschaft von *Wir* mit den utopischen Staaten von Wells und Plato fest. *Wir* sei der erste utopische Roman mit einem in sich gespaltenen Protagonisten, im Gegensatz zu anderen Romanen spiele sich der Kampf Utopier – Rebell im Inneren des einzelnen ab.¹⁷⁾ Erscheint Samjatsins Roman als Fiktion des Endstadiums eines Terrors, so ist Huxleys *Brave New World* auf die kapitalistische Massengesellschaft gemünzt. Der Mathematismus Samjatsins wird durch den Biologismus ersetzt. Handlungsstränge jedoch decken sich bis in Einzelheiten mit dem russischen Roman. Aufgrund einer total materialistischen Einstellung und nahezu perfekter Kenntnisse von Wissenschaft und Technik ist es gelungen, eine stabile utopische Welt zu errichten. Menschliche Wesen werden entsprechend ihrer späteren Verwendung vorprogrammiert und in Teströhren entwickelt. Es gibt weder Liebe noch Mut, weder künstlerische Kraft noch schöpferische Gedanken. Glück und Zufriedenheit sind nur im erbärmlichsten materialistischen Sinn gesichert. Theodor W. Adorno beschäftigt sich mit Huxleys Roman, wobei er jedoch des-

sen Erkenntnis, die unausweichliche Entwicklung zum modernen Schreckensstaat, als totalitär und reaktionär ablehnt.¹⁸⁾ 1958 veröffentlicht Huxley eine Fortsetzung seines Romans unter dem Titel „Brave New World Revisited“, in der er in essayistischer Form feststellt, daß sich viele Entwicklungen rascher als erwartet vollzogen hätten.

Orwells *1984*, auf einer Insel der Hebriden 1947 von einem schwer von Krankheit gezeichneten und knapp vor seinem Tode stehenden Autor geschrieben, vermittelt die Gefahr, die von einer bis ins letzte kontrollierten Gesellschaft ausgeht. Die Welt ist in drei Supermächte aufgespalten, deren permanent gegeneinander geführte Scheinkriege als Alibi für Gewaltmaßnahmen im eigenen Bereich dienen. Ziel ist die totale Vernichtung des individuellen Bewußtseins; Recht, Freiheit, Wahrheit, menschliche Empfindungen, Träume, Ideale werden in ihr Gegenteil verkehrt: „Krieg bedeutet Frieden. Freiheit ist Sklaverei. Unwissenheit ist Stärke“ lauten dementsprechend die Leitsätze der Partei.¹⁹⁾ Der Gleichsetzung von Wahrheit und Lüge dient die sogenannte Neusprache, die jede Art anderen Denkens ausschalten soll. Orwell scheint überzeugt, daß sich die Machtstruktur einer Gesellschaft selbst durch Revolution nicht grundlegend verändern kann und daß die Zerstörung des Menschen durch eine perfektionierte Staatsmaschinerie unaufhaltsam ist.

Der deutsche utopische Roman im 20. Jahrhundert

Auffallend ist, daß im deutschen Sprachraum die Utopien George Orwells oder Aldous Huxleys bekannter sind als die eigenständige Literatur. Letztere übt im Gegensatz zu früheren Jahrhunderten Kritik an der Fortschrittsgläubigkeit und entfernt sich immer weiter von einem Entwurf eines idealen Staats- und Gemeinschaftsgebildes.²⁰⁾ Die Schilderungen eines Paradieses auf Erden sind selten geworden. Die traditionelle Verknüpfung von Staatsroman und Utopie schwindet. Alfred Döblins Roman *Berge, Meere und Giganten* (1924) verkörpert eine der ersten bedeutenden, episch gestalteten naturwissenschaftlich-technischen Utopien unseres Jahrhunderts. Künstliche Lebensmittelsynthese sichert das Überleben; da der Menschenüberschuß aber nicht zu stoppen ist, sollen neue Kontinente aus dem Meer gegraben und Grönland entsteht werden. Das entworfene Bild einer Industrie-gesellschaft, die Züchtung des Menschengeschlechtes, der Eingriff in das Naturgesetz sind in der stilistischen Ausformung durch einen gigantischen Manierismus geprägt. Die pathetisch

wuchernde Sprache versucht bewußt die Normen der Syntax zu sprengen und will neue Bereiche des Lebens erschließen.

1943 erscheint *Das Glasperlenspiel* von Hermann Hesse. In einem Brief an Rudolf Pannwitz begründet Hesse unter Hinweis auf die furchtbaren Erfahrungen der Hitler-Zeit die Entstehung seines Romans: „Ich mußte... das Reich des Geistes und der Seele als existent und unüberwindlich sichtbar machen, so wurde meine Dichtung zur Utopie, das Bild wurde in die Zukunft projiziert, die üble Gegenwart in eine überstandene Vergangenheit gebannt.“²¹⁾ *Das Glasperlenspiel* bedeutet die Vereinigung aller geistigen Möglichkeiten des Menschen. Ein fingierter Herausgeber teilt dem Leser die Biographie des Magister Ludi Josef Knecht mit, der aus der von der übrigen Welt sich absondernden Gemeinschaft der Glasperlenspieler ausbricht – und umkommt.

Die Fluchtlinien einer sich immer mehr vergeitenden Menschheit zeigt aus anderer Sicht Franz Werfel in seinem 1946 erschienenen Roman *Stern der Ungeborenen*. Ebenso wie Döblin und Hesse unterstreicht Werfel, daß die literarische Utopie in der Gegenwart des Autors heimhaft angelegt oder mehr oder weniger bereits entfaltet sei. Die Projektion des Geschehens in die Zukunft sei nach Hesse nur ein „Behelf“. Werfel erzählt in diesem Roman in der Ich-Form, was ihm während eines dreitägigen Besuchs bei Menschen in einer zukünftigen Epoche begegnet: Der Mensch hat sich geistig und psychisch zu einem mentalen Zustand entwickelt, er gerät in eine Umgebung, in der er sich nicht mehr zurecht findet. Der Tod ist ein kontrollierter Prozeß, eine großangelegte Euthanasie der Sterbewilligen. Der Mensch lebt in einem posttechnischen Zeitalter, die Idealisierung der Technik ist im *Stern der Ungeborenen* wie auch in Ernst Jüngers *Heliopolis* längst vorüber.

Jüngers Utopie vom Leben in der Zeit nach den letzten „Feuerschlägen“ bietet weniger Programm und mehr Diagnose. Deutlich sind Motive aus den frühen Schriften des Autors zu spüren, so aus den „Marmorklippen“, wenn gleich auch wieder Gegensätze auftreten: hier wie dort jedoch das Bild vom mißbrauchten Menschen, der nur als Instrument dient und als Objekt unmenschlicher Leidenschaften der Zerstörung seines Lebens entgegensieht. Hans Erich Nossacks *Nach dem letzten Aufstand* und Heinz Risses *Wenn die Erde bebt* (1950) sind ort- und zeitlose Visionen von einer entscheidenden Wende; dahinter verbirgt sich der Ausblick auf eine Zeit, die in der Gegenwart des Autors, in einer gedachten Zukunft, wie auch als eine mehrfach sich wiederholende Epoche denkbar ist.²²⁾ Gerhart Hauptmanns *Die Insel*

der großen Mutter nimmt die seit Thomas Morus in der utopischen Literatur bestehende Tradition der insularen Utopie auf; anhand eines Frauenstaates und dessen Bedrohung durch das sogenannte starke Geschlecht werden matriachalische und patriarchalische Lebensformen erörtert. Arno Schmidts *Gelehrtenrepublik* (1957) letztendlich trägt satirische Züge. Der Roman titel, in Anlehnung an Klopstocks Werk geprägt, verheißt schließlich teils technische Utopien, teils Variationen literarhistorischer und geistesgeschichtlicher Motive und Gestalten. Der „Produktivität“ des menschlichen Gehirns entspringt auch das Verlangen nach dessen Austausch, um Geisteskräfte konservieren oder Denkkraft und Empfindungsfähigkeit — welche Ironie — steigern zu können.

Romane der Gegenwart im deutschsprachigen Raum

Eine derartige Breitenwirkung wie z.B. Orwells 1984 können schon wegen ihrer kurzen Rezeptionsmöglichkeit und der größtenteils noch fehlenden Übersetzungen die hier angeführten Romane nicht erzielen. Beachtung fanden jedoch vor allem bereits die Werke der Bundesdeutschen Günter Herburger und Herbert Rosendorfer sowie der DDR-Schriftstellerin Irmtraud Morgner. Günter Herburgers Roman *Jesus in Osaka* (1970) wird im Untertitel ausdrücklich als Zukunftsroman ausgewiesen.²³⁾ In ihm sind Modelle negativer und positiver Utopien in gleichem Maße ausgebildet. Das Romangeschehen spielt vor dem Hintergrund einer monströsen Industrie- und Massengesellschaft nach 1984, die japanische Züge trägt und in der der abendländische Jesus, aus den Perspektiven eines neutralen Beobachters, des Zusehers, wie auch des Autors gesellschaftskritisch verfremdet geschildert, demokratisch unauffällig unter den Menschen das Evangelium einer hier naiven Lebensfreude verkündet.

Im *Großen Solo für Anton* (1976) von Herbert Rosendorfer werden historische, kulturhistorische und fiktionale Ebenen vermischt. Die einzelnen Kapitel sind analog zu den Fugen Bachs oder den Préludes Chopins streng nach dem Dur-Moll-Prinzip konzipiert, alternierend jedes in einer anderen „Tonart“. Als einziger überlebender Mensch eines Morgens, ähnlich einer kafkaesken Situation, aufwachend spielt Anton die Rollen eines Papstes, Spitzensportlers, Gottes — er verkörpert alles. Irmtraud Morgner beschäftigt die Frage, wie der Mensch einer von Produktion und Leistung bestimmten Gesellschaft entgehen und seine individuelle, private Sphäre bewahren könne. In den *Wundersamen Reisen Gustav des*

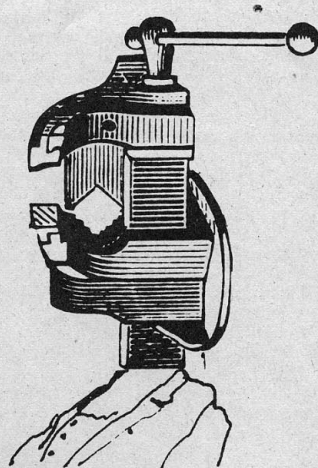
Weltfahrers (1972) weitet sich die Realität zur phantastischen Utopie. Im Vergleich zwischen *Trobadora* (1973) und *Amanda. Ein Hexenroman* (1983) erscheint die damals verbreitete Euphorie hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung verengt. Alle Fragen nach einer besseren Zukunft werden auf jene nach Überleben beschränkt.²⁴⁾ Neben den angeführten Romanen erscheint Carl Amerys *Der Untergang der Stadt Passau* (1975) als reines Science-fiction-Werk, wie auch sein *Krönungsprojekt* (1978). Uwe Brandners *Innungen* (1968) vereinen Abenteuer-, Liebes-, Kriminal-, Zukunfts- und Tatsachenberichte, Gisela Elsners Roman *Abseits* (1982) kann nur insofern als utopisch angesehen werden, als er vor Isolation durch Angst warnt. Nennenswert wären noch Maria Erlenbergers utopischer Roman *Singende Erde* (1981), mit dessen Hilfe sie ihre eigene Identität zu finden glaubt, Geno Hartlaubs *Der Mond hat Durst* (1963), ein Roman, der jedoch eher als phantastisch denn utopisch bezeichnet werden kann, Andreas Okopenkos *Lexikon-Roman* (1970), der insofern nicht in unser herkömmliches Schema gepreßt werden kann, als er eine Darstellung der Welt als alphabetisierbare Vielfalt von Eindrücken und Stimmungen versucht. Zuletzt wäre noch ein Zeitroman mit leicht futuristischen Zügen zu nennen, der eine Welt der Produktionssteigerung und Effizienz zu einer Angstvision erhebt: Otto F. Walters Werk *Die ersten Unruhen* (1972).

Formale Kriterien

Die angeführten Werke konnten verständlicherweise nur einen äußerst eingegrenzten, wenn auch — so hofft der Verfasser — repräsentativen Querschnitt durch utopisches Schaffen vermitteln. Der Untersuchung formaler Kriterien müßte ein weit größerer, als hier möglicher Raum vorbehalten sein, schon um Verallgemeinerungen zu vermeiden. Daher sei nur auf weiterführende Literatur verwiesen, so auf Richard Gerber, der künstlerische Mittel von Verfassern utopischer Literatur untersucht und einen als „prophetische Vergangenheit“ bezeichneten speziell verwendeten Tempus entdeckt zu haben glaubt sowie Detailreue, Verwendung des Ich-Erzählers und Dokumentarnachweise als notwendige Stilmittel festgestellt haben will.²⁵⁾ Als weitere Sekundärliteratur seien Krysmanskis Werk „Die utopische Methode“ sowie Migners „Theorie des modernen Romans“ genannt.

Anmerkungen

- 1) Gero von Wilpert: Sachwörterbuch der Literatur, 5. Aufl. Stuttgart: Kröner (1969). (= Kr. Taschenausg. 231), S. 816 f.
- 2) Vgl. Rudolf Villgrader u. Friedrich Krey: Der utopische Roman. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1973, S. VII. Zitiert als V.
- 3) Vgl. Rita Falke: Utopie — logische Konstruktion und chimäre. In: GRM 6 (1956), S. 76–81.
- 4) Vgl. Duden. Fremdwörterbuch, 3. Aufl. Mannheim, Wien, Zürich: Bibliograph. Institut (1974). (= Duden 5.), S. 754.
- 5) Vgl. Martin Buber: Der utopische Sozialismus. Köln: Hegner 1967, S. 19–32.
- 6) Werner Welzig: Der deutsche Roman im 20. Jh. 2. Aufl. Stuttgart: Kröner (1970). (= Kr. Taschenausg. 367), S. 291.
- 7) Vgl. Lewis Mumford: Die Stadt. Geschichte und Ausblick. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Helmut Lindemann. Köln, Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1963, S. 202–215.
- 8) Vgl. Bernhard Kytzel: Utopisches Denken und Handeln in der klassischen Antike. In: V. S. 48ff.
- 9) Vgl. Robert C. Elliott: Die Gestalt Utopias. In: V. S. 104–125.
- 10) Vgl. Robert P. Adams: Die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft in „Utopia“, „New Atlantis“ und späteren Werken. In: V. S. 161–185.
- 11) Vor allem in Hallers Werken „Usong“ (1771), „Alfred, König der Angelsachsen“ (1773), „Fabius und Cato“ (1774).
- 12) Vgl. Raymond Ruyer: Die Utopien in der ersten Hälfte des 19. Jhdts. Aus dem Französisch übersetzt von Chr. Fisher. In: V. S. 231–240.
- 13) Vgl. J. C. Garrett: Dilemmata in Utopien des 20. Jhdts. Aus dem Englischen übersetzt von W. Thrun. In: V. S. 241–258.
- 14) Vgl. Irving Howe: Der anti-utopische Roman. Aus dem Amerikanischen übersetzt von K. P. Steiger. In: V. S. 344–354.
- 15) Vgl. ebda.
- 16) Kindlers Literatur Lexikon. Zürich: Kindler 1965, Bd. 5, S. 88. Zitiert als Lit. Lex.
- 17) Vgl. Christopher Collins: Samjatin, Wells und die Tradition der literarischen Utopie. Aus dem Amerikanischen übersetzt von K. P. Steiger. In: V. S. 330–343.
- 18) Vgl. Theodor W. Adorno: Prismen — Kulturkritik und Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp 1955, S. 112–143.
- 19) George Orwell: 1984. München: Diana (1964), S. 7. Vgl. weiters: Lit. Lex. Bd. 5, S. 528 f.
- 20) Vgl. Welzig, a.a.O., S. 291 ff.
- 21) Lit. Lex. Bd. 3, S. 878.
- 22) Vgl. weiters Welzig, S. 313 ff., sowie auch für die folg. Lit.
- 23) Vgl. K.L.G. Kritisches Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur. Hrsg. v. Heinz Ludwig Arnold. München: edition text + kritik 1978ff. Losbalt: Herburger, S. 51f. Rosendorfer, S. 31f. Morgner, S. 21f., In der Folge zitiert als K.L.G.
- 24) Vgl. K.L.G. Morgner, ebda, sowie für alle folgenden Autoren.
- 25) Vgl. Richard Gerber: Künstlerische Konkretisierung. In: V. S. 259–270. Vgl. weiters: Hans-Jürgen Krysmanski: Die utopische Methode. Eine literatur- und wissenschaftssoziologische Untersuchung deutscher utopischer Romane des 20. Jhdts. Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag 1963, S. 13–21, sowie: Karl Migner: Theorie des modernen Romans. Eine Einführung. Stuttgart: Kröner (1970). (= Kröners Taschenausgabe. 395).



DIE MENSCHENBAUER

Ich werde Sie ein wenig herumführen", versprach die große häßliche Ratte. Freitag wunderte sich, daß sein Abscheu vor allem Fremden lang nicht mehr so groß war wie noch vor Tagen. Ohne Furcht und Ekel stand er vor dem fleckigen Riesentier und starrte es an. „Was sind sie?“ fragte er. „Mensch oder Tier?“

Verletzt blickte Professor Hartner zur Seite. „Ich wollte nicht unhöflich sein“, entschuldigte sich Freitag. „Es interessiert mich tatsächlich. Ich möchte wissen, wozu die allgegenwärtige Radioaktivität in der Luft ist.“

Hartner wand sich sichtlich unter Freitags Blick, dann schien er sich doch entschlossen zu haben. „Gut“, sagte er, „ich werde mit Ihnen darüber sprechen.“

Er machte eine Pause, blickte auf seine haarigen Pfoten. „Es war ein Versuch“, bekannte er. „Selektive Genmanipulation; DNS-Verknüpfung differenter Komponenten. Meine Mutter war — verzeihen Sie — ein Tier, mein Vater ein Menschenabkömmling. Sie sehen vor sich ein Produkt genetischer Manipulationstechnik, ausgebrütet in Retorten, geschult von speziell programmierten Datenspeichern. Ich hatte, wenn Sie so wollen, eine schlechte Kindheit und eine sehr gute Ausbildung.“

Science fiction, zugegeben (aus dem Roman „Feuerblumen“ von Dieter König). Aber sind wir wirklich so weit weg?

Der Genetiker und Nobelpreisträger Joshua Lederberg hat den amerikanischen Kongreß aufgefordert, mindestens 10 Millionen US-\$ für die Schaffung eines genetischen Einsatzkommandos bereitzustellen, dem es obliegen soll, die Kenntnis des genetischen Codes mit allem, was das Zeug hält, zu erweitern und damit Menschen auf einfache Weise biologisch konstruierbar zu machen.

Die Genetiker und Verhaltensforscher sind schon am Werk. „Wir haben alle Mittel in der Hand, jedes gewünschte Verhalten zu installieren“ — die Erkenntnis einer Gruppe von Verhaltensforschern. „Mit der Technik der Verhaltenssteuerung können wir das Individuum so verlässlich zur Konformität zwingen, daß es sich kaum noch wehren kann“. (P. London, Psychologe). „Die heutige Genetik steht an der Schwelle wahrhaft phantastischer Möglichkeiten der Verbesserung des Menschengeschlechtes“ (J. J. Nagle, Genetiker). „Mit dem Homo sapiens ... erschien auf dieser kleinen Erde etwas Neues. Der nächste Schritt der

Evolution ist uns anvertraut. Wir müssen dafür sorgen, daß wieder einmal auf diesem herrlichen Planeten eine noch bessere Art entsteht“. (Robert L. Sinsheimer, Biologe).

Der Mensch aus der Retorte ist ja schon Wirklichkeit. Zwar nicht so, wie das Mustapha Mond, der Weltaufseher in Aldous Huxleys „Schöne neue Welt“ durchführt, aber immerhin. Die Zeitungen sind voll von Berichten über die Retortenbabys. Jede Klinik, die etwas auf sich hält, bemüht sich nun, künstliche Befruchtungen im Reagenzglas durchzuführen und die entstandenen Embryos dem „Muttersurrogat“, also einer Frau, einzupflanzen. Diese Frau trägt das Kind dann auf natürliche Weise aus.

Gott schuf den Menschen nach seinem Bild und Gleichnis. Jetzt scheint aber der 8. Schöpfungstag begonnen zu haben; der Mensch ist dabei, Gott zu spielen, den Rubikon der Naturwissenschaft zu überschreiten. Er greift sich seine Gene und die anderer Lebewesen, fingert daran herum, pfuscht der guten alten Vererbung ins Handwerk.

Apoptosis Vererbung:

Gegen Ende des 19. Jhdts. entwickelte der österreichische Mönch und Botaniker Gregor Mendel seine umfassenden Erbsetze als eines Lebens. Er meinte, daß es irgendeine Körpersubstanz geben müsse, die die Eigenschaften der Vorfahren über Generationen weitergebe. Bis 1927 glaubte man, daß die genetische Ausstattung des Menschen unveränderbar sei. Dann berichtete der Genetiker Herman J. Muller, er habe Erbmuster durch Röntgenstrahlung so verändert, daß in der nächsten Generation Mutationen auftraten (dies veranlaßte ihn im übrigen zur Forderung, den Menschen durch genetische Manipulation zum Besseren zu ändern). Als die Mikroskope immer besser wurden, gelangten die Wissenschaftler zur Auffassung, daß dünne Stränge, die im Kern einer jeden Zelle auftraten und die die Chromosomen nannten, etwas mit der Vererbung zu tun hätten. Mitte der 40er Jahre kam Oswald T. Avery zum Schluß, daß die Moleküle einer unerforschten Säure namens DNS (Desoxyribonucleinsäure), die in den Chromosomensträngen vorkam, mit der Vererbung zusammenhingen. In den 50er Jahren bastelten der Engländer F. Crick und der Amerikaner J. Watson ein riesiges Modell eines DNS-Moleküls. Es hatte die Form einer Doppelhelix, d. h. einer räumlich gewundenen Doppelspirale, deren zwei Bänder durch relativ schwache Kräfte verbunden sind. Die Doppelhelix besteht aus Phosphaten und Zuckern, in deren Wälen nur vier organische Verbindungen (Basen) die Stufen dieses Spirallreppenhäusens. Sie heißen Adenin, Guanin, Thymin und Zytosin (AGTz), und stellen in den Kombinationen ihrer Aneinanderreihung den genetischen Code dar.

Um den französischen Biologen Jean Rostand zu zitieren: „Die Eigenschaften der Erbmasse eines Individuums hängen davon ab, wie diese vier Basen in ihren Molekülen zusammengefügt und geordnet sind; wie unsere gesamte Literatur mit sechszwanzig Buchstaben geschrieben und unsere gesamte Musik mit 7 Noten komponiert ist, machen diese 4 Basen unsere gesamte genetische Vielfalt aus.“

Innerhalb eines DNS-Moleküls ist ein bestimmtes Gen das Stück eines genetischen Codes, das alle Bausteine, die zur Erzeugung eines Proteins erforder-

lich sind, zur Erfüllung einer bestimmten körperlichen Struktur oder Funktion in Aktion versetzt. Diese DNS-Moleküle, die die Gene enthalten, finden sich in jeder Zelle eines Menschen-embryos.

Wie wird nun diese Information während des Wachstums weitergegeben? Wenn sich eine Zelle teilt, dann spaltet sich die DNS-Spiraltreppe in der Mitte. In der neuen Zelle holt sich nun jede DNS-Hälfte des alten Moleküls aus frei in der Zelle herumschwimmendem Material die Substanzen heraus, die zur Ergänzung der abgespaltenen Hälfte notwendig sind. Somit hat jede Zelle wieder die vollständige Erbinformation, mit Ausnahme der Geschlechtszelle, den Spermien beim Mann, den Eiern bei der Frau. Jedes Spermium enthält in seinen Chromosomen die Hälfte der DNS des Mannes, jedes Ei die Hälfte der DNS der Frau. Wird ein Ei befruchtet, gibt die Zusammenlegung der beiden DNS-Hälften den kompletten Konstruktionsplan eines neuen Menschen, und zwar vom Augenblick der Befruchtung an.

Auf dem Weg zum staatlich genehmigten Menschen?

Die Machthaber der Zukunft werden nach Meinung des Genetikers H. Bentley Glass festlegen, „daß Eltern kein Recht haben, die Gesellschaft mit einem mißgestalteten oder geistig unfähigen Kind zu belasten.“ Die künftige Gesellschaft werde sehr genau bestimmen, wer geboren werden dürfe und wer nicht.

Bentley fährt fort: „An den einstmaligen heiligen Rechten des Menschen (z. B. Fortpflanzung, Anm.) muß sich vieles ändern.“

Eugenik nennt man die Bewegung, die die menschliche Rasse durch Steuerung und Manipulation der Erbfaktoren verbessern will. Dies ließe sich auch ohne direkten Eingriff auf die Gene tun.

Negative Eugenik ist die Massenkontrolle von Säuglingen und Eltern auch im Hinblick auf pränatale Kontrolle; **positive Eugenik** der Versuch einer vorsätzlichen Massenproduktion verbesserter oder neuartiger Menschenformen.

Genetischer Berater — ein neuer Beruf

Etwa jedes 50. Neugeborene ist genetisch so defekt, daß es für seine Eltern, möglicherweise auch für die Gesellschaft, eine Belastung darstellt. (Im übrigen: jeder von uns hat mehrere genetische Defekte, wobei die Zahl 8 einen guten Durchschnitt darstellen dürfte). Farbenblindheit, Männerglatze, Hasenscharte sind vergleichsweise harmlose genetische Schäden, Geistes-

schwäche, grauer Star, Albinismus, mongoloide Idiotie usw. schwerwiegende.

In den USA gibt es hunderte genetischer Beratungsstellen, an die sich zahlreiche Paare wenden. Diese Berater rechnen anhand ausreichender Hintergrundinformationen (über das Paar und dessen „Stammbäume“) die Chancen für einen genetischen Defekt aus. Eine solche Beratungsstelle wird auch oft besucht, wenn die Frau schon schwanger ist.

1961 wies Marshall Nierenburg vom National Health Institute nach, wie die einzelnen Bausteine bei Bedarf abgerufen werden.

1967 synthetisierte Arthur Kornberg (Stanford Universität) einen DNS-Strang im Reagenzglas. 1970 wurde das erste vollständige Gen synthetisiert. Es handelt sich um ein Hegegen mit 77 Basenpaaren im DNS-Strang (Massachusetts Institute of Technology, MIT).

1971 konnte ein Forschungsteam der Oxford Universität einen genetischen Mangel einer Mauszeile korrigieren.

1975 gelang es, das erste vollständige Gen eines Säugtieres (Kaninchens) zu synthetisieren.

1976 baute eine Forschergruppe am MIT ein Gen zusammen, das beim Einpflanzen in eine Bakterienzelle auch funktionierte. Dieses Gen enthielt 199 Bestandteile, in einer Anordnung, die alle 64 möglichen Kombinationen der 4 Inngrenzen des genetischen Codes (AGTZ) darstellt.

wird, die derzeit nicht heilbar sind, dann stellt sich schon die Frage: wozu? Genetische Krankheiten sind ja nicht ansteckend, d. h. der Staat kann das Argument des notwendigen Schutzes der öffentlichen Gesundheit nicht heranziehen. Warum wird aber dann doch untersucht? Die Möglichkeit einer „Brandmarkung“ von Geburt an — zumindest in den Personalakten — liegt sehr nahe.

„Unkrautjäten“ im Menschengarten

Dänemark veranlaßt die Zwangssterilisation für Frauen mit einem Intelligenzquotienten unter 75. In Nordcarolina werden Menschen mit ernsthaften Geisteskrankheiten schon seit 30 Jahren sterilisiert. Manche Genforscher schlagen vor, das Standesamt als letzte Kontrollinstanz vor der Verbindung von Leuten mit gefährlichen rezessiven Genen vorzuschalten. Was aber, wenn die Frau schon schwanger ist? Offensichtlich hilft hier nur Aufklärung. Zwar nicht so, wie es der Nobelpreisträger Linus Pauling einmal vorgeschlagen hat, daß man jedem Menschen ein „Genzeugnis“ auf die Stirn tätowieren solle, aber frühzeitige Beratung wäre durchaus sinnvoll. Eine weitere Möglichkeit zur Verhinderung genetisch geschädigter Menschen wäre die Festlegung einer Altersgrenze für das Kinderkriegen. Bekanntlich ist ja die mongoloide Idiotie hauptsächlich abhängig vom Alter der Mutter. Aber auch hier wäre die vorbeugende Beratung durch den Arzt eindeutig vorzuziehen.

Positive Eugenik:

Die Gentechniker bieten uns etliche Möglichkeiten der Züchtung eines „verbesserten Menschen“ an:

- Anreicherung des menschlichen Saatguts
- Vorschriften, wer Kinder zeugen darf und wer nicht
- Klonen, also Duplizierung von Menschen mit erwünschten Eigenschaften
- biologische Veränderungen (Genmanipulation)
- Umgestaltung der Familienzusammensetzung.

Anreicherung menschlichen Saatgutes:

Darunter versteht man Spermien- und Eierbanken von berühmten oder (physisch und intellektuell...) attraktiven Männern und Frauen mit künstlicher Befruchtung im Reagenzglas anhand eines „Eigenschaftenkatalogs“, also die Schaffung von „Superretortenbabys“. Ebenso die Anreicherung männlichen Samens.

Vorschriften über die Kinderzeugung:

Verfächert dieses Ansätze argumentieren, daß die heutige medizinische Technik (die auch den Schwächeren

Die „Menschentechnik“

DNS-Rekombination: Genetiker können die langen, dünnen DNS-Moleküle hernehmen und zum Kreis umbilden. Oder sie auseinandernehmen und wieder in neue Kombinationen zusammensetzen, dabei auch noch Stücken anderer Organismen begeben (Genspleißen). Auf diese Weise transplantieren sie die genetische Information eines Geschöpfes auf ein anderes, das mit dem ersten überhaupt nichts zu tun hat, und so ergeben sich völlig neue Organismen. Wissenschaftler der Stanford Universität haben Gene einer Kröte in die DNS-Moleküle des Bakteriums *Escherichia coli* transplantiert.

Plasmidbau: Es befinden sich nicht alle Gene auf Chromosomen; einige schwirren frei in kleinen DNS-Ringen herum, die man Plasmide nennt. Die Wissenschaftler haben ein Enzym gefunden, das den Ring so neu aufspaltet, daß sich fremde Gene einführen lassen. Der veränderte Plasmidring wird dann einem anderen Organismus eingegeben, der nunmehr die Erbinstruktionen enthält, die in dem veränderten Plasmid gespeichert sind.

Klonen: Das Problem beim Klonen liegt darin, den Kern einer Körperzelle in eine Eizelle zu bekommen, die man vorher wiederum ihres Kerns beraubt hat. Dazu gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

- a) mikrochirurgisch
 - b) durch Zellfusion
- Mikrochirurgisch könnte man vorgehen, indem man mit Nadeln, deren Durchmesser nur einige Tausendstel Millimeter beträgt, Chemikalien in eine Zelle injiziert, die Kern und Zytoplasma anregen, sich voneinander zu trennen. Oder man „saugt“ den Kern mit Hilfe eines Mikroaspirators aus der Zelle heraus.

Eine mögliche Methode bei der Zellfusion wäre die Verwendung eines „chemischen Skalpells“. Diese Methode beruht darauf, daß eine Gruppe pilzartiger Metabolite (namens Zytocalsine) unter geeigneten Bedingungen das Zytoplasma einer Zelle dazu bringen, ihren Kern abzustößen. Dabei bleiben die Kerne unbeschädigt, ebenso auch das Zytoplasma. Legt man „entkernte“ Zellen mit externen Kernen wieder in eine andere Nährlösung, dann ist dieser Prozess u. U. klonierbar.

Eine Viren veranlassen Zellen, sich aneinander festzuhalten, zytoplasmatische Brücken zu bilden und über diese Brücken Material auszutauschen. Solche Zellassoziate vereinzelten unter Umständen sehr schnell zu großen Einzelzellen mit einem gemeinsamen Kern. Wenn sich eine solche Zelle dann teilt, entstehen die Tochterzellen oft dem gesamten Chromosomensatz der ursprünglichen Einzelzellen.

Retortenbabies: Hier wird im Labor einfach eine Eizelle mit tausenden (ev. nach ihrem Geschlecht sortierten) Spermien „bombardiert“, bis es zu einer Befruchtung kommt. Das befruchtete Ei teilt sich, und wird dann — wie beim Klonen — ab der Erreichung einer bestimmten Größe einer empfängnisbereiten Frau zum natürlichen Austragen eingepflanzt.

Negative Eugenik:

Pränatale Genkontrolle: Zur Kontrolle des Fetus im Mutterleib gibt es mehrere Methoden (Ultraschall, Fetuskopfsichtkontrolle in den ersten Schwangerschaftsmonaten, Blutuntersuchung bei der Mutter) zur Entdeckung von Fetalanomalien. Die derzeit erfolgreichste Methode ist die Fruchtwasseranalyse (Amniocentese), bei der über 100 genetische Störungen festgestellt werden können. Diese Methode arbeitet mit einer Genauigkeit von über 95%.

Allerdings: was tut man, wenn der Arzt schwere genetische Mängel feststellt? Abtreiben? — Hier stellt sich dieselbe Frage wie beim Klonen bzw. beim „Retortenbaby“: Hat der Mensch den Mut und das Recht (oder die Pflicht), ein mißlungenes menschliches Geschöpf zu töten, das aufgrund seiner eigenen Mutationen entstanden ist?

Serienmäßige Kontrolle bei der Geburt:

In vielen US-Bundesstaaten ist eine Zwangskontrolle der Neugeborenen auf Sichelzellenanämie vorgeschrieben. Der Staat New York hat vor einigen Jahren eine Zwangsuntersuchung auf 7 verschiedene Erbkrankheiten verordnet. In Massachusetts werden die Säuglinge in Kliniken, mit Zustimmung der Eltern, routinemäßig auf ca. 30 genetische Defekte geprüft. Bei der sofortigen Feststellung genetischer Mängel ist in vielen Fällen eine gewisse Heilbehandlung möglich. Wenn aber auch auf solche Schäden untersucht

und Kranken eine Fortpflanzungschance bietet) und die Überbevölkerung eine staatliche Fortpflanzungsregelung geradezu fordern. (China hat in der Zwischenzeit die Zahl der Kinder pro Familie limitiert). Über mögliche Modelle soll hier weiter nicht geschrieben werden, ich möchte nur ein Zitat des Psychologen Roger W. McIntire von der Maryland Universität bringen: „Angesichts des heutigen Bevölkerungsproblems können wir es uns einfach nicht mehr leisten, daß ein x-beliebiges Paar ganz nach Lust und Laune unsere Anzahl vergrößert.“ In den USA fordern prominente Wissenschaftler eine (schriftliche) Kindererziehungsprüfung. Wer die nicht besteht, hat Pech gehabt, das Recht auf Fortpflanzung bleibt ihm versagt (und das bei Millionen von Analphabeten!)

Gruselkabinett

Man spricht davon,

• daß man die Klonierungstechnik verwenden könnte, um Klone herzustellen, die man dann als Organreserve für den Spender der „Vaterzelle“ verwenden kann, weil es absolut keine immunologischen Probleme mehr gibt; das Organ, das einem solchen Klon entnommen würde, wäre mit dem entsprechenden kranken Organ des „Vaters“ absolut ident.

• mit Hilfe der DNS-Rekombinationstechnik keine ganzen Organismen, sondern nur Organblöcke oder einzelne Organe als Ersatzorgane zu züchten. Solche Organblöcke oder einzelne Organe könnte man auch als Objekt medizinischer Experimente benutzen.

• daß innerhalb von einem Kloneschlecht auch Kopfransplantationen möglich wären.

• daß Sowjets mit körperlosen Katzenhirnen experimentieren, die sie als biokybernetische Leitsubstanz für den Einbau in Flugabwehrkraken versehen (wann wird dazu menschliches Gehirnmateriale verwendet?)

• daß, gelänge es, eine Armee aus tausenden identischen Klonen zu züchten, diese — so wie viele eineiige Zwillinge — irgendwie miteinander in Verbindung stünden. Gelänge es noch, die Vaterzelle einem schmerzempfindlichen Menschen zu entnehmen (der eventuell durch DNS-Rekombinationstechnik entstanden ist), dann wäre diese Armee nahezu unschlagbar.

• daß das billigste Verfahren zur „Aufzucht“ des neuen Menschenschlechts die Verwendung nichtmenschlicher „Brustärten“, vorzugsweise von Affen oder Kühen wäre.

• daß die Behörden in Zeiten drohender Unruhe die Bevölkerung durch eine geringe Menge von Psychopharmaka, die einfach in das Trinkwasserreservoir gegeben wird, ruhig halten sollte.

• daß man Gemüse mit menschl. Krebszellen „impfen“ kann, um deren Wachstum zu beschleunigen.

mal austrägt. (Man spricht davon, daß nicht unbedingt „natürliche“ Gebärmütter verwendet werden müßten. Man könnte aber nicht nur künstliche Gebärmütter — die es noch nicht gibt — sondern auch tierische Gebärmütter benutzen. Dabei denkt man vor allem an Kühe, die aufgrund ihrer Anatomie für das Geborene ohnedies besser geeignet seien als Menschen!).

Der neue Mensch wäre dann natürlich das zweite Ich des Spenders oder der Spenderin der „normalen“ Körperzelle, deren ein um Jahrzehnte jüngerer eineiiger Zwilling.

Man könnte hunderte Pele's, Nobelpreisträger, Franz Klammer, Josef Krainers etc. wiedererschaffen.

Neuerschaffung von Menschen

Der Mensch kann also schon ein bißchen „Gott spielen“. Für viele ist es nicht einzusehen, daß wir jetzt, wo wir in der Lage sind, Zellen zu zerlegen und zusammenzubauen und Gene zu synthetisieren, und wo wir uns über die natürlichen Instruktionen eines Zellkerns mit unseren Anordnungen hinwegsetzen können, nicht anfangen sollten, nachzudenken und intensiv zu forschen, wie wir uns selbst neu schaffen können, nach einem Bild, das unsere Hoffnungen und Träume, unseren Geist reflektiert. Mit der DNS-Rekombinationsmethode ist der Molekularbiologie theoretisch in der Lage, „jede beliebige DNS-Sequenz herzustellen, sie in unbegrenzten Mengen zu produzieren und sie schließlich nach Lust und Laune neben jedes beliebige andere DNS-Stück einzufügen. Zum ersten Mal hat der Mensch das Vermögen zu fast absoluter Kontrolle über das Genmaterial erlangt.“ (Scientific American, 14. 3. 77).

Durch die Rekombinationstechnik sollte es möglich sein, Bakterien zu konstruieren, die durch die ihnen aufgezogene genetische Information große Mengen dringend benötigter Substanzen (Enzyme, Hormone, Antibiotika und andere Chemikalien) produzieren können. General Electric hat angeblich eine Methode entwickelt — und auch schon ein Patent beantragt — wie man ein Pseudomoniasbakterium dazu bringt, einen großen Teil der Kohlenwasserstoffe in Rohöl aufzulösen; das ölfressende Bakterium war geboren. Reizvoll wäre es natürlich auch, wachstumsbeschleunigende Bakterien für den Ackerbau herzustellen. Man könnte so vielleicht auf den Kunstdünger verzichten.

Mit verschiedenen Methoden (siehe Kasten) ist es möglich, auch neue Lebensformen hervorzubringen bzw. menschliches und tierisches Erbmateriale zu vermischen. „Es wird nicht mehr lange dauern“, sagt Dr. Lederberg, „und wir werden über Versuche hören, in denen der Einfluß des 21.

menschlichen Chromosoms beispielsweise auf die Entwicklung der Maus oder des Gorillas ermittelt wird“. (Joshua Lederberg, „Experimental Genetics and Human Evolution“, Bulletin of the Atomic Scientists, Okt. 1966). Eine Aussage, die bereits vor 18 Jahren getroffen wurde.

Wir sind noch weit entfernt vom genetischen Supermarkt, das Klone ist noch Zukunftsmusik (auch wenn David Rorvik in seinem Buch „Nach seinem Ebenbild“ behauptet, in den USA lebte schon ein geklonetes Kind, das mittlerweile bereits 7 Jahre alt sein müßte).

Aber die Abteilungsleiter für den genetischen Supermarkt wären schon bereit, sie arbeiten bereits an ihren Positionen. Versuche mit Genmaterial sind zwar nicht sehr einfach, doch kann jede Universität sie durchführen. Bei tierischem Material oder bei Bakterien geschieht das ja ganz offen: zu Recht, wie ich meine. So bemüht man sich am Institut für Biotechnologie an der TU Graz, Bakterien zu züchten, die eine Substanz produzieren, die man als PVC-Ersatz verwenden könnte.

Das Problem liegt aber darin, daß — selbst wenn man es wollte — Versuche mit menschlichem Material nicht zu verhindern sind. Was hindert einen Arzt der Grazer Frauenklinik, bei Untersuchungen von Patientinnen „ein Ei mitgehen zu lassen“? Der „moderne Eierdieb“ könnte damit in seinem Kammerchen allerlei Versuche anstellen. Gewiß, Piaty wird einwenden, daß die ärztliche Moral und der medizinische Ehrenkodex das verhindern würden, aber allzuviel glaubt man ihm ja nicht mehr.

Was kann man also tun? Wenn man etwas nicht verhindern kann, dann muß man versuchen, eine öffentliche Kontrolle einzurichten. So sagt z. B. James Watson zur Klonentwicklung: „Diese Angelegenheit ist viel zu wichtig, als daß man sie ausschließlich der Wissenschaft und der Medizin überlassen dürfte. Die Auffassung, Ersatzmütter und Klonbabys seien unvermeidlich, weil die Wissenschaft unablässig voranschreite, ... ist eine Form des unsinnigen Laissez-faire, das uns katastrophal an den Glaubensartikel erinnert, wenn man das amerikanische Business nur machen lasse, dann werde es die Probleme aller Welt lösen“. Watson weiß, daß sich das Problem mit einer freiwilligen Selbstkontrolle und Selbstbeschränkung der Wissenschaft nicht lösen lassen wird. Können gesetzliche Initiativen hier Abhilfe schaffen?

Derzeit unterliegen folgende Bereiche keinerlei gesetzlicher Regelung:

- Einlagerung menschlichen Saatguts in entsprechende Banken
- Laborzeugung von Menschen (Reortenbabies)
- Geschlechtsvorausbestimmung

Duplizierung von Menschen

Seit einiger Zeit sprechen Propheten der Wissenschaft von einer anderen Methode, Männer und Frauen herzustellen. Wie wir gesehen haben, enthält fast jede Körperzelle den vollständigen Chromosomensatz, der zur Wiederschaffung des Körpers in seiner Gesamtheit notwendig ist. Allerdings ist bei den Zellen der Großteil der Anweisungen blockiert; es stehen nur jene „Befehle“ zur Verfügung, die für die Funktion der Zelle im Körper notwendig sind: eine Hautzelle weiß nur, daß sie eine Hautzelle ist, eine Leberzelle, daß sie eine Leberzelle ist, und funktioniert dementsprechend. Gelänge es nun, die „biochemische Sperrschaltung“ zu überlisten, die die Spezialisierung der Zellen ausmacht, so würde jede Zelle versuchen, von sich aus einen neuen Organismus aufzubauen.

Eine Möglichkeit dazu wäre der Transport des Kerns einer Körperzelle in eine Eizelle, deren Kern man vorher entfernt hat. Irgendein Überwachungsmechanismus im Zytoplasma der Eizelle (vergleichbar dem Eiklar eines Hühneris) stellt dann fest, daß die Eizelle plötzlich über einen vollständigen Chromosomensatz verfügt, „glaubt“, sie wäre befruchtet worden und veranlaßt, daß die Zelle anfangt zu wachsen, daß sich die Zelle teilt. Ist die Zellteilung genügend weit fortgeschritten, so pflanzt man den Embryo in eine durch Hormonspritzen schwangerschaftsbereit gemachte Frau, die ihn dann nor-

- Bau künstlicher Mutterleiber (künstl. Gebärmütter)
- Klonversuche mit Menschen
- Nutzung von Ersatzmüttern (= gemietete Gebärmütter, Frauen, die sich fremde Embryos einpflanzen lassen)
- Entwicklung von Mensch-Tier-Mischungen.

Hier scheinen internationale Abkommen mit entsprechender Kontrolle unerlässlich. Gleichzeitig muß eine verstärkte Information der Öffentlichkeit mit einer breiten Diskussion in jedem Land einsetzen, das technisch in der Lage ist, in diesem Bereich zu arbeiten (und das ist nahezu jedes halbwegs entwickelte Land). Der Engländer Paul Sieghart hat den Rat für Wissenschaft und Gesellschaft ins Leben gerufen, der sich eben dies zum Ziel gesetzt hat. In diesem Zusammenhang seien 12 Thesen erwähnt, die Vance Packard, wohl einer der scharfsichtigsten Beobachter der gesellschaftlichen Vorgänge, in seinem Buch „Die große Versuchung“ (dem im übrigen ein großer Teil der Zitate entnommen wurde), veröffentlicht hat:

1. Die großen Forschungsanstrengungen, die zu einer Veränderung des menschlichen Wesens führen können, sollten mit einer Gesellschaftspolitik koordiniert werden, die den Lebensschnitt des Menschen für die nächsten fünfzig Jahre zu optimieren versucht. Wir brauchen dabei mitnichten die Ausweitung unseres Wissens um die menschliche Natur auf angenehme oder schmeichelhafte Erkenntnisse zu beschränken. Aber angesichts der immer rasanteren Gewinnung von Erkenntnissen, wie man Verhalten und Entwicklung des Menschen einschneidend verändern kann, wird es allmählich lebenswichtig, daß wir eine Gesellschaftspolitik entwerfen, die derlei Forschung lenkt und steuert.
2. Unnatürliche Verfahren zur Schöpfung menschlichen Lebens werfen überaus delicate Probleme auf. In jedem Land sollte alle Forschung in diesem Bereich — angefangen bei der Saatgutbank und Embryoverpflanzung bis hin zum künstlichen Mutterleib, zur Genmanipulation, zur Geschlechtsvorausbestimmung, zur Klon- und Chimära-Erzeugung — der strengen Aufsicht einer Instanz für Reproduktionsforschung unterstellt werden.
3. Jede wissenschaftliche Bemühung um die Modifizierung des Verhaltens des einzelnen kann sehr wohl dessen Freiheit untergraben, wenn sie nicht auf seine Veranlassung (oder die seiner gesetzlichen Vertreter) entnommen wird. Oft ist eine Therapie durchaus ratsam, die es jemandem erlaubt, ein erträgliches oder erfreuliches Leben nach seinen eigenen Vorstellungen zu leben. Betrüblich aber ist es, auch nur einen einzigen Menschen auf ein vorprogrammiertes Verhaltensmuster zu konditionieren, das irgendein Konditioneur ersonnen hat.

4. Die Entmenslichung ist ein schwerwiegendes Problem. Entmenslichende Wirkung tritt mit besonderer Wahrscheinlichkeit immer dann ein, wenn die Menschenschöpfung vom Labor gesteuert wird, wenn persönlichkeitstragende Körperteile verändert oder ersetzt werden, wenn man sich an Mensch-Tier-Kombinationen versucht, wenn körperlose Geschlechtsorgane in Kultur zur laufenden Quelle des Saatguts künftiger Menschen werden.

5. Der Wunsch des einzelnen, in den Genuß einer neuen Technik zu kommen, stimmt keineswegs immer mit einer gesunden Gesellschaftspolitik überein. Eine unfruchtbare Frau mag dank Erzeugung eines Embryos im Labor zu einem Kind kommen wollen. Andererseits wird die Bevölkerungsentwicklung in der Welt die Frage auf, ob es denn klug ist, gewaltige Anstrengungen zu machen, um die Methode der menschlichen Fortpflanzung noch weitere hinzuzufügen. Zumal die Forschung, die durchgeführt werden muß, damit der Frau zur Erfüllung ihres Wunsches verholfen werden kann, gleichzeitig die Möglichkeiten eröffnet für sozial so zweifelhafte Umfahrungen wie die Entwicklung künstlicher Mutterleiber, Geschlechtsvorausbestimmung, Klon- und Chimära-Erzeugung und anderer Formen wider natürlicher Schöpfung.

6. Viele Maßnahmen, mit denen man störendes Verhalten durch Konditionierung, chemische Präparate oder chirurgische Eingriffe ändert, werden vorgebildet angewandt, um den Betreffenden zu helfen. In Wirklichkeit geschieht es meistens vor allem darum, sie leichter handhabbar zu machen. Jedem solchen Versuch sollte deshalb eine ehrliche Motivationsprüfung vorausgehen.

7. Ernste Sorge bereitet die Möglichkeit des politischen Mißbrauchs neuer Formen der Verhaltenssteuerung. Zwar ist Demokratie keine schnellwedgekende Blume. Die Tatsache bleibt aber bestehen, daß die große Mehrheit der Völker in der Welt unter diktatorischen Regimes leben, die darauf brennen, wirksamere und unauffälliger Lenkungssteuern in Erfahrung zu bringen. Und fast jedes Jahr gleiten weitere Länder in die Diktatur ab. Mit dem Schwund der natürlichen Reichtümer mag sich der Druck auf den Totalitarismus in der ganzen Welt weiter verstärken. Man sollte darum die Entwicklung und Entdeckung von Methoden, mit denen sich Menschen steuern oder modifizieren lassen, nicht bloß als virtuose Leistung bestaunen.

8. Wenn Rußland und China unbedingt künstliche Mutterleiber entwickeln wollen, um mehr weibliche Arbeitskräfte freizubekommen, dann sollen sie es tun. Sie werden für diese Neuerung einen Preis zu zahlen haben, den zahlen bereit sein dürfte.

9. Jedes Massenprogramm zur Hebung des Intelligenzquotienten um durchschnittlich zwanzig Punkte schüfe Probleme und hätte Kosten zur Folge, die weit jeden erdenklichen Vorteil überwogen. Dasselbe gilt für viele Massenprogramme, die das Leben generell um zwanzig Jahre verlängern würden.

10. Vor dem Versuch, ideale Menschen zu schaffen, ist zu warnen; er zerstört unsere ungleich wertvollere genetische Vielfalt.

11. Die Verhaltenswissenschaften haben dem geübten Psychopraktiker die Möglichkeit in die Hand gegeben, Menschen in vielen Situationen wirksam zu steuern. Derselben Verhaltenswissenschaftler entdeckt heute — in Industrie, Erziehung und anderswo —, daß der Mensch am meisten leistet, wenn man ihn als freie, verantwortliche, eigengesteuerte und vernunftbegabte unverwechselbare Persönlichkeit behandelt.

12. Und schließlich sind die Lebenswissenschaftler dann am rücksichtslosesten, wenn sie sich annehmen und mancher tut es —, die Familie als Grundeinheit der

Fortpflanzung auszuschalten und durch ein der Tierzucht entnommenes Modell zu ersetzen. Es mag eine riesige Versuchung darin stecken, mal zu probieren, ob man nicht Kinder in Laboratorien und Bruststätten zeugen kann, es mag die Vorstellung faszinieren, daß dank der Saatgutbanken großartige Männerhengste Tausenden von Kindern Vater sind, daß Frauen in ihrem Schoß die Kinder anderer Frauen austragen. Nur eines vergißt man bei alledem: wie denn solcher Nachwuchs erzogen werden soll.

Eine kurze Zusammenfassung der Arten der Manipulation des Menschen, um die sich die Wissenschaft bemüht bzw. die ihr schon „gelungen“ sind, mag uns die Zukunftsprobleme verdeutlichen:

- Manipulation des Verhaltens mit exakten wissenschaftlichen Methoden
- Manipulation der Stimmung
- Radikale Manipulation der menschlichen Fortpflanzung
- Manipulation der Persönlichkeit
- Manipulation des Gehirns und seiner Funktionsweisen
- Manipulation der genetischen Merkmale

● Manipulation der Langlebigkeit und der Bausteine des menschlichen Leibes

● Manipulation der Situationen, in denen wir Entscheidungen fällen

● Manipulationen, die uns der Intimsphäre berauben

● Manipulation an der Einmaligkeit der Menschengattung.

Wenn die Entwicklung ungebremsst weitergeht, dann wird die Meinung der „Science News“ bald Wirklichkeit: In 10 Jahren könnten genetische Baukästen zur Standardausrüstung der Oberschulklassen gehören. Ich weiß nur zu gut, wie ich in der Schule im Chemieunterricht „gewütet“ habe.

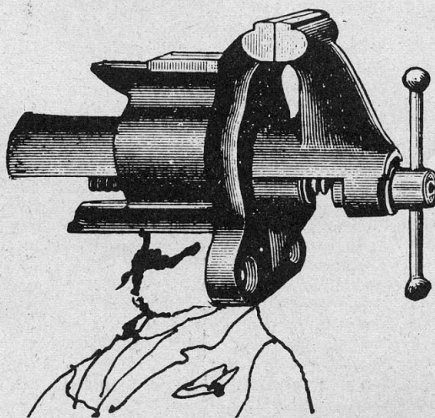
35

Anmerkung

In diesem Artikel konnte und wollte ich nicht auf die vielfältigen Formen der Konditionierung des Menschen durch Psychopharmaka, Werbung, Psychochirurgie etc. eingehen. Allen, die sich für die gesamte Problematik näher interessieren, seien zwei leicht lesbare Bücher empfohlen:

Vance Packard, „Die große Versuchung“, Ullstein 34016

D. M. Rorvik, „Nach seinem Ebenbild“, Fischer 3037



GEGEN DIE NOITALUPINAM DER ECHARPS*

Der Roman 1984 war entstanden aus Berichten über das Sowjet-System und den Hitler-Staat. Er ist nachempfunden dem schon 1921, ein Jahr vor der Gründung der Sowjetunion geschriebenen Roman „Wir“ des russischen Schriftstellers Jewgenij Samjatin, der aus den revolutionären Anfängen des Bolschewismus genial den totalen Staat Stalins vorhergesehen hatte.

„1984“ ist außerdem entstanden aus den Berichten europäischer Kommunisten, die später Abtrünnige des Systems geworden sind — wie denen des Schriftstellers Arthur Koestler, mit dem Orwell befreundet war. Somit ist das Buch Orwells, der selbst ein linker Literat war, 1948 unter einem eindeutigen Aspekt entstanden: Gedacht als *Warnung*, geschrieben als *Satire*, wurde es zum „*Markenzeichen*“ für alles, was „Unsere Schöne Neue Welt“ erfunden hat an:

- Totalitarismus und Personenüberwachung
- Gesinnungsterror und Bürokratie
- amtlicher Verlogenheit und Manipulation der geschichtlichen Wahrheit,
- psychischen Schrecknissen und verletzter Menschenwürde,
- Vernichtung von Liberalität und Persönlichkeit.

Es kommt nicht von ungefähr, daß der „*Mann des Jahres*“ 1984 seinem Roman eine „*Kleine Grammatik*“ beigelegt hat, die in ihrer totalen Sprachmanipulation, in ihrer brutalen Sprachlenkung der Schlüsselbegriffe eine beängstigende Welt vervollständigt. Der „*newspeak*“, die semantische Manipulation, d. h. die *bewußt sinnändernde Verwendung* an sich allgemein gültiger Wörter spielt bei Orwell eine entscheidende Rolle.

Gerade der Sprache kommt bei ihm eine übergeordnete Bedeutung zu: Die „*Neusprache*“ sollte, laut „*Kleiner Grammatik*“, „*jede Art anderen Denkens ausschalten*“, indem sie unerwünschte Worte und Begriffe ausmerzt, indem sie die Sprache von ihren humanitären Restbeständen reinigt und die übriggebliebenen Worte weitgehend jeder „*unorthodoxen Nebenbedeutung*“ entkleidet:

Ein Beispiel hierfür: *das Wort frei gab es zwar in der Neusprache noch, aber es konnte nur in Sätzen wie »Dieser*

Hund ist frei von Flöhen« oder »Dieses Feld ist frei von Unkraut« angewandt werden. In seinem alten Sinn von »politisch frei« oder »geistig frei« konnte es nicht gebraucht werden, da es diese politische oder geistige Freiheit nicht einmal mehr als Begriff gab und infolgedessen auch keine Bezeichnung dafür vorhanden war.

Die „*Kleine Grammatik*“ ist ein wichtiges politisches Dokument, weil die zentrale Formel darin lautet: *Geistige Entmündigung des Menschen durch die Vergewaltigung seiner Sprache!!!*

Orwell behauptet, daß eine universelle totalitäre Diktatur eine *neue Sprache* benötigt, die *antitotalitäre* Gedanken im Wortsinn undenkbar macht. Und er behauptet weiter, es gebe gefährliche Tendenzen bereits in der politischen Sprache der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, die wie ein Krebsgeschwür die *Lebendigkeit und Ausdrucksfähigkeit* unserer Umgangssprache zu zerstören drohen.

Es gehört zur sozio- und psycholinguistischen Binsenweisheit, daß man, wenn man dem Menschen *seine Sprache* wegnimmt, ihm auch seine Individualität, Kreativität und Persönlichkeit wegnimmt. Der Mensch bedient sich nicht nur einer Sprache, er *existiert* in der Sprache. Dieses *Sein in der Sprache* ist Ausdruck seines sozialen Wesens. Er faßt sich als Mensch in *Sprache und Worte*. Er bindet sich an andere, indem er ihnen sein *Wort* gibt, und im Brechen seines Wortes verliert er seine Ehre.

In der Sprache bringt der Mensch aber nicht nur sich selbst, sondern auch seine *Umwelt* zum Ausdruck. Wir sind fähig, Wirklichkeit begrifflich zu fassen und wiederzugeben; ansonsten „*bedeuten die Grenzen meiner Sprache die Grenzen meiner Welt*“, wie der Sprachphilosoph Wittgenstein dieses Phänomen beschreibt.

Deshalb halte ich diese Orwellsche „*Kleine Grammatik*“ für ein „*gesellschafts-politisches*“ Dokument: Weil sie bewußt macht,

- daß Sprache zum *Herrschaftsinstrument* werden kann, zum *Macht-Werkzeug* mißbraucht werden kann;
- daß Sprache die Fähigkeit hat, *Bewußtsein zu verändern* und daß sie wegführen kann von der wahrgenommenen Realität;
- daß sie Bewußtsein *vortäuschen*

kann, wo Bewußtsein im eigentlichen Sinn gar nicht vorhanden ist.

Und ich halte sie für ein „*ideologisch-politisches*“ Dokument, weil sie die sensiblen Nahtstellen zwischen Freiheit und Lenkung bewußt macht!

1948 wie 1984 war und ist Sprache das wichtigste Mittel der politischen Argumentation;

1948 wie 1984 war und ist Sprache in den Dienst von Ideologie und Konsum gestellt worden. 1948 wie 1984 wurde und wird Sprache zum griffigen Mittel der Manipulation gemacht.

Damals wie heute gilt eigentlich das, was Heinrich Böll vor mehr als 20 Jahren in einer Rede über „Die Sprache als Hort der Freiheit“ gesagt hat:

„... wer mit Worten umgeht, wie es jeder tut, der eine Zeitungsnachricht verfaßt oder eine Gedichtzeile zu Papier bringt, sollte wissen, daß er Welten in Bewegung setzt, gespaltenen Wesen losläßt: was den einen trösten mag, kann den anderen zu Tode verletzen... Es ist kein Zufall, daß immer da, wo der Geist als eine Gefahr angesehen wird, als erstes die Bücher verboten, die Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunkmeldungen einer strengen Zensur ausgeliefert werden... In allen Staaten, in denen Terror herrscht, ist das Wort fast noch mehr gefürchtet als bewaffneter Widerstand, und oft ist das letzte die Folge des ersten. Die Sprache kann der letzte Hort der Freiheit sein...“

Die Sprache kann der letzte Hort der Freiheit sein — ist sie es noch? Oder ist die Sprache — weit mehr schon, als wir vielleicht bemerkt haben — zu einem „*Instrument der gesellschaftlichen Kontrolle*“ geworden, wie Martin Greiffenhagen einmal definiert hat; Er behauptet, daß das Moment gesellschaftlicher Kontrolle bereits im *Vokabular*, in der *Grammatik* steckt: „Wer jemandem rät, läßt ihn frei darin, ob er dem Rat folgen will oder nicht. Wer jemanden berät, erwartet, daß er sich dem Rat fügt“. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß es in der sprachwissenschaftlichen Diskussion in den sechziger Jahren in Deutschland u. a. darum gegangen ist, ob eine Versetzung der Person in den Akkusativ eine „*Enthumanisierung der Sprache*“ (so meinte z. B. Dolf Sternberger, die Vorsilbe „be-“ umgreife den Menschen wie eine „*Kralenpfote*“) oder ob der Akkusativ weder inhuman noch human, sondern eine grammatische Form sei, die von human oder inhuman Gesinnten gebraucht werden kann...

Ist Sprache — weit mehr schon, als wir vielleicht bemerkt haben — zu einer *Waffe der „sanften Gewalt“* geworden, mit der die „*geheimen Verführer*“ das Ziel der Entmündigung effizienter auf dem Weg der Einflüsterung als auf dem der physischen Gewalt erreichen? Ist die „*neuzeitliche*“ Propaganda und Reklamespra-

* Manipulation der Sprache

che, die unablässig neue Formen von künstlichen Bedürfnissen suggeriert, nicht auch ein Vorgriff auf das, was in Orwells „Wahrheitsministerium“ geschieht?

Fest steht, daß Orwells Roman eine *Parabel* ist, deren Gültigkeit nicht erst dort beginnt, wo ihre Bilder angesiedelt sind. Die „Politik“, die diese Parabel denunziert, ist überall anzutreffen, nicht bloß im utopischen Großraumstaat: *In der tagtäglichen Politik*, wo wir es mit einer Sprache der hinterhältigen und vordergründigen Umdeutungen und Verbiegungen zu tun haben: freisetzen statt arbeitslos, Null-Wachstum statt Stagnation, Information statt Propaganda. *In unserem Alltagsleben*, wo jede soziale Gruppe ihre Mitglieder durch die Verwendung von Begriffen und Modewörtern oder durch Tabuisierung kontrolliert. Wer dazugehören will, muß das semantische Trittbrett des Trend-Expreß besteigen, sonst fällt er durch den Rost. Was kann *man* tun, um zu verhindern, daß, laut Orwell, bis ins Jahr 2050 unsere „Altsprache“ endgültig ausgemerzt sein wird?

Stefan Zweig hat einmal treffend gemeint, das Wörtlein „*man*“ war von jeher ein vortreffliches Versteck für alle Sünden des *ich* gewesen. Also: Was können „*wir*“ tun, wenn der „Große Bruder“ nicht über uns kommen soll? Weniger Wortkosmetik und Wortakrobatik; nicht immer auf andere und ihre Sprache hoffen, sondern das eigene Sprechen verantworten!!!!...

Wie der „Friede im eigenen Haus“ beginnt, so beginnt das Sprechen, das Reden, das *Miteinander-Reden* im eigenen Hirnkastel und im eigenen Herzen.

„Die Moral von der Geschicht“? Ich meine, wir können sie darin suchen und darüber nachdenken, was Lew Kopelew anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels ausgedrückt hat:

Es gibt Worte wie Spreu und Worte wie Korn. Spreu wird verweht, das Korn aber keimt, wächst, bringt Früchte und wird immer wieder zu neuem Leben geboren. In den vielen Worten, die über Frieden und Krieg gesagt, gesungen, geschrieben wurden, gab es sowohl Spreu wie Korn. Es sei nicht vergessen: Auch das beste Korn kann zu Brot verarbeitet wie zu Schnaps gebrannt werden, und der beste Trank kann zum schlimmsten Rausch führen.

Petra Ganglbauer

ÄNGSTE

Ein Jahr steht vor der Tür — ein Jahr, das — wie selten eines zuvor — mit einem unbeschreiblichen Mythos behaftet ist. Ein Jahr, das als Symbol steht für unsere Zeit und für unsere Vergehen. Ein Jahr, mit dem man unzählige Zukunftsperspektiven verbindet, die die gesamte Menschheit in ihrer ureigensten Existenz betreffen. 1984 dient als Initialreiz für die Konfrontation mit irreversiblen Entwicklungen in der Gegenwart; Tatbestände, deren Folgen nicht mit jener vermessenen Exaktheit abzuschätzen sind, wie politische, soziale oder wirtschaftliche Fakten der Vergangenheit. Es ist darüber hinaus unmöglich geworden, ein Ende dieser typisch zeitspezifischen Unsicherheit abzusehen. Einziges Faktum: das große Fragezeichen!

Der Mensch hat sich im Laufe seiner Entwicklung zu weit über sein geistiges Fassungsvermögen hinausgewagt und steht morgen, 1984, am Wendepunkt, an jener entscheidenden Schwelle, an der er sich, wenn auch vielleicht schon zu spät, endlich nach dem „Danach“ fragen sollte. Denn das „Danach“ ist in jeder Hinsicht fraglich. Wie soll es nach 1984 weitergehen? 1984 ist nichts anderes als eine Komprimierung der Zeitumstände, eine Akkumulation der herrschenden Ängste, eine Manifestation spürbarer Tendenzen...

Wo stehen wir, die wir uns allzu lange naiv und fatalistisch den Giganten, den Machtapparaturen überlassen haben, wo stehen wir, die wir täglich den Einflüssen und Schreckensbilanzen der Massenmedien ausgeliefert sind? Wir laufen auf alle Fälle Gefahr, in eine an Selbstaufgabe grenzende Ignoranz zu verfallen, eine Interesselosigkeit, die das Produkt unserer jahrelangen Passivität (was unser politisches Engagement angeht — politisch im weitesten Sinn) ist. Wir sind heute nicht mehr imstande, das Leben in seinen großen Dimensionen zu verstehen, zu durchblicken. Wir haben uns nichts mehr zutrauen, denn unser Leben wird von anderen gelenkt!

Wir sind nicht nur den Großen ausgesetzt, auch unsere Mitmenschen versuchen uns täglich in den Bann irgendwelcher kleinkariierter (weil einseitiger) ideologischer Rezepte zu ziehen; sicherlich nur aufgrund ihrer eigenen

Hilflosigkeit. Die Bilanz ist also alles in allem tiefertraurig!

Und dennoch tauchen hin und wieder Lichtblicke auf, Menschen und Meinungen, die viele der Argumentationen, die um Öko-Katastrophe und atomaren Krieg kreisen, wieder in Frage stellen. Aurelio Peccei, der große alte Mann des „Club of Rome“, sei genannt, der in dem Buch „Die Zeichen der Zeit erkennen“ zu Dolores Bauer meint: „Die Menschheit kann ihre Krise überwinden, wenn sie alle natürlichen und vor allem menschlichen Reserven zu nutzen weiß“. Ähnlich J. Huber in seinem Werk „Die verlorene Unschuld der Ökologie“, wenn er davon ausgeht, daß „das irdische Ökosystem noch lange kein geschlossenes System“, und Mensch und Umwelt „entwicklungsfähige offene Systeme“ seien. Nun, in letzter Zeit mehrten sich derartige positive Ansätze, sei es, um den nötigen Gegenpol zu den üblichen Chaosgedanken zu schaffen, oder aus echter innerer Überzeugung.

1984 lastet in jedem Fall auf uns, die wir als lästige, weil unbrauchbar gewordene Insekten „im Spinnennetz der Großen“ gefangen sind. Und das Netz wird zusehends enger und straffer. Die Luft zum freien Atmen immer dünner. Ich denke da zum Beispiel an die Millionen Menschen, die um des Friedens Willen auf die Straße gehen, deren Einsatz jedoch mit der neuerlichen Stationierung atomarer Waffen zunichte gemacht wird. Der Mensch, einst Mittelpunkt des Universums (wie er selbst meinte) verliert an Relevanz und damit an Kraft. Ich meine damit den einzelnen Menschen und nicht jene Menschenapparate, die irgendwelchen undurchschaubaren Agitationen dienen sollen und auch wollen. Der einzelne kann den Lauf der Dinge nicht mehr ändern, geschweige denn stoppen. Vieles, das ansatzweise gut erscheint, erweist sich in der Folge als ineffektiv, weil die „Mittel“, über die die „Großen“ verfügen, fehlen. 1984 ist da und mit dieser Zahl mehr, als 366 Tage zu fassen imstande sind.

Eines ist sicher: Wir haben eine Zeit vor uns, die von einer noch nie dagewesenen Unsicherheit gekennzeichnet sein wird...

Es war einfach zu ärgerlich. Der Briefkasten quoll schon wieder über. Er war vollgestopft mit Prospekten, Zeitschriften, Zuschriften, Farbkatalogen und ähnlichem Werbematerial. Manchmal brachten die Firmen sogar richtige Bücher heraus, im aufwendigen Vierfarb-Druck, in denen die Waren angepriesen wurden. Und all das Zeug trug die Aufschrift: An Herrn Otto Robinson, Einfaltstraße 19, A-8888. Woher hatten nur all die Firmen und Versandbetriebe, Großmärkte und Einkaufshäuser die Adresse?

Egal, es mußte anders werden. So konnte es jedenfalls nicht weitergehen. Es war eine Zumutung: Sogar der kleine Greißler von nebenan, ein bislang unauffälliger Familienbetrieb, hatte sich den neuen Marketing-Methoden — Herr Robinson hatte vor kurzem in einer Zeitung einen Artikel über die „Strategien der Werbefachleute“ gelesen und glaubte sich auf diesem Gebiet nun durchaus bewandert — angeschlossen und ebenfalls einen Faltprospekt herstellen lassen. Lächerlich: Auf Seite 1 prangte das Bild des Ladenbesitzers, der ihn immer so nett bedient hatte und darüber stand in einem aufdringlichen Rot: „Ihr Vorteil ist unsere Nähe“.

Mußte man sich so etwas bieten lassen? Herr Robinson beschloß jedenfalls, nicht mehr in dieses Kaufhaus zu gehen. Wenn er etwas kaufen wollte, dann würde er sich schon selbst melden. Diese Anbiederung war jedenfalls unerträglich.

Da fiel Herrn Robinson ein — auch darüber hatte er vor kurzem etwas gelesen — daß es Firmen gibt, die dafür sorgen, daß der friedliebende Staatsbürger von dieser Flut von Werbematerial verschont bleibt. Gegen eine kleine Gebühr, so war in der Zeitung gestanden, würde sein Name aus den Adressenkarteien — er hatte immer gedacht, daß es in diesem Land einen Datenschutz gebe — gestrichen werden. Das war die Lösung. Keine Prospekte mehr, keine Kataloge. Nur mehr die üblichen Erlagscheine — schade eigentlich, daß man seine Adresse nicht auch aus den Datenbanken der Versicherungen und Geldinstitute streichen würde — wären dann im Briefkasten zu finden. Und der Kaufmann nebenan würde bald merken, daß er zu weit gegangen ist, daß er sich mit einem verlässlichen Kunden — immerhin ging er mindestens zweimal in der Woche dort für sich einkaufen, und zahlte noch dazu in bar — verscherzt hatte.

Es war ein folgenschwerer Entschluß. Als Herr Robinson tags darauf eine dieser besagten Firmen — sie trug übrigens den ermunternden Namen NIXDAT aufsuchte, wurde er von einer bezaubernden Sekretärin zu einem der zahlreichen Schreibstische geleitet, die in dem Großraumbüro standen. Ein sympathischer junger Mann, der vor einem Bildschirmgerät saß, fragte unvermittelt: „Name?“ — „Robinson. Otto.“ — Der Mann tippte an der Tastatur. „Aha. Wohnhaft in...“ — Einfaltstraße 19...“ — „...ledig.“ — „...ja...“ — „...von Beruf...“ — „...Verkäufer...“ — „...kaufmännischer Angestellter. Ich weiß das alles, Herr Robinson. Sie brauchen mir das nicht erst alles zu bestätigen.“ „Ja, aber woher wissen Sie...?“ — „Das steht alles hier auf meinem Bildschirm.“ — „Aber warum?“ — „Schauen Sie: Sie wollen aus den Adressenkarteien der Firmen gestrichen werden. Deshalb kommen Sie doch wohl zu einer Agentur wie der unsrigen. Wie sollen wir aber wissen, wen wir aus den Karteien herausnehmen sollen, wenn wir keine Unterlagen über den Betroffenen haben? Also haben auch wir eine Adressenkartei angelegt. In der ist alles Wichtige über Sie vermerkt.“

Das klang einleuchtend. Trotzdem fragte Herr Robinson

zaghaft nach: „Was ist denn da alles über mich vermerkt?“ — „Keine Sorge, nur das übliche. Name, Adresse, Beruf, Familienstand, die wichtigsten Daten ihrer Verwandten, dann noch ihre Versicherungsverbindungen, das Autokennzeichen, ihre Paß- und ihre Führerscheinnummer und sonst noch ein paar Kleinigkeiten. Sie sehen also, es ist nur das unbedingt Notwendige.“ — „Ja, also, ich weiß nicht...“ — „Nun zur Sache Herr, dh, Robinson. Sie wollen also aus den Adressenkarteien einiger Firmen gestrichen werden. Denken Sie hier an bestimmte Unternehmen?“ — „Ja, wissen Sie, die vielen Kataloge und Prospekte...“ — „Aha, ich verstehe. Damit kommen viele Leute zu uns. Das ist kein Problem, Herr, dh, Robinson. Bei uns werden Sie persönlich betreut. Wir stehen mit unserem Computer in direkter Verbindung mit den Adressenkarteien der Supermärkte, Einkaufshäuser und Versandbetriebe. Eine Anweisung unsererseits — flutsch, und ihr Name ist in allen Karteien mit einem Sperrkennzeichen versehen. So einfach ist das. Die lästigen Prospekte und Kataloge sind Sie los.“ — „Wenn Sie meinen...“ — „Nur noch eine Kleinigkeit — die Kosten...“ — „Ah, ich verstehe. Wo kann ich hier bezahlen?“ — „Ich bitte Sie, Herr, dh, Robinson. Wenn Sie nichts dagegen haben, werden wir unsere Unkosten von ihrem Bankkonto abbuchen.“ — „Aber nein, selbstverständlich habe ich nichts dagegen. Meine Kontonummer ist...“ — „...15228-1. Danke, ich weiß.“ — „Ah, das haben Sie auch...“ — „Natürlich. Kontonummer und Kontostand — ja, der ist noch in Ordnung — also, Kontonummer und Kontostand gehören nun doch wirklich zu den Daten, die wir von unseren Kunden benötigen. Selbstverständlich bleiben all diese Unterlagen über Sie geheim. Sie verstehen...“ — „Ja, ich verstehe...“

Das einzige was Herr Robinson verstand, war die Tatsache, daß schon einen Tag später die Flut der Zuschriften schlagartig abriß. Ungewöhnlich leer war ihm sein Briefkasten vorgekommen, bloß ein einziger Brief war darin gelegen, in dem die Firma NIXDAT den von ihm erhaltenen Auftrag bestätigte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß alles zur vollen Zufriedenheit erledigt worden ist.

Otto Robinson war erleichtert. Nach seinem Besuch der Firma hatte er doch arge Bedenken gehabt. Sie waren durch die Tatsache verstärkt worden, daß ihn der sympathische junge Mann, der hinter dem Bildschirmgerät gesessen war, zum Abschluß noch darauf aufmerksam gemacht hatte, daß seinen Informationen zur Folge, eine entfernte Tante Herrn Robinsons kurz vor ihrem 65. Geburtstag stehe. Außerdem feiere ein Cousin zweiten Grades dieser Tage seinen zehnten Hochzeitstag. Als Herr Robinson gerade den Mund öffnete, um etwas sagen zu wollen, berichtigte sich der junge Mann nach einem Blick auf den Bildschirm: Nein, er entschuldige sich, es sei erst der neunte Hochzeitstag...

Sei es wie es sei, dachte sich Herr Robinson jetzt. Das wichtigste war, daß er in Zukunft von dem immer mehr werdenden Werbematerial verschont bleiben würde. Ein Leben in Zurückgezogenheit, ohne bei irgendeinem Supermarkt oder einem Versandhaus eine Nummer in der Adressenkartei zu sein — das war es, was er sich wünschte. Und dieses Ziel hatte er, so glaubte er wenigstens, erreicht.

Am nächsten Tag stand Herr Robinson wie vom Donner gerührt vor seinem Briefkasten. Er hatte soviel Kataloge und Prospekte zugeschickt bekommen, daß der Postbote das Tür nicht mehr zubekommen hatte. Unter dem Briefkasten, auf dem Boden, lag noch einmal ein Stoß von Zuschriften, fein säuberlich verschürt. Ein Packpapierzettel lag als oberstes darauf. „Nur für Herrn Otto Robinson, Einfaltstraße 19, A-8888“ hatte offensichtlich der Postbeamte draufgeschrieben, da er den Packen nirgends mehr untergebracht hatte.

Ja, war denn das möglich? Herr Robinson glaubte seinen

Augen nicht mehr zu trauen. War er denn nicht von dieser Firma aus den Adressenkarteien gelöscht worden? Hatte es nicht geheißen, er würde in Zukunft von dem Übel dieser aufdringlichen Art der Kundenwerbung befreit sein? Mit nervösen Bewegungen wühlte Otto Robinson in den Strößen herum. Es war einfach unglücklich: Nun hatte er von den Supermärkten und Versandhäusern jeweils gleich zwei Kataloge zugeschickt bekommen, meist einen dickeren und einen dünneren.

Die umfangreicheren hatte er bisher schon bekommen. Die Erklärung für die gerauschten Werbeprospekte fand sich in den — übrigens fast immer gleichlautenden — Begleitschreiben: „Sehr geehrter Herr Robinson! Wie wir unserer Datei entnehmen, wurde Ihre Adresse von der Firma NIXDAT mit einem Sperrkennzeichen versehen. Selbstverständlich nehmen wir nicht an, daß Ihnen ausgerechnet das Warenangebot unseres Versandhauses, das eines der renommiertesten und kostengünstigsten dieses Landes ist, nicht zusagt. Diese Annahme wurde auch dadurch bestätigt, daß eine Computerrückfrage bei unseren nicht ins Gewicht fallenden Konkurrenzunternehmen ergeben hat, daß Sie dort in den Dateien ebenfalls mit einem Sperrkennzeichen versehen wurden. Da es sich in unserem Fall also nur um einen Irrtum der Firma NIXDAT handeln kann, senden wir Ihnen selbstverständlich auch in Zukunft unsere Werbeunterlagen, die Ihnen einen Überblick über unser reichhaltiges Sortiment geben sollen, zu. In aller Bescheidenheit sind wir fest davon überzeugt, daß wir auch Ihren Wünschen gerecht werden können.

Den kleinen Katalog, dem dieses Begleitschreiben beiliegt, senden wir Ihnen jedoch für den Fall zu, daß Ihnen die Fülle von Werbematerialien, mit den die Bevölkerung heutzutage schon überschwemmt wird, doch zuviel sein sollte. Der Katalog präsentiert Ihnen in selbstverständlich nur stark geraffter Form unser Warenangebot. Außerdem sind darin nur die absolut preisgünstigsten Angebote enthalten. Wir hoffen, Ihnen für beide Fälle gedient zu haben. Es zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung...

PS: An dieser Stelle möchten wir uns dafür entschuldigen, daß es uns am Vortag leider nicht möglich war, Ihnen den gewohnten Serviceprospekt zukommen zu lassen. Terminliche Gründe — die vorhin schon angeschnittenen Computerrückfragen bei unseren Konkurrenzunternehmen nahmen viel Zeit in Anspruch — waren dafür ausschlaggebend. Wir sind überzeugt, daß Sie Verständnis für dieses kleine Mißgeschick aufbringen. Es versteht sich von selbst, daß wir Ihnen die entgangenen Informationen in einem der nächsten Tage zukommen lassen."

Tags darauf hatten sich Blutdruck und Hormonhaushalt Herrn Robinsons wieder halbwegs normalisiert. Auch die Wohnung war zum Großteil wieder aufgeräumt. Er irrte ziellos in den Straßen der Stadt umher. Gab's den wirklich keine Möglichkeit, diesen Versandunternehmen und Supermärkten zu entkommen? Nicht einmal den mickrigen Prospekten des kleinen Greißlers von nebenan? Auch er hatte zusätzlich zu seinem Faltprospekt ein Flugblatt an ihn ausgeschildert. Da prangte das Bild des Ladenbesitzers noch größer, da war das Lächeln noch strahlender als auf dem Faltprospekt gewesen. Und das Rot der Überschrift war noch aufdringlicher: „Supermärkte sind anonym. Bei uns werden Sie persönlich bedient!" Konnte man auch dem nicht entgehen?

Plötzlich erregte eine Neonreklame Herrn Robinsons Aufmerksamkeit: „LOESCHDAT". Das mußte auch eine von jenen Firmen sein, die vorgaben, auf Wunsch einen Namen aus den Adressenkarteien streichen zu können. Wenn LOESCHDAT hielt, was es versprach, würden seine Daten diesmal tatsächlich gelöscht werden. NIXDAT konnte offensichtlich nur einen Sperrvermerk anbringen. Aber das Ergebnis war ihm ja bekannt. Da klang LOESCHDAT nun schon vielversprechender: Kein Herr Robinson in den

Dateien, kein Werbematerial an Herrn Robinson...

Er faßte sich ein Herz. Einen Anlauf wollte er noch unternehmen. Als er das Großbraumbüro betrat — irgendwie kam es ihm bekannt vor — klopfte sein Herz vor Aufregung. Diesmal würde es klappen, er würde gelöscht werden!

Sein Gegenüber, zu dem er von einer bezaubernden Sekretärin geleitet worden war, war ein seriös aussehender Herr im mittleren Alter. „Grüß Gott, Herr, äh..." — „Robinson. Otto Robinson". — Der Kundenbetreuer tippte an seinem Bildschirmgerät. „Aha, hier haben wir Sie ja schon, Herr Robinson". Plötzlich verfinsterte sich seine Mine. „Oh, sie waren schon bei der Konkurrenz?" fragte er vorwurfsvoll. „Woher wissen Sie...?" — „Aber ich bitte Sie, Herr Robinson. Ein seriöses Unternehmen wie das unsere hat doch alle Unterlagen über seine möglichen zukünftigen Kunden".

— Herr Robinson faßte sich wieder: „Wissen Sie, ich wußte nicht, daß die Firma NIXDAT..." „...kein Unternehmen von Rang und Namen ist. Gut, ich mache Ihnen keinen Vorwurf, das konnten Sie wirklich nicht wissen. Also, Herr Robinson, ich vermute, Sie wollen aus den Adressenkarteien der Firmen gestrichen werden." Herrn Robinsons Oberkörper richtete sich auf. „Ich will nicht nur gestrichen werden, ich will gelöscht werden. Verstehen Sie: Gelöscht!" — „Darauf sind wir spezialisiert. Und welche Daten, wünschen Sie, daß von Ihnen gelöscht werden?" — „Was ist denn von mir alles so gespeichert?" fragte dieser, nicht ohne Unterton. — „Oh, nur das unbedingt Notwendige. Name, Adresse, Familienstand, die wichtigsten Daten Ihrer Verwandten und Ihrer nächsten Bekannten, ihre Versicherungsverbindungen..." — „Alles!" rief Herr Robinson. Er war aufgesprungen und hatte seinen Kundenbetreuer am Rockaufschlag gepackt. „Ich bitte Sie, ich flehe Sie an, ich befehle Ihnen: Löschen Sie alles was über mich in diesen Firmenkarteien gespeichert ist. Restlos, verstehen Sie!" — Der Kundenbetreuer wurde förmlich. „Ich verstehe. Das ist kein Problem für uns. Allerdings verteuert sich dadurch die Angelegenheit für Sie etwas..." — Erst jetzt lockerte sich der Griff Herrn Robinsons. „Mir ist egal was es kostet. Nur: Löschen Sie mich!" — „Wie gesagt, das ist kein Problem für unser Unternehmen. Allerdings wäre da noch eine Kleinigkeit..." — „Welche?" Das Mißtrauen bei Herrn Robinson stieg wieder. — „Sie müssen eine Versicherung abschließen." — „Wozu eine Versicherung?" — „Sehen Sie: Es werden alle Daten über Sie bei den übrigen Firmen gelöscht. Damit sind sie unwiderbringlich weg. Nehmen wir aber den Fall an, daß Sie es sich in ein paar Jahren anders überlegen und wollen, daß Sie wieder überall eingespeichert werden. Das wäre äußerst teuer und Sie müßten, da Sie ja die Löschung veranlaßt haben, auch für die Kosten der Einspeicherung aufkommen..."

„Ich denke nicht daran, das jemals zu tun. Also brauche ich auch keine Versicherung." — „Tut mir leid, Herr Robinson. Dazu sind wir gesetzlich verpflichtet. Es ist sozusagen eine Art Selbstschutz. Wer weiß, die Zeiten können sich ändern..." — Herr Robinson lehnte sich wieder zurück. „Gesetzlich verpflichtet? Sie sind dazu gesetzlich verpflichtet?" Nach einer kurzen Pause: „Also gut, auch eine Versicherung. Ich zahle also auch für eine Versicherung." „Die Kosten sind nicht das wichtigste dabei. Sie müssen sich, äh, von einem Arzt untersuchen lassen..." — „Eine Untersuchung von einem Arzt?" — „Jawohl, das ist zum Abschluß dieser Versicherung unbedingt notwendig." — „Wozu? Ich bin vollkommen gesund. Die letzten fünf Jahre hindurch schon. Ich fühle mich bestens..." — „Herr Robinson, es geht nicht um Ihren — äh — körperlichen Zustand. Es geht um ihren — äh — na, Sie wissen schon..." Der seriöse Herr war sichtlich verlegen. Otto Robinson sprang erneut von seinem Sitz auf: „Es geht nicht um meinen körperlichen Zustand? Ja, wollen Sie denn sagen, ich muß mich von einem... einem Psychiater untersuchen lassen?" „Beruhigen Sie sich doch, Herr Robinson. Es ist ja nur eine Proforma-Untersuchung. Nur damit alles seine Richtigkeit hat." Herr Robinson dachte nicht daran, sich zu beruhigen. „Warum

um alles in der Welt soll ich mich von einem Psychiater untersuchen lassen?" — „Schauen Sie, auch das ist nur eine Art Selbstschutz. Es gibt immer wieder Kunden, die — na sagen wir — etwas unerbetet handeln, sich aus den Adressenkarteien streichen lassen und diesen Schritt später dann bereuen, weil sie keine Post mehr bekommen. Andererseits wiederum ist es eine Rechtfertigung gegenüber den Versandhäusern..." — „Eine Rechtfertigung gegenüber den Versandhäusern..." — „Jawohl, die fragen sich natürlich nicht zu Unrecht, warum Sie keine Prospekte und Kataloge mehr zugeschickt bekommen wollen. Genaugenommen ist das ja fast eine Art von Geschäftsstörung. Es kann wichtig für Sie sein, wenn Sie dann beweisen können, daß Sie kein — mh — Sonderling sind..."

★ ★ ★

Als Herr Robinson wieder nach Hause kam, stolperte er beinahe über die Berge von Post und Werbematerial, die wieder unter seinem Briefkasten lagen. Er hatte die LOESCH-DAT fluchtartig verlassen und war gedankenverloren durch die Stadt geschlendert. Aus den Augenwinkeln hatte er noch gesehen, daß der seriös aussehende Kundenbetreuer, der nun doch keinen Auftrag von ihm bekommen hatte, noch etwas in den Bildschirm getippt hatte.

Nun stand er wieder vor der häuslichen Beschering, die erneut mehr geworden zu sein schien. Die Erklärung war neuerlich schnell gefunden: Neben den üblichen Prospekten, die er ja nun in zweifacher Ausfertigung bekam, waren auch etwa 100 Zuschriften von Firmen darunter, die allesamt, da ihnen zu Ohren gekommen war, daß Herr Robinson aus den Adressenkarteien gelöscht werden will, für das „nächste Mal rasche und unbürokratische" — immerhin wäre man im Besitz einer perfekten Computeranlage — Auftragsverleumdung versprochen, so Herr Robinson zu ihnen komme.

Gerade als dieser die Werbezuschriften wie jeden Tag in den Altesbrennerofen werfen wollte, läutete die Türglocke. Herr Robinson öffnete. Draußen stand ein schon etwas älterer Herr, der einen langen Staubmantel und auf dem Kopf einen breitkrempigen Hut trug. „Mein Name ist Dr. Freitag". Er zeigte einen Ausweis her. „Ich komme von der Gesundheitspolizei. Darf ich eintreten?" Völlig verdattert ließ Herr Robinson den Beamten eintreten. „Von der Gesundheitspolizei? Darf ich wissen, was Sie von mir wollen?" Die Miene des Staatsdieners wurde düster. „Herr Robinson, es liegen schwere Vorwürfe gegen Sie vor." — „Vorwürfe? Was soll ich..." — „Unterbrechen Sie mich nicht. Sie, Herr Robinson, haben heute eine Untersuchung durch einen psychiatrischen Arzt verweigert. Ein Irrtum ist ganz ausgeschlossen. Wir haben die Information über unseren Zentralcomputer. Gott sei Dank sind die Herren bei der Firma LOESCHDAT so gesetzestreu, daß sie einen derartigen Vorfall sofort einspeichern. Also, Herr Robinson, was haben Sie dazu zu sagen?" — Dieser hatte vorerst nichts dazu zu sagen. Es hatte ihm die Sprache verschlagen. „Aber ich wollte doch nur..." stammelte er schließlich doch. „Herr Robinson. Ihr sonderbares Verhalten fällt sogar mir auf. Sind Sie sicher, daß Sie — mh — keine Beschwerden haben?" — „Beschwerden?" — „Nun ja, einer der nichts zu verbergen hat, der verweigert doch mir nichts dir nichts eine Untersuchung durch einen psychiatrischen Arzt. Das ist doch logisch, oder?"

In dem Moment, in dem Herr Robinson mit dem massiven gußeisernen Kerzenständer zuschlagen wollte, läutete erneut die Türglocke. Das dürfte dem Beamten das Leben gerettet haben — er hatte vom Ausholen mit dem schweren Gerät nichts bemerkt. Otto Robinson stellte das Ding wieder hin und ging zur Haustür. Das erste, was ihm bei seinem neuen Besucher auffiel, war die Tatsache, daß auch er einen langen Staubmantel und einen breitkrempigen Hut trug. Er unterschied sich von Dr. Freitag eigentlich nur durch die große dunkle Brille, die er aufgesetzt hatte. „Mein Name tut nichts zur Sache", erklärte er und blickte sich noch einmal vorsichtig um. „Ich komme von der Staatspolizei. Darf ich

eintreten?" Es war eigentlich eine unnötige Frage, denn er trat einfach ein. Herr Robinson trotzte verstört hinter ihm her. „Aber... Staatspolizei? Darf ich wissen, warum?" Im Wohnzimmer begegneten sich die beiden Beamten. „Oh, Sie haben Besuch", sagte der Staatspolizist, „das ist ungünstig". — „Der Herr ist von der Gesundheitspolizei..." wandte Herr Robinson vorsichtig ein. Schön langsam gewann er die Fassung wieder. „Herr Dr. Freitag, dieser Herr ist von der Staatspolizei", deutete Otto Robinson auf den Brillenträger. Die beiden Beamten nickten sich wohlwollend zu. „Nun", sagte der Staatspolizist, „wenn das so ist, dann kann ich ja offen sprechen. Herr Robinson, es liegen schwere Vorwürfe gegen Sie bei uns vor."

„Vorwürfe? Gegen mich? Bei der Staatspolizei?" — „Unser Zentralcomputer meldete, daß Sie schon bei zwei Agenturen gewesen sind, um sich aus den Adressenkarteien streichen zu lassen." — „Das stimmt. Und...?" — „Nun, wir haben in der letzten Zeit einen Spionagering ausgehoben. Alle Mitglieder dieses Spionagerings hatten versucht, sich aus den Adressenkarteien streichen zu lassen. Und so sind wir nun auch auf Sie aufmerksam geworden..." — „Ja, aber das ist doch ein völliger Unsinn". Herr Robinson gewann immer mehr an Selbstvertrauen. „Hören Sie, Herr... Angenommen ich sei wirklich ein Spion. Ich weiß, daß, wenn ich versuche, mich aus den Adressenkarteien streichen zu lassen, Ihnen das über ihren Zentralcomputer gemeldet wird. Ein richtiger Spion weiß das. Aber warum soll er es tun, wenn er damit nur die Aufmerksamkeit unnötig auf sich lenkt. Viel besser wäre es doch für einen Agenten, wenn er nicht auffällt." — „Aber genau das ist er doch, der Irrtum. Das ist doch der Überlick, mit der Spionage heutzutage betrieben wird. Sehen Sie: Sie als Agent..." — „Ich bin kein Agent." — „Also gut: Irgendein Agent muß sich tarnen. Er nimmt an, daß wir annehmen, daß es für jeden Agenten das Gescheiteste ist, wenn er nicht auffällt. Wie tarnt er sich also am besten?" — „Weiß ich nicht!" — „Er fällt auf. Mit voller Absicht. Er nimmt an, daß wir annehmen, daß kein Agent durch sein Verhalten absichtlich auffallen will. Also versucht er, sich aus den Adressenkarteien streichen zu lassen, weil er genau weiß, daß unser Zentralcomputer das meldet, uns dies also auffallen muß. Da wir aber wissen, daß der Agent annimmt, daß wir annehmen, daß Agenten sich bemühen nicht aufzufallen, er also zur Tarnung absichtlich auffällt, sind alle Personen, die sich auffällig verhalten, für uns potentielle Agenten. Das ist doch logisch, oder nicht...?"

★ ★ ★

Am nächsten Tag wachte Herr Robinson wie gerädert auf. Das Läuten der Türglocke mußte ihn geweckt haben, denn sie läutete immer noch. Mühsam raffte er sich auf und ging zur Haustür, wobei ihm einfiel, daß er bis in den späten Nachmittag mit den beiden Beamten diskutiert hatte. Aber er hatte sie, so glaubte er zumindest, davon überzeugt, daß er weder ein feindlicher Agent noch ein armer Irrer mit Verfolgungswahn ist.

Vor der Tür stand der Postbote. „Hören Sie, jetzt wird's mir aber langsam zuviel. Jetzt muß ich schon eine eigene Fuhr für ihre Post machen." — „Aber..." — „Da sehen sie her. Acht große Kartons, voll mit Post für Sie. Ich hab's ihnen hier vom Lastwagen noch ausnahmsweise einmal abgeladen. Aber wenn das so weitergeht, muß ich sie über den Computer unserer Zentrale melden. Das sehen Sie doch wohl ein?"

Herr Robinson war fassungslos. Der Postbote war schon längst abgezogen, als er noch immer, nur mit einem Morgenmantel bekleidet, im Freien vor den acht riesengroßen Pappkartons, die bis obenhin mit Post gefüllt waren, stand. Erst nach und nach kam wieder Leben in ihn. Wollten die denn überhaupt nie aufgeben?

Otto Robinson stürzte sich in die Kartons und wühlte in den Prospekten und Katalogen herum. Nach neun Stunden harter Arbeit hatte er einen Überblick gewonnen. Dazu gekom-

men waren: 489 Rechtsanwälte, denen über die jeweilige EDV-Anlage „zu Ohren gekommen war“, daß er, Herr Robinson, sowohl der Gesundheitspolizei als auch der Staatspolizei aufgefallen wäre, woraus zu schließen sei, daß er sich in „einer mißlichen Lage“ befinde und sie deshalb auf „diesem Weg völlig unaufdringlich“ ihre Dienste anbieten wollten. Weiters 17 Unternehmen, die sich darauf spezialisiert hatten, „angehende Agenten im Nahkampf auszubilden.“ 531 Bekleidungshäuser, die sich erboten, die dazugehörige Ausstattung und Tarnungen aller Art zu beinahe Schleuderpreisen zu stellen, teilte Herr Robinson ebenfalls dem Stoß mit der Aufschrift „Geheimdienst“ zu.

Nicht minder groß war der Stoß „Psychiatrie“. 57 psychiatrische Ärzte hatten ebenfalls über die jeweilige EDV-Anlage von dem Vorfall bei LOESCHDAT erfahren und warben für sich mit dem dezenten Hinweis darauf, daß gerade in „ihrer jetzigen kritischen Situation oberste Behutsamkeit angebracht ist.“ Deshalb sollte er eben auch nur zu ihnen, den wahren und einzigen Spezialisten auf diesem Gebiet kommen, bevorzugte Behandlung werde gerade ihm gewährleistet. 12 Sanatorien schlugen mit ebensoviele Katalogen in dieselbe Kerbe. Dazu kamen noch 385 Supermärkte, die selbstverständlich auch für „ihren speziellen Fall die richtigen Lebensmittel führen“. Die Wahl der Ernährung sei gerade in seiner Situation von besonderer Wichtigkeit. Herr Robinson saß geknickt vor den beiden Haufen. Einen Faltprospekt hielt er noch in der Hand, den ihm sein Greißler um die Ecke zuschicken hatte lassen. Dunkelrote Überschrift: „Wir haben Fischwochen!“ Darunter, in etwas kleineren Lettern der direkte Bezug zu seiner jetzigen Lage: „Fisch enthält Phosphor. Und Phosphor ist gut fürs Gehirn!“

Das war zuviel. Eindeutig zuviel. Todesmutig faßte Herr Robinson einen schwerwiegenden Entschluß. Er mußte diesem Übel ein für alle Mal Herr werden, den Drahtziehern dieses Verbrechens an seiner Person ein für alle Mal das Handwerk legen. Er mußte mit seiner Geschichte zu einer Zeitung gehen.

Die weiteren Ereignisse überschlugen sich. Die größte Zeitung des Landes hatte sich seiner angenommen. Der beste Reporter, den das Blatt aufzubieten gehabt hatte, berichtete auf einer ganzen Doppelseite über das leidvolle Schicksal Herrn Robinsons. Auch der Aufmacher auf Seite 1 war ihm gewiß: „Ein Mann kämpft gegen das Wirtschaftsimperium!“ Es war ein flammender Artikel — ein einfacher Bürger wehrt sich gegen die totale Verdattung seiner Person. Otto Robinson war über Nacht zum Helden der Nation geworden. Der Bericht über seine Person hatte nur den kleinen Schönheitsfehler gehabt, daß es sich der Reporter nicht verkneifen konnte, auch die Adresse Herrn Robinsons zu erwähnen...

Das Ende kam schnell. Ganze Heerscharen von Rundfunk- und Zeitungsleuten belagerten ab sofort Herrn Robinsons Haus in der Einfaltstraße. Sie unterstützten ihn alle in seinem Kampf und wurden durch die Tatsache, daß es von Tag zu Tag schwieriger wurde, sich durch die immer größer werdenden Berge von Zuschriften, die nun schon seinen kleinen Garten völlig bedeckten, durchzuwühlen, um zu ihm zu einem Interview vorzudringen, in ihrer Meinung nur bestärkt. Seine Lebensgeschichte wurde bis zu seiner Geburt aufgerollt, über alles, was er jemals getan hatte, wurde berichtet, über alle Gespräche, die er irgendwann einmal mit irgend jemandem geführt hatte, wurde geschrieben. Die Zuschriften wurden noch mehr. Kleine Provinzblätter vermarkteten sei-

ne Geschichte ebenso wie die größten Fernsehanstalten. Herr Robinson wurde weltberühmt. Rund um den Erdball wurden „Robinson-Fan-Klubs“ gegründet, die ihn samt und sonders — brieflich — baten, doch wenigstens den Ehrenvorsitz zu übernehmen. Vom „Time-Magazin“ wurde er zum Mann des Jahres gewählt, Bilder, die die amerikanische Fernsehanstalt ABC aufgenommen hatte und in denen er vor laufender Kamera auf dem Boden geknickt und schluchzend gefleht hatte: „Bitte, schreibt mir nicht mehr, bitte...“ wurden von allen Rundfunkanstalten rund um den Globus ausgestrahlt. Mit Untertiteln in China, selbstverständlich synchronisiert in den USA. Ersteres trug ihm Kataloge über Sprachkurse ein.

Bereits 14 Tage, nachdem Herr Robinson den unheilvollen Entschluß gefaßt hatte, sich von der Firma NIXDAT aus den Adressenkarteien streichen zu lassen, war alles vorbei. In einem kleinen Moment der Gedankenverlorenheit hatte er eines Morgens, ohne daran zu denken, was draußen sein könnte, unachtsamerweise die Haustüre geöffnet. Er wurde von dem Postberg, den fünf Beamte mit 24 Lastkraftwagen in einer Frührschicht vor seinem Haus mühsam aufgetürmt hatten, verschüttet.

Die Obduktion stellte Tod durch Ersticken fest. Ironie des Schicksals: Ein kleiner Faltprospekt seines Greißlers von nebenan hatte die Luftrohre verlegt. Der hatte sich erfrecht, auf eine neue Werbelinie umzusteigen. Titel in fast schon schwarzroten Lettern: „Bei mir kaufen Leute wie Herr Otto Robinson ein!“

Es war ein Staatsbegräbnis. Die Regierungschefs aller Nationen erschienen höchstpersönlich, um dem Verstorbenen, dessen Ruhm leider nur von kurzer Dauer gewesen sein sollte, die letzte Ehre zu erweisen. Die Trauergemeinde umfaßte Zehntausende von Menschen. Sämtliche Fernsehstationen übertrugen die Trauerfeierlichkeiten, ließen in Filmbildungen noch einmal die Stationen im Leben Otto Robinsons Revue passieren und berichteten zum letzten Mal ausführlich über seinen glücklosen, weil aussichtslosen Kampf gegen die Verdattung des Menschen. Salutschüsse wurden abgefeuert, als sich der Sarg ins Grab senkte. Millionen von Zusehern auf der ganzen Welt durften diesen Moment live miterleben, wurde dieser Tag doch fast überall wegen des tragischen Ereignisses für arbeitsfrei erklärt. Ein hochrangiger Vertreter der UNO ließ in diplomatischen Kreisen sogar durchblicken, daß man das nächste Jahr zum „Robinson-Jahr“ erklären wollte. Symbolisch — versteht sich, weil doch alle derartigen Aktionen der Vereinten Nationen nur so zu verstehen sind — wollte man sich damit spät aber doch „der Idee des größten Märtyrers unseres Computerzeitalters anschließen.“

Als die Trauerfeierlichkeiten vorüber waren, ging der Pfarrer jenes Kirchenbezirkes, dem der eben Begrabene angehört hatte, in die Sakristei seines Gotteshauses und hantierte an einem dort befindlichen Gerät, das aufgrund seines modernen Aussehens just nicht in die übrige ehrwürdige Atmosphäre des alten Inventars passen wollte. Auf dem Bildschirmgerät erschien die Überschrift: „Zentrale Kirchenbeiragsstelle“. Der Pfarrer tippte ein: „Robinson Otto.“ Die Aufschrift wechselte blitzschnell: „Welche Aktion?“ Der Pfarrer tippte ein: „LOESCH ALL“.

Otto Robinson, wohnhaft Einfaltstraße 19, A-8888, war am Ziel.

DIE REDE

Hermann Schaller

CHANCEN FÜR DIE JUGEND — VERWIRKLICHUNG VON UTOPIEN

Die vorliegende Rede wurde anlässlich einer Tagung des Bildungshauses Mariastort gehalten.

Ich habe eine sehr schwierige Aufgabe übertragen bekommen und ich muß gestehen, daß mir die Vorbereitung zu diesem Vormittag eigentlich sehr viel Kopfzerbrechen bereitet hat. Man steht selbst viele Jahre im öffentlichen Leben, hat vieles an Ideen und Vorstellungen eingebracht, sie schwer oder kaum zu realisieren vermocht und trotzdem eigentlich nicht aufgegeben. Und als Mensch wird man schließlich selbst von der Thematik berührt: Ich habe eine Familie mit drei Kindern in einem Alter, wo viele Fragen gestellt werden, einen 19-jährigen Sohn und zwei Töchter mit 17 und 12 Jahren.

Ich werde mir es ersparen, noch einmal all das zu analysieren, was an Problemen angeschnitten wurde, weil wir sonst über die Analyse nicht hinauskommen. Ich möchte an Problemkreisen zusammenfassend nennen: Das Konsum- und Wohlstandsdenken, den Fortschrittsglauben, den Glauben an die Machbarkeit auf der einen Seite und die Enttäuschung über das Ergebnis, nämlich der Niedergang in den zwischenmenschlichen Beziehungen; die zunehmende Korruption des Menschen und unserer Gesellschaft, die bedenkenlose Ausnutzung von Macht und Einfluß, wie immer sie sich darstellt, bis hin zur Günstlings- und Privilegienwirtschaft, die „Verbonzung“ in allen Bereichen. Verständlich daher das Ohnmachtsgefühl vieler Menschen angesichts einer Politik, die sich eigentlich als Durchsetzung von Gruppenegoismen darstellt und die Schwachen, die kleinen Gruppen, die Unorganisierten, jene, welche sich selbst nicht artikulieren und nicht auf die Straße gehen und streiken können, vergißt. Die Stillen und Schüchternen, die kommen unter die Räder und fühlen sich von dieser Art von Politik verlassen, ohnmächtig, verschaukelt. Ein erschreckendes Bild, wenn sich Politik nur mehr an der Meinungsforschung orientiert, an dem, was ankommt. Sie hat meinem Gefühl nach jedweder Glaubwürdigkeit und Problemlösungskompetenz eingeüßt und ist mit die Ursache der Krisen unserer Parteidemokratie.

Nun, ich kann Ihnen heute keine fertigen Antworten liefern. Ich möchte versuchen, als Grundlage für ein Gespräch einige Vorstellungen zu formulieren, die vielleicht Anstoß sein könnten für junge und kritische Menschen, sich mit der Politik wieder auseinanderzusetzen. Ich gehe davon aus, daß wir die Gesellschaft verändern und nach neuen Prinzipien gestalten müssen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, in welches Risiko ich mich dabei beuge, nämlich an den Ansprüchen, die ich formuliere, auch selbst überprüft zu werden. Nun, vielleicht muß ich meine persönliche Position formulieren.

Ich selbst bekenne mich zu einem bestimmten Menschen- und Weltbild. Ich werde in einigen Zügen versuchen, dieses Menschen- und Weltbild darzustellen und entsprechende Konsequenzen abzuleiten. Ich bekenne mich zu einer ethischen Dimension politischen Handelns. Ich glaube, daß Politik ohne Ethik nicht möglich ist und ich bekenne mich daher auch zu einer Politik, die sich an Werten zu orientieren hat. Ich bekenne mich zu einem Menschenbild, das ausgeht von der Geschöpflichkeit des Menschen. Ich habe einmal den bezeichnenden Satz gelesen: „Wir brauchen keinen Gott, wir sind unsere eigenen Götter“. Dieses Menschenbild, das den Anspruch auf die Machbarkeit aller Dinge in sich trägt, hat uns eigentlich in die Katastrophe hineingeführt und ist mit der Grund, daß wir uns eben mit solchen Problemen auseinanderzusetzen haben. Ich gehe von einem Menschenbild aus, das die persönliche Freiheit und die Möglichkeit, sich selbst zu entscheiden, beinhaltet. Das klingt sehr banal, ist es aber deshalb nicht, weil es offen läßt, sich nicht nur zum Guten, sondern auch zum Bösen zu entscheiden. Wie überhaupt das Böse als Böses nicht mehr anerkannt wird. Vielleicht ist dies eine der Ursachen, daß wir manchmal am Menschen vorbei Politik machen. Hier sehe ich z.B. den Grundirrtum des Marxismus, der von einem Welt- und Menschenbild ausgeht, das den Menschen von vornher-

ein als Produkt seiner Umwelt sieht und daher konsequenterweise meint, mit einer Veränderung der Verhältnisse den einzelnen, die Gesellschaft zum Guten zu verändern und — vereinfacht ausgedrückt — eine Entwicklung hin zu einem Paradies auf Erden einzuleiten. Ich gehe von einem Menschenbild aus, welches die personale Verantwortung in den Mittelpunkt stellt. Wir haben Entwicklungen hinter uns, in denen das Mißtrauen gegen den Menschen so groß geworden ist, daß man die Entscheidungen lieber in den kollektiven Bereich verlegt, zum Apparat hin, in die entsprechenden Gremien hinein. Ich gehe aus von der Gebundenheit des Menschen. Gebundenheit gegenüber dem Schöpfer auf der einen Seite und Gebundenheit gegenüber den Mitmenschen. Aus diesem Menschenbild leite ich ab, was wir Christen als Brüderlichkeit oder Geschwisterlichkeit bezeichnen. Sie ist der eigentliche Hintergrund einer Menschenliebe, die ihren Ausdruck findet in dem, was sich in einem weiteren Teil behandeln möchte, nämlich im Prinzip der Solidarität.

Solidarität mit den Menschen, Solidarität mit der Kreatur, Solidarität mit der Umwelt, Solidarität mit der Dritten Welt, Solidarität mit den nachfolgenden Generationen. Solidarität betrifft ja nicht nur die Politik. Politik ist ja nur ein Teil unseres Lebens. Soweit dieses unser Handeln von dieser Brüderlichkeit aus bestimmt ist, müßte sie eigentlich die Welt von der Wurzel her verändern. Solidarität mit dem Schwachen, dem Außenseiter. Sie erfordert es, sich einzusetzen für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Einige Fragen, die uns auch dann in der Diskussion beschäftigen könnten: Ist es gerecht, daß der eine, der für seine Arbeit genau so viel an Einsatz erbringt S 6.000.— bekommt, der andere aber S 600.000.—? Ist es gerecht, daß wir heute in unserem Land 200.000 Menschen haben, die ohne Arbeit sind und sehr viele satte Doppelverdiener? Wobei ich auf das Wort „satt“ Wert lege, weil doppelverdienenden durchaus auch unumgänglich, wichtig und notwendig sein kann. Ist es gerecht, und das ist mir bis heute nicht verständlich, daß bei Lohnverhandlungen alle denselben Prozentsatz bekommen? 5% bedeuten für den Kleinen S 300.— für den Großverdiener S 3.000.—. Ist es gerecht, wenn alle, unabhängig vom Einkommen und Vermögen, das gleiche bekommen, wenn alle auf das Gratischulbuch, auf die billigere Milch, auf die Schülerfreifahrt Anspruch haben? Kann Gleichheit dann nicht zur Ungerechtigkeit werden? Ist es gerecht, wenn einzelne Regionen ausgehungert und andere gemästet werden? Na, da gibt es sehr viele konkrete Beispiele. Ich will hier ganz sicher keine Parteilpolitik machen, aber ist es gerecht, daß beispielsweise Investitionen in der Bundeshauptstadt im größten Ausmaß getätigt werden, andere Gebiete einfach unter den Tisch fallen? Wie steht es mit der Gerechtigkeit, wenn ein Be-

trieb mit 2.000 Arbeitsplätzen mit Recht vom Staat unterstützt und gefördert wird, der Kleine ohne Hilfe wegstirbt, weil eben nur 10 oder 15 Leute beschäftigt sind. Ist der Arbeitsplatz in einem Betrieb mehr wert als in einem anderen? Für mich persönlich war die Frage der Gerechtigkeit ein entscheidendes Motiv für mein Engagement in der Raumordnungspolitik. Gerade als Abgeordneter eines Bezirkes mit sehr vielen Strukturproblemen habe ich zunehmend gespürt, daß hier etwas nicht stimmen kann, daß man etwas ändern muß, daß sich die Politik an anderen Grundsätzen orientieren muß.

Zur Solidarität gehört auch, daß man sich zu engagieren hat für jene, die sich selbst nicht zu artikulieren vermögen, die nicht sehr wortgewaltig sind, die nicht einfach auf die Straße gehen und streiken und eine Straßenblockade machen können. Es sind dies die Minderheiten in unserer Gesellschaft, die Behinderten, die unter die Räder kommen, auch jene, die gestrauchelt — und meinetwegen durch eine sehr ungünstige Gesellschaft — dem Rauschgift oder dem Alkohol verfallen sind. Zur Frage der Solidarität gehört auch das Engagement für Menschenrechte und Menschenwürde. Ich habe vor zwei Tagen Gelegenheit gehabt, mit christlichen Gewerkschaftern aus Lateinamerika zu sprechen. Es ist einfach aufwühlend und umwerfend. Wenn man das alles hört, was sich dort abspielt, dann fragt man sich wirklich, in welcher Welt leben wir eigentlich hier in Mitteleuropa? Blind gehen wir an den Dingen vorbei. Wo engagieren sich unsere Politiker für Menschenrechte? Wir produzieren Waffen mit dem in diesem Fall wirklich sehr problematischen Argument der Arbeitsplatzsicherung.

Die Würde des Menschen, sie wird nicht nur in Afghanistan und in der Sowjetunion, in den Irrenhäusern, wo die Menschenrechtskämpfer eingeliefert werden, verletzt. Auch in Mittelamerika, auch bei uns etwa bei der Mißhandlung von Frauen und Kindern, darüber wird nicht gerne geredet. Oder bei der Behandlung von Lehrlingen oder Mitarbeitern. Sogar in der Familie gibt es das. Auch im Umgang mit den eigenen Kindern können Menschenrechte verletzt, die Würde des Menschen in Frage gestellt werden. Oder die Behandlung des Menschen in Ämtern, Behörden, bei Interessensvertretungen. Ich frage mich auch, ob es mit der Würde des Menschen vereinbar ist, wenn wir ihn zum Bittsteller, zum Subventionsempfänger degradieren. Ich habe den Eindruck, daß die „Interventionitis“, die Parteibüchlerwirtschaft nirgends so arg ist wie bei uns in Österreich. Das ist ja für mich als Politiker, und das sage ich offen, alarmierend, daß unsere beiden Großparteien in dem kleinen Österreich

ebensoviele Mitglieder haben, wie die CDU, CSU und SPD in der BRD zusammen. Da stimmt doch irgend etwas nicht.

Die Solidarität mit den künftigen Generationen:

Es ist schon erschütternd, in welcher erschreckender Weise wir eigentlich unseren Planeten Erde ausbeuten. Wir handeln, als wären wir die letzte Generation, als wäre eigentlich alles das nur für uns Heutige geschaffen. Wir nutzen unsere Ressourcen bedenkenlos, wir verzehren, wir verbrauchen schon jetzt, was eigentlich erst in zwei oder drei Generationen verdient werden muß.

Die Solidarität mit der Natur und der Umwelt:

Ich möchte es als Ehrfurcht vor der Schöpfung bezeichnen. „Macht Euch die Erde untertan“. Wie sehr haben wir diesen Schöpfungsauftrag mißbraucht. Was haben wir aus unserer Mutter Erde gemacht? Dem Konsum haben wir sie unterworfen. Wir verbrauchen und verschwenden. Ob es die Pflanze ist, das Wasser, die Luft, die Landschaft. Ich habe Auseinandersetzungen bei der Vorbereitung und Verabschiedung des Raumordnungsgesetzes miterlebt, die im höchsten Maße ernüchternd waren. Wie hat sich doch die Einstellung verändert. Selbstverständlich wird alles als Konsumgut angesehen, wo niemand ein Recht hat, mir überhaupt etwas hineinzureden. Das gehört mir, da kann ich tun und lassen was ich will.

In der Diskussion zum neuen Tierschutzgesetz hat mir ein Kollege einmal gesagt: „Mit meinem Tier kann ich machen was ich will, es ist mein Eigentum. Ich kann es töten, wann immer ich will“. Welch eine Verwirrung, welche eine Auffassung von Eigentum und Verantwortung! Dabei ist uns dies alles ja nur leihweise, als Lehen sozusagen, anvertraut, wir dürfen es gebrauchen und verwerten. Erschreckend, daß das Gefühl und das Bewußtsein für diese Einstellung völlig verloren gegangen ist, bis tief in bäuerliche Kreise hinein.

Die Sprache bringt diese Veränderung in bezeichnender Weise zum Ausdruck. Man nennt sich Landwirt und nicht Bauer, man baut nicht an, sondern produziert. Man spricht ja auch von Pflanzenproduktion, Tierproduktion usw.

Das Gefühl, im Tier, in der Pflanze einem Teil der Schöpfung zu begegnen, hat einer eher mechanistischen, technokratischen Auffassung Platz gemacht und hat weggeführt von dem, was wir einmal bäuerliche Gesinnung genannt haben: behutsamer und einfühlsamer Umgang mit den Gütern der Natur, das Wissen um die Verletzlichkeit, das Denken in Generationen, die Nachhaltigkeit in der Bewirtschaftung, wie es uns Ekkehard Hauer immer wie-

der predigte. Heute wissen wir, daß wir es mit einem unglaublich komplexen System zu tun haben, das sehr, sehr empfindlich reagiert, wenn es falsch behandelt oder vergewaltigt wird — und es wird vergewaltigt.

Was ist eigentlich die politische Relevanz dieses von mir aufgestellten Grundsatzes der Ehrfurcht vor der Schöpfung: Daß ich eben versuche, solche Vorstellungen in der politischen Diskussion auch durchzusetzen. Ich bin sicherlich nicht durch Zufall, sondern über diesen Ausgangspunkt her in einschlägigen Bereichen engagiert, ob das nun die Raumordnung, der Naturschutz oder die Umweltgestaltung sind. Ich glaube, es ist einfach notwendig, daß sich auch — und vor allem der Politiker — zum Anwalt unserer Umwelt macht. Ich habe da sehr viele konfliktreiche Erfahrungen. Oft genug ist es die zerbrechliche Natur, die bedrohte Umwelt, die unter die Räder kommt, weil keine „Pressure groups“, keine Lobbies, keine Mächtigen dahinter stehen, im Gegenteil, man hat sich gerade mit ihnen auseinanderzusetzen, ob es in der Steiermark die Frage der S 8 ist oder des Nationalparks in den Schludminger Tauern, um nur einige konkrete Beispiele zu nennen. Oder die Frage der Luftreinhaltung, da gab es konfliktreiche Erfahrungen und mächtige Gegner. Oder die Trassenführung bei Hochspannungsleitungen. Selbstverständlich wird die Trasse dort hingeschoben, wo der geringste Widerstand gegeben ist. Das sind dann die Muraue, die können sich nicht wehren. Den Konfliktfall habe ich gerade. Ich will Ihnen hier nicht noch mehr Probleme aufzeigen, es genügt, um die politische Relevanz eines solchen Grundsatzes aufzuzeigen.

Ein zweites Prinzip, das mir neben der Solidarität sehr wichtig erscheint, ist jenes der Toleranz. Eine plurale, demokratisch, freiheitlich orientierte Gesellschaft scheint mir überhaupt nur möglich, wenn ein hohes Maß an Toleranz erreicht werden kann. Ansonsten laufen wir Gefahr, entweder in Kollektiv und Vermassung oder aber in einem schrankenlosen Individualismus unterzugehen. Die Gefahr ist, daß ein Mangel an Toleranz fast zwangsläufig zu einer Unterdrückung innerhalb der Gesellschaft führen muß. Mir scheint, daß in unserer Demokratie diese Toleranz nicht sehr entwickelt ist. Und ich meine, daß die mangelhafte Toleranz mit die Ursache für manch schlimme Zustände ist, wie wir sie heute vorfinden.

Was verstehe ich unter Toleranz? Toleranz ist ganz sicher keine mathematische Größe, etwa in der Form, daß jeder ein bißchen nachgeben muß und in der Mitte dann die Lösung liegt. Vielleicht liegt sie in der Mitte, aber oft ganz wo anders. Toleranz ist also keine mathematische Größe, weil eine solche

mathematische Größe zu einer charakterlosen Anpassung führen würde. Ich verstehe unter Toleranz die Bereitschaft, den anderen von vorneherein einmal so zu akzeptieren, wie er ist, ohne ihn ändern zu wollen nach einem Maß, welches ich für richtig halte. Das ist z.B. ein Punkt, der in der Erziehung eine entscheidende Rolle spielt. Ich habe den Eindruck, daß viele Eltern wirklich einen großen Fehler machen, wenn sie glauben, ihre Auffassung durchsetzen zu müssen, weil sie die richtige ist. Vermutlich ist sie die richtige, weil eine reiche Lebenserfahrung dahinter steht. Aber in dem Moment, wo ich davon ausgehe, daß ich die richtige Auffassung habe und sie auch durchsetzen will, laufe ich Gefahr, gegen den Grundsatz der Toleranz zu verstoßen, wenn es an Einsicht fehlt. Ich verstehe unter Toleranz das wache Interesse am anderen, an seiner Auffassung und den ersten Willen, sich mit dieser seiner Auffassung auch auseinander zu setzen.

44

Nun, Toleranz setzt auch ein hohes Maß an Vertrauen auf die Idee und ihrer Überzeugungskraft voraus. Um das noch einmal zu sagen. Ich verstehe Toleranz nicht als Gleichmacherei, in der jeder ein bißchen nachgibt. Es entspricht der Toleranz, daß wir aus einer festen eigenen Überzeugung heraus in dieser Begegnung von Mensch zu Mensch, von Auffassung zu Auffassung, so etwas wie einen Lernprozeß vollziehen. Ich verstehe unter Toleranz auch, und das ist sicher nicht ganz ungefährlich, wenn ein Politiker so etwas sagt, den klaren Verzicht, diese meine Auffassung, auch wenn ich sie für richtig halte, mit Machtmitteln jeder Art durchzusetzen. Aus diesem Verständnis von Toleranz entsteht das, woran es uns heute so mangelt, nämlich die Bereitschaft zum Dialog, die Absicht, mit dem anderen in ein Gespräch einzutreten, ihn anzuhören, sich mit ihm zu beschäftigen.

Zur Toleranz gehört ganz sicher auch, Konflikte zu bejahren. In einer pluralen Gesellschaft wird es immer Konflikte geben, weil natürlich das Interesse und die Absicht, eigene Auffassungen und Gestaltungsprinzipien zum Tragen zu bringen, naturgemäß anderen Auffassungen und Gestaltungsprinzipien zuwiderlaufen werden. Die Bejahung, daß es Konflikte gibt, ist auch schon ein Teil der Bewältigung.

Was sind nun die Konsequenzen aus einem solchen Toleranzbegriff? Daß wir eigentlich alle Formen von Intoleranz, von Gewaltanwendung bekämpfen müssen, z.B. den Gewissensdruck in den Betrieben. Das ist wirklich erschrecklich, unter welchen Verhältnissen viele Menschen leben. Die Einschüchterung auf allen Ebenen. Auf allen Ebenen bitte, nicht nur auf der politischen. Der Kampf gegen alle Arten von Abhängigkeit. Der Verzicht

auf die Gewaltanwendung, ich habe schon gesagt, bis an die Grenzen des überhaupt Möglichen, auf die Demütigung des politischen Gegners. Es war für mich ein ganz einprägsames Erlebnis. Der seinerzeitige Landeshauptmann Josef Krainer hat uns einmal, nach einer Wahl, es war nach der Sechshundsechziger-Wahl, wo wir sehr hoch gewonnen haben, gesagt: „Wir dürfen nie den anderen, die Männer aus der anderen Partei, in eine Situation bringen, in der sie gedemütigt werden. Wir müssen auch den politischen Gegner — das Wort gefällt mir überhaupt nicht, den anderen akzeptieren und nicht demütigen“. Ich glaube, das was die Politik vielfach so suspekt und so unglaublich macht, ist die Herabsetzung. Gerade vor Wahlkämpfen. Das ist mir innerlich zuwider, wie einer den anderen herabsetzt. Und das ist für mich, ich möchte fast sagen, eine traurige Erfahrung, daß es offensichtlich nicht möglich ist, dies zu ändern. Die Konsequenz aus diesem Toleranzbegriff ist also die Bereitschaft zum Gespräch bis zur physischen Erschöpfung. Natürlich gibt es in der Demokratie dann irgendwann nach Gesprächen auch Entscheidungen. Das ist klar, ganz klar. Sonst würden der Staat und die Gesellschaft handlungsunfähig werden. Die Entscheidungen sollten, dort wo sie getroffen werden müssen, einsehbar und mitvollziehbar sein. Das ist auch so ein Problem. Es werden Gesetze gemacht, von denen die Bürger keine Ahnung haben. Wir selber als Abgeordnete sind zwar überzeugt, wie gut das ist, was wir da gemacht haben. Dann stellt sich aber heraus, daß das gar nicht vollziehbar ist, weil die Menschen es in ihrem Bewußtsein nicht mitvollziehen haben.

Nach Solidarität und Toleranz möchte ich über ein Drittes sprechen, nämlich über die Wahrhaftigkeit, den Mut zur Wahrheit. Es ist die andere Seite der Glaubwürdigkeit oder der nicht vorhandenen Glaubwürdigkeit. Dieser Mut zur Wahrheit wird von uns allen in Zukunft verlangt werden und wird uns selbst einiges abverlangen. Wir sind eigentlich auch in der Erziehung den sehr bequemen Weg gegangen. Ich habe immer wieder miterlebt, wie die Ansprüche heruntergeschraubt worden sind und wie man meinte, wenn man viel bietet, wenn man möglichst wenig verlangt, möglichst wenig an Vorstellungen formuliert, sei das richtige, Erziehung mit dem Tausender in der Hand.

Wir sind, wie mir scheint, eher den bequemeren Weg gegangen und haben die unangenehmen Dinge verdrängt. Der Schmerz, das Leid, der Tod, sind eigentlich wegdiskutiert worden, wie das Alter und die Gebrechlichkeit. Wir haben alte Menschen in „schöne Altenheime“ gegeben und damit gemeint, unser Problem gelöst zu haben.

Auch in der Politik haben wir verdrängt: die negativen Seiten unserer Wachstums- und Konsumgesellschaft, die vielen Ängste, die es gibt, die Vereinsamung des Menschen, den Verlust an Lebensinn. Man muß sich wirklich fragen, ist es ein Zufall, daß wir das Land mit den meisten Selbstmorden sind. Ich habe da so einen Fall mitgebracht, der mich wirklich sehr berührt hat, wo ein 17-jähriger aus einer sehr guten Familie, ein Stiller, der viel gelesen hat, ein sympathischer Kerl, sich erschossen hat. Die Eltern stehen vor einem Rätsel. Wie ist das möglich? Wo haben wir versagt?

Die Zerstörung der Gesellschaft in den Strukturen, in den Dörfern draußen: Da sind gewachsene Strukturen zerstört worden und untergegangen und nichts Besseres oder nichts Gleichwertiges ist an ihrer Stelle entstanden. Die Auflösung von Familie und Ehen! Wie ernst nehmen wir Partnerschaft, über die wir gestern diskutiert haben? Wie sehen wir uns selbst? Man muß, glaube ich, auch sich selbst, seine Position immer wieder in Frage stellen, kritisch überprüfen. Das ist gar nicht so einfach, das ist leichter gesagt als getan. Wenn man dann selbst auf Kritik stößt, ist man eigentlich trotzdem viel empfindlicher als man es gern sein möchte. Kritikfähigkeit: Auch das gehört zur Wahrheitsliebe, daß wir Ansprüche stellen müssen. Ansprüche auch an den Bürger. Sie erwarten von uns, daß wir nicht nur immer ihnen sagen, was sie noch alles bekommen werden, was wir alles für sie tun werden. Wir sollten oder wir müssen, wenn wir auch glaubwürdig sein wollen, die Dinge beim Namen nennen, und ihnen auch sagen, was wir von ihnen erwarten. Das haben wir eigentlich verlernt. Wir sagen lieber, was wir ihnen geben, aber nicht, was wir von ihnen erwarten.

Dieser Mut zur Unbequemlichkeit, meine Damen und Herren, ist gar nicht so einfach. Das könnte leicht zum politischen Harakiri führen. Aus meiner Erfahrung im öffentlichen Leben weiß ich, daß es möglich ist, Probleme, die einem vordergründig auf den Kopf fallen könnten, dennoch zu lösen, wenn man sie zeitgerecht aufgreift und anpackt. Beispiel: Ich habe in der frühen Raumordnungsdiskussion sehr viel Mühe gehabt, diese Themen in der eigenen Partei zum Tragen zu bringen und es hat gar nicht wenige gegeben, die gesagt haben, das ist politischer Wahnsinn, was du machst. Sollen wir unsere Stammwähler vor den Kopf stoßen, wenn wir Beschränkungen, Belastungen für Grund und Boden auferlegen, die er ja früher nicht gehabt hat: wir müssen das verhindern, wir haben ja die Mehrheit. Hier den umgekehrten Weg zu gehen und Probleme aufzugreifen, weil sie Probleme sind, weil wir die Mehrheit haben — das ist nicht

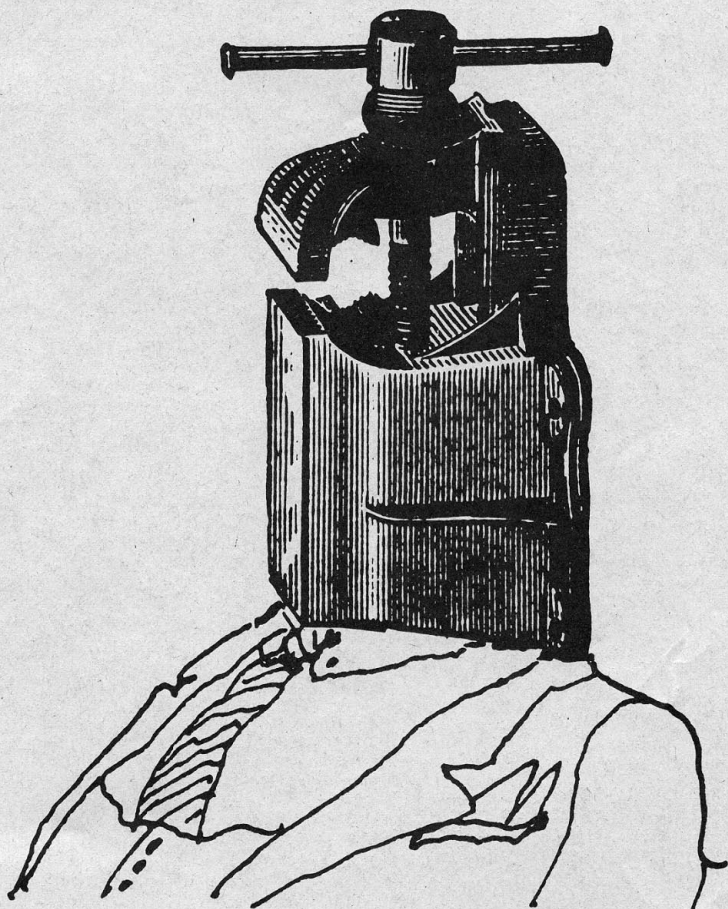
ganz einfach. Es ist gelungen, ohne Schaden, es war ein langer, mühevoller Prozeß von mehreren Jahren. Ich bin hinausgefahren, ich habe mit Bauern diskutiert in allen Bezirken, mit den Hauptbetroffenen. Ich habe mich sogar einmal als Kommunist beschimpfen lassen müssen. Es hat mir nichts ausgemacht. Letztendlich hat sich doch die bessere Einsicht durchgesetzt. Der Politiker hat einmal die Aufgabe, Probleme aufzugreifen, Bewußtsein zu schaffen. Dann bin ich auch wählbar. Weil wir gewählt werden müssen, die Mehrheiten anstreben müssen, können wir keine Politik machen, die von der Mehrheit abgelehnt wird. Es muß nur dann eben gelingen, durch Argumentation und Gespräche und Information die Mehrheit, die vielleicht in diesen Fragen überhaupt kein Problembewußtsein hat, zu einem Problembewußtsein zu führen, um eine Zustimmung zu erreichen. Und dann eben, was ich früher gemeint habe, Entschei-

dungen möglichst erst dann zu treffen, wenn sie mitvollziehbar sind. Das ist ein sehr mühsamer und anstrengender Prozeß und gar nicht sehr spektakulär. Davon steht nicht sehr viel in den Zeitungen.

Nun, ich muß zum Schluß kommen. Es ist undenkbar, in einem solchen Beitrag alles zu sagen, was einen bewegt. Ich wollte noch sprechen über weitere Gestaltungsprinzipien, über die Frage der Subsidiarität, über personale Verantwortung und anderes mehr. Ich muß darauf verzichten, die Zeit erlaubt es nicht. Sie können mir natürlich sagen, das sind alles sehr schöne Dinge, aber das ist eben eine Utopie, wovon Sie gesprochen haben. Ja! Der Begriff „Utopie“ steckt sogar im Titel meines Referates. Sicher könnte der eine oder andere sogar sagen, ich sei ein Phantast. Das bin ich nicht, meine Damen und Herren. Ich bin viel zu lange in der Politik, um ein solcher sein zu können. Ich habe den Realitätsbezug

nicht verloren. Aber es gibt für mich nur zwei Möglichkeiten. Entweder nehme ich das, was ich gesagt habe, ernst. Sehe ich aber keine Chance, das zumindest in Teilbereichen zu realisieren, was ich gesprochen habe, dann wäre es charakterlos, wenn ich nicht heute noch mein Mandat zurücklegen würde.

Es gibt meiner Meinung nach keine Alternative zur Parteiendemokratie. Auch für die Jugend nicht, davon bin ich überzeugt. Es ist nur die Frage, ob ich die Parteien in ihrer nicht sehr attraktiven Form ablehne, oder bereit bin, mich zu engagieren, in der Hoffnung, Brückenköpfe zu bilden und dafür Partner zu finden. Ich habe diese Hoffnung, weil ich weiß, daß vieles möglich ist. Aber es bedarf Mut, Ausdauer, Zuversicht, Geduld, Demut und zuletzt auch den Glauben daran, daß wir nicht allein sind.



zeitgedichte

es wäre zeit

es wäre zeit
die bäume zu fällen
ehe sie verwelken

es wäre zeit
die flüsse zu vergraben
ehe sie versiegen

es wäre zeit
das meer auszutrinken
ehe es stirbt

es wäre zeit
die stürme zu drehen
ehe sie verstummen

es wäre zeit
die wörter zu sammeln
ehe sie schweigen

verbranntes jahrhundert

46

horizontschau
ins unsagbarkeitsland

ständige gegenwart

zeitnadel
in blauer himmelsrose

unblitze
über geschichteter landschaft

ödländpoesie
unter fremden wetterzügen

und die welt
die welt
fällt dazwischen

die dinge
sind die geheimnisse

träume

in erwartung
der späteren jahre
durch fremde gärten gehen

die ahnung
eines anderen kontinents
unter lichten abendwolken spüren

manchmal
im atemholen
neue sternorte aufsuchen wollen

in unbewachten träumen

nach der unrast

nach der unrast
im wildgras
eines verglühten sommers
die ferngesänge
anstimmen

in der windstille

aus der kahlheit der jahre
mit der 'sehnsucht
nach urzeittagen
auswandern

in der windstille
das begonnene lächeln
fortsetzen

unvermutet

von neuem

verjährt
ausgehöhlt
die wege von urgestein
wo darüber noch zogen
altwarm
die prophetischen botschaften

doch die gewaltlieder
in der durchkreuzung
folgten
dem gott ohne gesicht

zeitschnitte

du siehst sie
hell schmerzlich

die lote
von küstenmenschen ausgesetzt
wortlote
wurden eingeholt
über zu tiefem wasser

zurückschweigend
suchten sie
von neuem
in einbruchlandschaften
die vergessenen botschaften

die immerzu vorausliegen
der wahrheit

aus „die unruhe in sätzen“

ortlos

dir fern
im warten
hörig
in rebellischer landschaft

die spätsonne
traumgelb
rollte tiefer
verbraucht
über die blickhügel

unseren sprachdächern
am innersten eingewachsen
hitzehügel
woran hochgeseilt
die festeren ziele
ortlos
herzentkommen
in verwundeter wirklichkeit

sie sind schön
die ziele
doch immer gegensinnig
dem zugefügten

es ist nicht unsere zeit

aus „die unruhe in sätzen“

andere ziele

in der klarheit der späten tage

nach dem pflücken von distelwörtern
sich mit wortblumen
schmücken

in die poesie des lächelns
neben drängenden hügel
einstimmen

unter dem wappen der utopie
die anarchie des glücks
auskosten

inmitten der weltverwundung
die herzwärme
erfahren

(in der klarheit der späten tage)

weiterhin

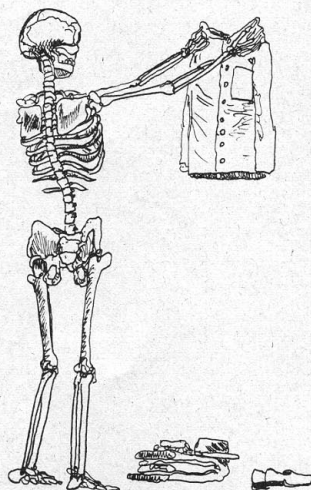
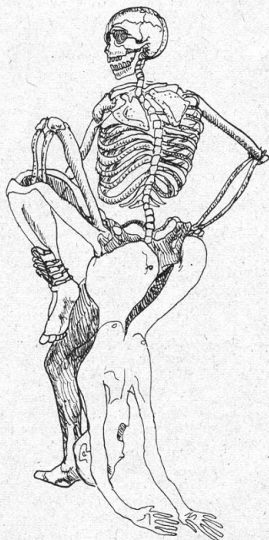
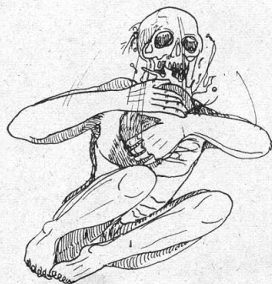
unter bekannten himmelslinien
in der kleinen frist
verwundbar bleiben
weiterhin

mit der fracht der leere
irgendwo stehenbleiben
später

in das verstummte bruchland
ausschauen

sodann
widerrufen
das ende der welt.

Weitere Zeitgedichte von Markus Jaroschka finden sie in: „Sprachwechsel“, erschienen im Leykam Verlag und „die unruhe in den sätzen“ erschienen im Verlag bläschke.



Das Problem: Der Bürger

Eigentlich ist dieses Buch ein Essay; eigentlich trifft der Autor darin keinerlei Entscheidungen. Er analysiert und setzt wieder zusammen, zeigt vor und läßt Sichtwinkel finden.

Erhard van den Bergh schreibt jene Ängste auf, die den Bürger betreffen. Wobei der „Bürger“ ein Synonym für ein System von Beziehungen, für Lebensart, Sicherheit, Ausgewogenheit, Kalkulierbarkeit, Toleranz, Freude am Neuen ist, ein Synonym für einen Zustand, in dem alle jene, die diesen Bürger ablehnen, sich wohl bewegen, aber beständig behaupten, ihn nicht Bürger nicht zu brauchen. Der Rückzug des Bürgers zum Bildungsbürgertum, das sich selbst genügend, mitten im geistigen Zentrum, aber doch abseits des Lebens steht, tut weh und beleuchtet, warum heute sowenig „Bürger des Geistes“ unerschrocken, ausgewogen in jenen Positionen ihrer Bürgerei vorleben, die geeignet wären, den wahren Begriff und den Inhalt des Wortes „Bürger“ allein, die es wollen, näherzubringen.

Klarerweise bezieht sich der Autor stark auf die Situation in Deutschland, er macht Beziehungen klar zu den anderen Bürgern Europas, allerdings auch manche Unterschiede. Seine Untersuchung, ob die bürgerlichen Traditionen zur neuen Grundlage einer fruchtbringenden kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung werden könnten, zeigt insofern kein Ergebnis, als die vernünftige Analyse in diesem Falle versagt. Die gesellschaftliche Entwicklung vom Bürger als Stand zum Bürger als Gährungsfigur für Lebensumstände, Verhaltensweisen und von dort zum Bildungsbürger, der nur unter seinesgleichen zur Blüte kommen kann bis hin zu den möglichen Entwicklungsansätzen heute ist recht eindeutig nachvollziehbar; die Chancen der Entwicklung zum „Euro-Bürger“ werden untersucht, sie werden nur unter bestimmten Umständen, nämlich wenn es den Bürgern nicht gelingt, sich zu artikulieren, als gut eingeschätzt, wenn auch noch nationale Gegebenheiten eine große Rolle spielen.

Ein schwer zu lesendes, manchmal etwas sprunghaftes Buch, was Aussagen und Konsequenzfindungen anbelangt; ein lesenswertes Buch, was die Auftrüftung der Gedanken, und Taten der bürgerlichen Welt betrifft. Ein Bürger im Sinne seines Essays stellt dem Leser sein Wissen und seine Erfahrung zur Verfügung.

Erhard van den Bergh: Die Chance des Bürgers. Plädoyer für ein neues Bildungsbürgertum, Econ-Verlag, Düsseldorf-Wien 1983.

Das Ende einer Welt

Die ganze Zeit beschäftigt die Frage, welche Welt wohl der Autor meint; ist es die Geographie, ist es die Zeit, die die Lösung bringt? Mario Vargas Llosa versucht in seinem Roman „Der Krieg am Ende der Welt“ erst gar nicht, den Leser zu orientieren. Er legt die Handlung lediglich auf das Brasilien des endenden 19. Jahrhunderts fest, läßt aber deutlich werden, daß es damit nicht abgetan ist; eine eigenartige Szenerie.

Der historische Hintergrund ist die Lage nach der Überwindung des monarchistischen Staatssystems nach der Ausrufung der Republik. Nun bedeutet aber die Republik mit ihren Liberalismen für viele Bauern ein noch härteres Los als die früheren Zustände, bzw. gibt es Menschen, die das Ende dieses verkündigen. Diese Rolle spielt im Buch der „Ratgeber“, in der Handlung als tröstender, visionärer Prediger geschildert, der die neuen – sehr idealistischen – republikanischen Wege als die Verkörperung des Antichrist unter den Bewohnern des Landes verkündigt. Alle weiß er zu belehren, allen kann er helfen, allen ist er Trost; das führt auch dazu, daß er berüchtigt, das Land verdammt plündernde Straßenräuber zu Verfechtern seiner Sache, die Christus Sache ist, wandeln kann. Die Größe der Bewegung, die eigentlich keine anderen Ziele hat als in Frieden leben zu können und den Antichrist nicht herein zu lassen, erfordert einen gemeinsamen, einzigen Ort der Sammlung, da in gemeinsamem Schaffen und Gebet die Erreichung des Ziels gelingen kann. Dieser gemeinsame Ort ist eine Hazienda eines reichen Grundbesitzers, der monarchistisch denkt und handelt und sich damit gleichsam als Zielscheibe – selbstverständlich zuerst nur unbewußt – darbietet. Dort leben sie ihr Leben, das frei von Haß, Gier, Verfolgung, Unterdrückung ist; denn dort hat jeder seinen Platz, den er in der Gemeinschaft auszufüllen hat. Der „Ratgeber“ predigt weiterhin, die Hazienda erfreut sich regsten Zuzuges und wächst sehr schnell. Dazwischen schweift der Roman immer wieder ab zu einem revolutionär eingestellten Europäer, der nun von den Republikanern ohne sein Wissen ausgesucht wird, den Kampf gegen den monarchistischen Großgrundbesitzer und gegen die vermeintliche monarchistisch-englische Verschwörung in

Canudos, denn so heißt der Ort „am Ende der Welt“, gleichzeitig zu eröffnen. Diese Politiker können nicht erkennen, daß oben die Leute, für die sie – ihrer Meinung nach – die Republik geschaffen hatten, diese Form des Staates ablehnen; daher kann es nur Aufruf der Monarchisten sein!

Zwei Polizeiaktionen werden von den erstaunlich gut organisierten und schlau operierenden Bewohnern von Canudos abgewehrt; dies ruft aber Brasilien als Ganzes auf den Plan. Damit ist auch die Stadt, die Idee gefallen, denn eine Zerstörung der Bewohner findet nicht statt: Der Ort und die darin wohnenden Menschen werden dem Erdboden gleichgemacht; so groß ist die Furcht der Potentaten. Die Aageier vollenden das Werk der Vernichtung.

Es ist ein aufwühlendes Buch, das Bekanntheit schließlich durch seinen Gedanken, seinen möglichen Andeutungen und der Intensität einer Idee, mit Winkeln und Machtstreben; ein Werk, das Haß, Liebe, Leidenschaft und Apathie in allen Schattierungen vor dem Auge erstehen läßt; es ist 1982 im Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/Main erschienen, die Übersetzung aus dem Spanischen stammt von Anneliese Bosing.

Korruption

Auf jeden Fall gibt es nach der Lektüre dieses Buches Anlaß sich über die Wahrheitsliebe, Rechtfertigung und Aufrichtigkeit bekannter Personen – besonders der Antike – Gedanken zu machen. Denn was allein darüber Sturminger schreibt, bringt diese „Kurzgeschichtliche menschlichen Fehlverhaltens und menschlicher unästhetischer Habgier“ bereits in den Verdacht, ein diesbezügliches Nachschlagewerk zu sein.

So war der berühmte Redner Demosthenes „korrupt bis in die Knochen“, wie der Autor schreibt, Themistokles, der für Athen die Schlacht von Salamis gegen die Perser gewonnen hatte, war nicht „herr seiner Hände“, Perikles Geld genommen, der Herr Cicero ließ sich bestechen, die deutschen Kurfürsten ließen sich ihre Wahl außerst befriedigend für ihre eigenen Geldtaschen ablesen, Ludwig II. nahm Geld von Bismarck, Jugurtha, dem König von Numidien, gelang es, fast den gesamten römischen Senat zu bestechen, sogar das Delphische Orakel kriegt saubere Hiebe ab wegen seiner käuflichen Entscheidungen, Lenin kam nur durch deutsche Goldmark-Millionen in das Reich des Zaren, amerikanische Gewerkschaftsführer beeinflussen Entscheidungen mit Geld...

Und trotzdem bleibt beim Rezensenten ein Gefühl des Unbehagens, der Unsicherheit, das Gefühl, daß die Korruption, so wie sie im Titel steht, in diesem Buch zu kurz kommt. Der Beginn der Ausführungen, die Definition von Korruption als „Pflichtverletzung“ – ist befriedigend, allerdings scheint ein Großteil der Beiträge unter dem Motto „Wer gut schmiert, fährt gut“ zu stehen; und dieses Motto muß nicht zwangsläufig Korruption bedeuten; auch ist sicherlich der Begriff „Jahrmarkt der Eitelkeiten“ anzuführen. Insgesamt gesehen handelt es sich um ein Geschichten-Buch, das keinen Anspruch auf allzu große Genauigkeit und Neuweise stellen darf, das leicht lesbar und ansonsten ohne großen Zeitbezug – außer dem Prinzip, daß es Korruption immer schon gab und immer geben wird – ist.

Alfred Sturminger: Die Korruption in der Weltgeschichte, Langen-Müller, München-Wien 1982.

Gesellschaftliche Probleme

„Die Macht ist offenbar eine Qualität, die dem Macht-haber nicht selbst heraus und nicht ein für allemal kommt. Niemand ist mächtig durch sich selbst. Vielmehr ist Macht offenkundig eine Qualität, die dem Führer zu-gestanden wird, und zwar von den Beherrschten selbst. Sie sind es, aus deren Hand der Herrscher die Macht empfängt, und sie können sie ihm auch wieder nehmen.“ Dies ist eine der Kernthesen des Buches:

Wie man Diktator wird, Geheimnis und Technik der Macht, von Karl Bruno Leder, Verlag Kösel, München 1983

Diktatur ist überall möglich; in Zeiten der Krisen, in Zeiten, in denen viele keinen Sinn im Dasein sehen, in Zeiten, in denen viele Arbeitslos, „überflüssig“ sind, immer wahrscheinlicher. Der Autor versucht an Hand der Geschichte (von Alexander dem Großen bis zum Hitler) aufzuzeigen, wie Diktatoren zur Macht gelangten. Seine naheliegende Schlußfolgerung: Wenn wir alle wissen, wie „Machtgreifung“ funktioniert, werden wir in der Lage sein, die Demokratie noch zu retten.

Das neue Zielquadrat in der Wirtschaftspolitik könnte heißen: „Wachsende Freizeit“ neben „Wahrung des Wohlstandes“, „Stabiles Preisniveau“ und „Vollbeschäftigung“. Wachstum also nur mehr in einem der vier Bereiche, nämlich bei der Freizeit. Dies ist die Kernthese zu:

Arbeitslosigkeit ist heilbar. Ein Aufruf zum gemeinsamen Handeln, Christine Föppel, Kösel-Verlag, München 1983.

Das Penizillin gegen Arbeitslosigkeit ist bei Föppel die Arbeitszeitverkürzung. Die Beweisführung ist durchaus gut gelungen und auch die konkrete Gebrauchsanleitung für Arbeitgeber, Gewerkschaften und Parteien wird mitgeliefert. Die gängigsten und oft gehörten Argumente gegen die Arbeitszeitverkürzung wie „Wie werden die Unternehmer die Kosten verkraften?“, „Kann denn die Marktwirtschaft ohne Wachstum funktionieren?“, „Bedeutet nicht Freizeit mehr Schwarzarbeit?“ oder „Leidet nicht die internationale Konkurrenzfähigkeit?“ werden von der Autorin eingehend behandelt. Ein Buch mit sehr konkretem Inhalt für alle, die vor der Arbeitslosigkeit nicht Kaninchen spielen wollen.

Täglich hören und lesen wir über Umweltschäden wie toter Wälder, vergiftete Luft, verschmutztes Wasser und vieles andere. Und meist haben wir nach wenigen Minuten vergessen, was uns kurz zuvor noch so schockiert hat. Das Buch

Die Erben des Übels von Bernd Dost, Verlag Kösel, München 1983,

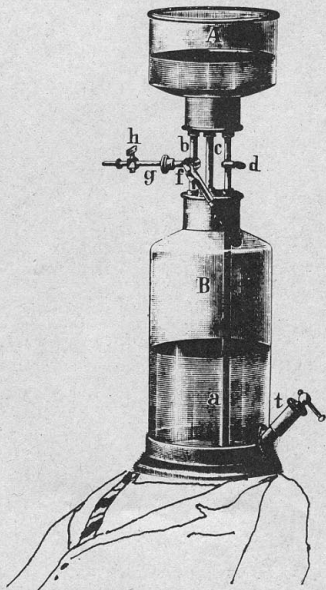
schildert die Auswirkungen der Gift- und Strahlenemissionen auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Die Kinder sind die Erben des Übels. Bernd Dost ist Dokumentarfilmer und hat in vielen Gegenden der BRD Bestandsaufnahmen gemacht. Schwerpunkt seiner Beobachtungen sind die Kinder und er weist durchwegs nach, daß die Umweltsünden hauptsächlich die Kinder treffen. Seine berechtigte Kritik an der sogenannten „erlaubten“ Umweltbelastung, bei deren Festsetzung zu wenig an Kinder gedacht wird, zieht sich durch das ganze Buch. Ein Buch mit vielen Zahlen und Beweisen, allemal schreckliche Tatsachen von kranken und toten Kindern. Ein Buch, das zumindest Eltern aufrütteln sollte.

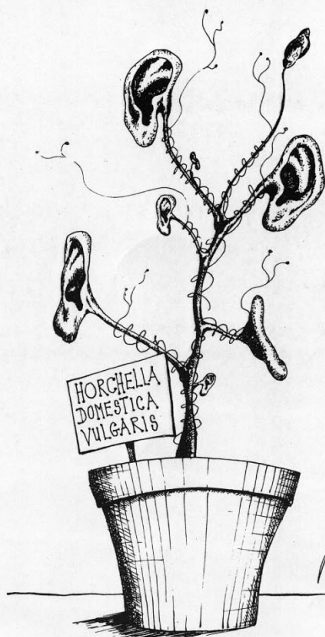
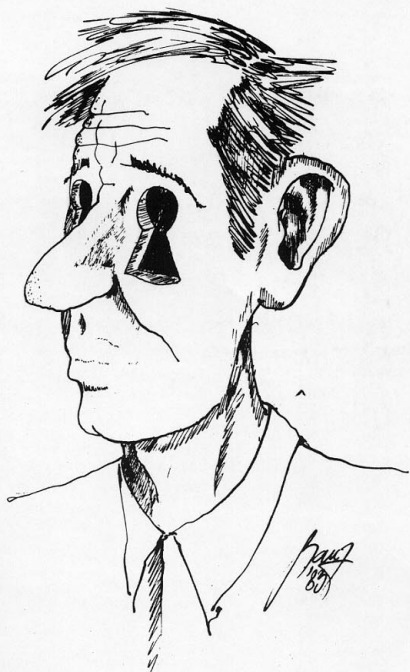
Bekannte und neue Sprüche wie: Stellt Euch vor, es gäbe Kriege und keiner geht hin! – Baut keine neuen Atomkraftwerke, bevor die alten nicht verbraucht sind! – Sagt die Bonzen ab – laßt die Bäume stehen! – Altes Macht der Phantasie! – Die Leute hier sind alle zube-nannt! – Besser heimlich schlau sein als unheimlich doof! und viele andere, „Sager“ aus der Jugendszene fand ich im Buch.

Laß uns mal 'ne Schnecke angraben, Sprache und Sprüche der Jugendszene, von Claus Peter Müller-Thurau, Econ-Verlag, 1983.

Die Jugend hat sich den abstrahierten Leerformeln unserer Gesellschaft entzogen und eine neue Sprache gefunden. Eine Sprache, die uns erlaubt, auch die Gefühle, Ängste und Sehnsüchte der Jugend zu erfahren. – Das Buch hat mich mächtig angeortet!

L. K.





PARTEIZÜCHTUNG 1984 : „DIE GEMEINE HAUS-HORCHEL“

